

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Staatsminister Hubert Aiwanger
Abg. Ludwig Hartmann
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Kerstin Schreyer
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Ulrich Singer
Abg. Florian Streibl
Abg. Uli Henkel
Abg. Florian von Brunn
Abg. Martin Hagen
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Raimund Swoboda
Abg. Christian Kligen
Abg. Martin Mittag
Abg. Johann Häusler
Abg. Rainer Ludwig
Abg. Arif Taşdelen
Abg. Annette Karl
Abg. Albert Duin
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Walter Nussel
Abg. Martin Böhm

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt rufe ich **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

"Energieplan Bayern - Ziel: sicher, bezahlbar, erneuerbar"

Das Wort hat Herr Staatsminister Hubert Aiwanger.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie geht es unter dem bekannten energiepolitischen Dreiklang "Sicherheit, Bezahlbarkeit und Erneuerbarkeit" weiter mit der Energieversorgung? – Das Thema der Regierungserklärung ist sehr wichtig. Das sind zwar an sich keine neuen Wegmarken, sie werden jedoch ständig neu definiert. Sie müssen ständig in Balance gehalten werden; denn Sicherheit bringt nichts ohne Bezahlbarkeit, Bezahlbarkeit bringt auf Dauer nichts, wenn sie nicht erneuerbar ist. Erneuerbare Energien können aktuell weder die Sicherheit noch die Bezahlbarkeit garantieren. Wir müssen uns mit diesem Dreiklang jetzt vernünftig und ideologiefrei auseinandersetzen.

Sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene stehen wir vor großen Herausforderungen, die sich gegenseitig ergänzen. Wir können gut zusammenarbeiten. Wir können uns den Weg gegenseitig schwer machen. Es ist auf alle Fälle sinnvoller, die Ziele ständig zu beleuchten, gemeinsam zu bewerten und sich gegenseitig auf Trab zu halten, um sie zu erreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Hinblick auf die Sicherheit haben wir in der Vergangenheit vor allem daran gedacht, dass kein Atomunfall passiert. Jetzt kommt zunehmend das Thema Versorgungssicherheit hinzu. Bis vor wenigen Jahren war man der Meinung, Energie sei so billig und verfügbar, dass man darüber nicht reden müsse. Spätestens seit dem Ukraine-Krieg kommt ein neuer Gesichtspunkt hinzu, nämlich die Sorge: Was wäre, wenn der Industriestandort Bayern mit seinen

1,3 Millionen Industriearbeitsplätzen von der Gasversorgung abgeschnitten würde, weil entweder Russland den Hahn zudreht oder wir es aus politischen Gründen nicht mehr verantworten können, uns mit dieser fossilen Energiequelle von dort zu versorgen. Sollte das der Fall sein – davor warne ich eindringlich –, gibt es diverse Berechnungen, die uns einen Verlust von Arbeitsplätzen in einer Größenordnung von bis zu 500.000 in Bayern voraussagen. Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft hat eine Studie in Auftrag gegeben, wonach jeder fünfte Betrieb in Bayern die Produktion einstellen müsste, wenn es kein Gas mehr gäbe. Wir sind gut beraten, weiterhin die Gasflüsse auch politisch offenzuhalten. Trotzdem müssen wir alles dafür tun, um von dieser Abhängigkeit Schritt für Schritt wegzukommen.

Wenn wir über Versorgungssicherheit reden, sind wir sehr schnell beim Thema Gasspeicher. Aktuell haben die deutschen Gasspeicher einen Füllstand von 50 %. Die bayerischen Gasspeicher liegen ungefähr 10 Prozentpunkte dahinter, aktuell sind sie zu 37 % gefüllt. Ein sehr wichtiger Gasspeicher für Bayern steht in Haidach in Österreich. Dieser produziert 33 Terawattstunden. Wenn dieser Gasspeicher voll ist, umfasst er eine größere Gasmenge als die fünf bayerischen Gasspeicher mit 31 Terawattstunden zusammen. Das heißt, oberste Priorität muss es sein, die bayerischen Gasspeicher zu füllen. Hier kommt mein erster Appell an den Bund, sich dieses Themas jetzt wirklich energisch anzunehmen. Die Bayerische Staatsregierung hat mittlerweile mehrmals sowohl in Berlin als auch in Österreich interveniert und dazu aufgefordert, die Befüllung von Haidach sicherzustellen. Österreich will jetzt einen eigenen Netzanschluss. Bisher war der in Österreich liegende Speicher nur über Bayern erreichbar. Zwar haben wir zurückgespeist; damit die Österreicher diesen Speicher jedoch guten Gewissens füllen können, wollen sie jetzt einen eigenen Zugriff mit eigenem Anschluss – sei es so. Deshalb lautet der Appell an die Bundesregierung, jetzt schnellstmöglich klar Schiff zu machen, weil wir ab Anfang Juli damit beginnen müssen, diesen Speicher zu füllen. Ansonsten ist die Versorgungssicherheit in Bayern nicht gewährleistet.

Nächster Punkt: Das zunehmend diskutierte Ölembargo wird mit Sicherheit die Preise treiben. Jetzt ist beschlossen worden, dass nur die per Schiff nach Europa verbrachten Mengen reduziert und eingestellt werden sollen und dass die Pipeline-Beschickung Europas und damit auch Deutschlands weiterhin aufrechterhalten bleiben soll. Auch hier ist meine Überzeugung: Wenn wir zu schnell vom russischen Erdöl abgenabelt würden, würde das auch massive Verwerfungen an der Preisfront bedeuten. Wir sehen jetzt schon die hohen Spritpreise, obwohl das Öl noch fließt.

Schließlich das Thema Steinkohle: Hier ist die Abhängigkeit von Russland ebenfalls sehr hoch, sie wird derzeit zurückgefahren. Der Bund arbeitet an einem Gesetz bzw. ist in der Umsetzung. Sollte das Energiesicherungsgesetz greifen – jetzt sind wir ja noch im Energiewirtschaftsgesetz –, muss Steinkohlevorrat für vier Wochen bei den Reservekraftwerken verfügbar sein und für zehn Tage Vorrat bei den Ölkraftwerken, die Strom erzeugen. In meinen Augen ist das eine zu geringe Menge. Mit einem Steinkohlevorrat für vier Wochen an den stromerzeugenden Kohlekraftwerken könnte ich nicht ruhig schlafen. Ein paar Monate mehr wären wünschenswert. Mein Vorschlag war schon vor mehreren Monaten, hier auf sechs Monate zu gehen, weil wir auch nicht wissen, wie sich die Weltvorräte entwickeln. – Das zum Thema der Versorgungssicherheit über die fossilen Energiequellen.

Natürlich kommen wir beim Stichwort Versorgungssicherheit auch an dem von Ihnen ungeliebten Thema der AKW-Restlaufzeitverlängerung nicht vorbei. Wir warten leider immer noch auf den Stresstest des Bundes, der uns im März für den Mai – ich gehe davon aus – dieses Jahres versprochen worden ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Darin sollte stehen, dass die Stromversorgungssicherheit Bayerns auch nach dem Atomausstieg am 31.12.2022 gewährleistet ist, wenn Isar 2 vom Netz ginge und Gas kraft nicht sicher zur Verfügung stünde. Ich erinnere daran, dass uns die Bundesnetzagentur 2019 mitgeteilt hat, dass ein Atomausstieg in Bayern nur dann bezüglich der

Versorgungssicherheit sicher zu bewerkstelligen ist, wenn die Gaskraft als Brücke tragfähig ist. – Das ist sie nicht. Insofern müssen die Zahlen jetzt neu angepasst werden, oder man muss sich sonst etwas einfallen lassen, oder man muss jetzt diesen pragmatischen Schritt gehen und sollte eine Verlängerung von Isar 2 wenigstens um mehrere Monate bis Frühjahr 2023 nicht ausschließen, sondern sie gezielt vorbereiten. Sollten wir dann im November, Dezember die Gasspeicher wirklich total voll haben, sollten wir einen milden Winter bekommen usw., kann man das Ding ja steckenlassen. Wenn nicht, haben wir die Möglichkeit zu verlängern. Aber, meine Damen und Herren, wenn man heute sagt: Nein, das will man nicht –, dann zieht man bezüglich der Versorgungssicherheit nicht die letzte Karte,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

sondern tanzt auf dem Seil ohne Netz. Das sollte in dieser ernstesten Lage nicht unser Ziel sein. Unsere Industrie, unsere Wirtschaft und unsere Bürger draußen wollen Sicherheit. Die können wir an dieser Stelle bieten.

Damit leite ich zum Thema Bezahlbarkeit über. Wir sehen, dass Sicherheit und Bezahlbarkeit sehr eng zusammenhängen. Wir haben mittlerweile eine Inflation von rund 8 % in Bayern, die sehr stark energiepreisgetrieben ist. Rund die Hälfte der Preissteigerung ist auf die hohen Energiepreise zurückzuführen. Sie sehen selbst, dass Sie mit Ihren Maßnahmen hier nicht immer Erfolg haben. Ich will das gar nicht verurteilen, sondern würde es nachher noch einordnen wollen. Der jetzt angekündigte Tankrabatt für den 1. Juni scheint momentan etwas zu verpuffen. Die Aussage ist immer noch, man habe jetzt noch den teuren Sprit in den Anlagen, für den die hohe Mineralölsteuer bezahlt worden sei; wenn dieser teure Sprit weg sei, dann käme der billigere, und dann würde der Preis sinken. – Das ist eine Wunschvorstellung. Wir hoffen, dass sie so eintrifft, wissen es aber nicht sicher.

Wir sehen aber die massiven Belastungen für Wirtschaft und Unternehmen und auch die Privatverbraucher, die sich draußen derzeit mit den hohen Spritpreisen aus-

einandersetzen müssen. Wir müssen hier die Bezahlbarkeit ganz nach oben stellen. Wir müssen nicht nur die Privatleute, die Rentner, die sozial Schwachen mit Energiegeld und dergleichen mehr entlasten; sondern wir müssen in der Breite der Wirtschaft ansetzen.

Sie haben wohl jetzt bei den energieintensiv arbeitenden Unternehmen die Energiezuschüsse auf den Weg gebracht, die von Februar bis September laufen sollen. Das begrüße ich sehr. Aber der breite Mittelstand – vom Taxifahrer bis zum Handwerker, vom Busunternehmer bis zum energieintensiv arbeitenden Mittelständler – ist noch außen vor. Er kann seine Kosten nicht weitergeben. Deshalb ist hier ganz klar der Ansatz, dass die Steuern runter müssen. Sie müssen an die kalte Progression ran. Sie müssen steuerlichen Verlustrücktrag ermöglichen und ausweiten, damit diese Energiepreise in der Breite der Bevölkerung und der Wirtschaft nicht zum Chaos führen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir sehen, dass die erneuerbaren Energien bei der Bezahlbarkeit auf alle Fälle ein Plus sind. Früher hat es immer geheißen: Die Erneuerbaren sind die Preistreiber, und die Fossilen halten die Preise in Schach. – Heute ist es genau umgekehrt. Das räumen wir ein. Ich glaube, dass es hier auch niemanden im Raum gibt, der das grundsätzlich bestreitet. Eine Ausweitung der erneuerbaren Energien ist also dringend geboten, wobei es natürlich schwierig genug ist, in der Breite der Energieträger alle Bedarfe – Mobilität, Wärme, Gewerbe und Industrie – mit Erneuerbaren abzudecken. Wir haben im Strombereich derzeit rund 50 % erneuerbare Energien; den Rest bilden noch fossile Energien und Kernkraft. 15 % des in Bayern verbrauchten Stroms sind derzeit noch Atomstrom.

Es gibt Voraussagen, dass die Franzosen im kommenden Winter wieder Strom auch aus Deutschland werden importieren müssen. Das Atomland Frankreich hat also selber die Lage nicht endgültig im Griff,

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

sondern wird Strom aus Bayern brauchen. Wenn wir diesen Atomstrom zusätzlich hätten, wäre es besser, als wenn wir dafür tausend Windräder bräuchten, die wir aber nicht haben. Diese 15 % Strom aus dem Kernkraftwerk Isar 2 werden wir nur schwerlich entbehren können. Insofern müssen wir an der Stelle ganz klar sagen: Erneuerbare ja, aber wir wollen dieses doppelte Sicherheitsnetz aufgespannt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir sehen im Bereich der Bezahlbarkeit momentan massive Auswirkungen. Wir sehen, dass auf der einen Seite der Energieverbrauch zurückgeht, weil sich gewisse Branchen einfach aus dem Gasverbrauch zurückziehen. Dann werden eben weniger Ziegel, Fliesen, Baumaterialien usw. in Deutschland produziert. Die Versorgungspässe spitzen sich zu. Es wird mehr importiert. Man kann zwar sagen, das ist eine Lenkungswirkung; es ist aber eine Lenkungswirkung in Richtung von mehr Importabhängigkeit und noch längeren Lieferzeiten im Bereich des Wohnbaus. Momentan werden Bauvorhaben massiv gestoppt und auf die lange Bank geschoben. Im Ergebnis wird sich die Wohnungsnot zuspitzen, werden sich die Mietpreise erhöhen und Wohnungen nicht mehr so gut isoliert werden, wie es der Fall wäre, wenn die Dämmmaterialien preiswert zur Verfügung stünden. Wir stellen also jetzt schon fest, dass durch diese Energiepreissteigerungen gerade im Baubereich eine massive Problemlage entsteht, die wir abfangen müssen.

Deshalb mein Appell an Sie: Gehen Sie die Thematik der Mineralölsteuersenkung, die zu verpuffen droht, über das Kartellamt an! Wir müssen feststellen, dass das Kartellamt an der Stelle wohl ein zahloser Tiger ist. Die Dinge werden beobachtet, es wird aber nicht eingegriffen. Sie haben gesehen, dass die Spritpreise in den letzten Tagen massiv angezogen haben, obwohl die Rohölpreise das nicht erfordert hätten. Die klare Botschaft ist: Wir müssen den Mineralölkonzernen hier besser auf die Finger schauen,

damit eine gut gemeinte Preissenkung nicht in deren Kanälen und in deren Taschen verschwindet, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Trotzdem sind noch nicht alle Preissenkungsmöglichkeiten ausgeschöpft. Die CO₂-Abgabe wurde, als die Spritpreise und die Energiepreise relativ niedrig waren, mit dem Gedanken der Lenkungswirkung eingeführt, um die Energiepreise etwas anzuheben und zum Energiesparen aufzurufen. Was ist passiert? – Die Energiepreise sind automatisch davongelaufen. Es wäre jetzt bei diesen hohen Energiepreisen, die am Ende zu Inflation und zu wirtschaftlichen Verwerfungen führen, an der Zeit, die CO₂-Abgabe zumindest massiv zu reduzieren oder abzuschaffen, die Mehrwertsteuerschraube nach unten zu drehen und auch die Stromsteuer auf das europarechtliche Mindestmaß zurückzuführen und die im Zuge des Kohleausstiegs versprochenen zwei Milliarden Euro für die Netzentgelte zur Verfügung zu stellen, um die Stromnebenkosten zu reduzieren.

An diese Steuer- und Abgabeschrauben muss die Bundesregierung jetzt ran. Momentan profitiert sie von den hohen Energiepreisen. Je höher die Energiepreise, umso höher ist der Mehrwertsteueranteil. Es ist zwar kein Schaden, auch wieder Geld in die Staatskasse zurückzubekommen. Es ist aber ein Schaden, wenn wir feststellen, dass die Wirtschaft draußen unter diesen hohen Energiepreisen leidet.

Deshalb mein großer Appell: Nehmen Sie diese Inflationssituation nicht auf die leichte Schulter! Ein normales Sparguthaben hält 8 % Inflation vielleicht einige Wochen, aber nicht monatelang, nicht jahrelang aus. Wenn die Inflationsrate so hoch bleibt, werden Sparguthaben aufgezehrt, werden Ernährung, Wohnen, Mobilität und soziale Teilhabe überdurchschnittlich teuer. Das wird am Ende zu sozialen Spannungen führen, die wir nicht auftreten lassen dürfen. Setzen Sie also alles daran, die hohen Energiepreise zu reduzieren, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir kommen zu den erneuerbaren Energien: Meine Damen und Herren, hier ist viel zu tun. Hier ist in Bayern viel zu tun,

(Klatschen bei Abgeordneten der SPD – Arif Taşdelen (SPD): Gerade in Bayern!

– Ruth Müller (SPD): Ja, genau!)

hier ist bundesweit viel zu tun. Ich möchte gleich mit der Windkraft einsteigen. Wir haben in Bayern derzeit 1.100 Windräder. Am Ende bräuchten wir ein Mehrfaches dieser Anzahl. Mit dem Koalitionspartner haben wir mittlerweile eine Regelung auf den Weg gebracht, die kurz nach Pfingsten veröffentlicht werden soll. Es ist kein Geheimnis mehr, dass wir mit einer Vielzahl von Ausnahmen von der 10-H-Regel daran gehen wollen, Windkraft wirklich in großer Breite zu ermöglichen. Trotzdem wollen wir die Mitbestimmung der Kommunen und der Regionalen Planungsverbände nicht aushebeln. Diese sind jetzt auf einem guten Weg – mit uns engstens abgestimmt –, diese Schritte mitzugehen. Meine Damen und Herren, man kann diesen Konsens nicht hoch genug wertschätzen. Wir arbeiten nicht nach dem Motto: Was die paar Bürgermeister da draußen sagen, interessiert uns nicht; wir regieren von München oder von Berlin aus durch. – Das hört sich zwar sportlich an, führt in der Praxis aber draußen zu Widerstand, zu Verwerfungen und am Ende zu einem Null-Erfolg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deshalb müssen wir jetzt den zwischen FREIEN WÄHLERN, CSU und auch den Regionalen Planungsverbänden erarbeiteten Konsens – ich habe ihn auch in mehreren Videoschalten miterarbeitet – ganz klar ins Ziel führen. Das heißt, wir müssen die jetzige 10-H-Regel dort aussetzen, wo wir gezielt Fortschritte erreichen können. Im Bereich Repowering, in Waldflächen, in Vorrang- und Vorbehaltsgebieten und kommunalen Planungsgebieten, wo Windkraft schon beschlossen worden ist – Stichwort: Konzentrationsflächen –, im Bereich von Straßen, Autobahnen, Bahnlinien und – ganz wichtig – im Umgriff von Gewerbe- und Industriegebieten soll von der 10-H-Regel abgewichen werden können. Natürlich müssen zum nächsten Dorf aber noch

1.000 Meter Abstand aufrechterhalten werden. Das schafft die Möglichkeit, viele Windräder zu realisieren.

Wir müssen dann natürlich auch an die Verfahrenswege heran und die Verfahren beschleunigen. Teilweise dauern die Verfahren ja heute fünf, sechs Jahre. Das Ziel muss auf alle Fälle sein, diese langen Zeitstrahle in etwa zu halbieren. Da geht es um artenschutzrechtliche Dinge, wo wir noch Klarstellungen vom Bund erwarten – ich glaube, auch erwarten dürfen. Hier ist geplant, die erneuerbaren Energien generell als besonderes öffentliches Interesse zu definieren. Leider Gottes gilt das nicht für die Wasserkraft; ich komme darauf später noch in einer Randnotiz, dass wir nicht dabei zusehen wollen, wie Sie die Wasserkraft rückabwickeln wollen. Wenn wir aber die artenschutzrechtlichen Prüfungen bei der Genehmigung der Windkraft beschleunigen, wenn wir die Vorprüfungen dadurch beschleunigen, dass wir jetzt Gebietskulissen haben, die von 10 H unstrittig ausgenommen sind, dann können wir davon ausgehen, dass sich auch genügend Investoren finden, um viele neue Windräder zu errichten.

Ich will an dieser Stelle noch etwas zu einer Zahlendebatte sagen: Mal heißt es, 700, mal 800, mal über 1.000 oder sonst was. – Meine Damen und Herren, man kann natürlich ausrechnen, wie viele Windräder man bräuchte, um die Kernenergie zu ersetzen – das sind ungefähr tausend –, um die Gaskraft zu ersetzen – das sind weitere tausend –, usw. usf. Wenn wir bis 2030 den Großteil des in Bayern benötigten Stroms erneuerbar erzeugen wollen, dann gibt es auch die Möglichkeit, das zu einem großen Teil mit Photovoltaik zu erledigen, nicht nur mit Wind. Wir werden im Bereich der Windkraft aber eine Vermehrfachung der jetzigen Leistung hinbekommen müssen. Das heißt nicht zwangsläufig eine Vermehrfachung der Zahl der Windräder, weil ein neues Windrad ja fünfmal so viel Strom wie ein altes erzeugt. Wir sind bei derzeit 6 % Stromerzeugung aus Windkraft aber natürlich nicht am Ende der Fahnenstange. Wir müssen und wollen das vervielfachen.

Wir sehen aber auch im Bereich der Photovoltaik große Erfolge, wo wir allein im Jahr 2021 1.600 Megawatt installierte Leistung vorweisen können. Das ist mehr instal-

lierte Leistung als ein Kernkraftwerk an der Isar. Das ist natürlich nicht die Erzeugungsleistung in Terawatt- oder Megawattstunden, ist aber auf alle Fälle eine große installierte Leistung. Das soll so weitergehen. Wir müssen das bei der Photovoltaik also vervielfachen. Wir haben hierzu auch mit etwas Stolz festgestellt, dass bei den Ausschreibungen der letzten Monate bundesweit immer die Hälfte der Freiflächen aus Bayern kamen; dass rund ein Viertel der derzeit installierten PV-Leistung deutschlandweit in Bayern steht. Wir sind bei Photovoltaik also mit Abstand Nummer eins in Deutschland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir sind es auch bei der Wasserkraft und bei der Biomasse. Im Bereich der Windkraft sind wir im Mittelfeld Deutschlands auf Platz 8. Wenn wir dort also noch aufholen, dann sind wir Deutschlands Erneuerbare-Energie-Land Nummer eins.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir lassen uns diese Erfolge auch nicht schlechtreden, müssen sie jetzt aber ganz gezielt weiterentwickeln. Wir müssen im Bereich der PV natürlich noch mehr auf die Dächer bringen. Derzeit geht die Hälfte aufs Dach, die Hälfte auf die Freifläche mit der zunehmenden Sorge draußen, auch der Bürgermeister: Was passiert mit unseren Feldern? – Immer mehr Hektare gutes Ackerland verschwinden unter PV. Sie verschwinden nicht endgültig, sie werden aber überwiegend aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen. Hier müssen wir sehr viel mehr in Richtung Agri-PV gehen. Wir müssen diese Doppelnutzung machen, auch auf den Staatsgütern. Wir sind auch der Überzeugung, dass wir die Akzeptanz der Photovoltaik dadurch erhalten müssen, dass wir es ähnlich wie bei der Windkraft machen, indem wir die Kommunen an der Einspeisevergütung beteiligen. Hier darf man nachher in der Diskussion durchaus auch mit Zahlen um sich werfen. Wir haben vor, bei der Windkraft die derzeit 0,2 Cent pro Kilowattstunde auf bis zu 0,4 Cent zu erhöhen. Wir müssen hier aber auch abwägen, damit die Investoren dann nicht sagen: Ich investiere nicht mehr in Bayern, son-

dern anderswo. – Ich bin aber der Überzeugung: Bei den derzeit hohen Energiepreisen müsste es drin sein, dass auch die Kommunen in dieser Form beteiligt werden.

Die Zustimmung zur Überarbeitung der Windkraftpläne wäre natürlich eine ganz andere als dann, wenn die Kommunen mit weniger Geld abgespeist werden. Dasselbe Modell sehe ich bei der Photovoltaik anwendbar. Bei Anlagengrößen ab 5 MW könnte ich mir durchaus vorstellen, dass man – Pi mal Daumen: ein MW, ein Hektar, bei Fünf-Hektar-Anlagen – auch die 0,2 bis 0,4 Cent für die Gemeindekasse hat. Bei größeren Anlagen von Investoren käme bei Wind und PV die verpflichtende Vorgabe hinzu, ein bis zu 20 % umfassendes Angebot an die umliegende Bürgerschaft, sich hier zu beteiligen. Dann haben wir hier die Möglichkeit einer Akzeptanzverbesserung. In vielen Fällen sind ohnehin Bürger-Energiegenossenschaften die Träger des Investments.

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie das schon in den Haushalt eingestellt?)

– Das geht nicht in die Landeskasse, sondern das geht in die kommunale Kasse, Herr von Brunn. Deshalb brauchen wir das nicht in den Haushalt einzustellen.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es geht ganz klar darum, die noch hohe Akzeptanz bei Photovoltaik nicht als gottgegeben oder selbstverständlich anzusehen. Mein großer Dank geht dafür an die Grundbesitzer draußen, an die Bürgermeister und die Gemeinderäte, dass sie den Photovoltaikausbau in Bayern – ich sage es noch einmal: Sonnenland und Photovoltaikland Nummer eins – so vorantreiben.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es geht darum, diese Akzeptanz beizubehalten. Dasselbe gilt für die Windkraft mit dieser Einspeisevergütung in die kommunale Kasse. Meine Damen und Herren, da traue ich mich, ganz offen in die Gespräche mit den Planungsregionen zu gehen und zu sagen: Bitte, mach aus einem Teil des jetzigen Ausschlussgebiets ein Vorranggebiet; du bekommst für dein Windrad 20.000, 30.000, 40.000 Euro im Jahr für die Gemein-

dekasse. – Das ist etwas anderes, als wenn ich sagen würde: Bürgermeister, was du sagst, das interessiert uns nicht; wir in München sind schlauer als du; wir beschließen das, und du hast zu liefern. – Das ist nicht unser Regierungsstil. Wir wollen mit den Bürgern und den Kommunen arbeiten und nicht gegen sie, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Bravo, bravo!)

Wir bitten Sie, dafür auch die entsprechenden Rahmenbedingungen in Berlin anzupassen.

(Florian von Brunn (SPD): Ach so! Jetzt wird einiges klar!)

Stichwort: Südquote für Windkraft. Wir sind eben nicht so windhöffig wie Nord- und Ostdeutschland. Das brauchen wir, um die Windkraft auch hier voranzubringen und die Möglichkeit dafür zu verbessern. Dafür wollen wir eine bessere Einspeisevergütung zahlen. Das wäre sehr wichtig für die Akzeptanz. Es wäre auch sehr wichtig, dass wir bei der Agri-PV vorankommen. Dafür muss geklärt werden, dass die Flächenprämien weiter bezahlt werden können. Wir appellieren an Sie, auch die jetzigen Stilllegungsflächen freizugeben. Leider Gottes ist da bisher Fehlanzeige.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der grüne Agrarminister Özdemir verweigert sich dem Gedanken, die allein in Bayern vorhandenen 20.000 Hektar ökologischer Vorrangfläche wenigstens für die Energienutzung freizugeben, geschweige denn, ernsthafte Vorstöße zu machen, die 4 % Flächenstilllegung im nächsten Jahr unter dem Eindruck des Ukraine-Kriegs für Energie- oder Lebensmittelzwecke freizugeben. Hier zuckt man mit der Schulter und sagt quasi: Nein, wir reduzieren lieber den Biospritanteil und reduzieren damit über die Hintertür die Flächen, die für die Lebensmittel – –

(Gisela Sengl (GRÜNE): Das macht Sinn!)

– Ja, das macht Sinn, aber dann haben wir weniger Sprit, und dann brauchen wir wieder mehr fossilen Sprit. Dann drängen wir die Produktion von Biosprit wieder aus dem Spritmarkt heraus. Das ist dann zum zweiten Mal ein Verrat an den Bauern, die in diese Richtung investiert haben.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Früher geschah das einmal durch die Besteuerung von Biosprit, jetzt haben viele in diese Richtung investiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: So ist es!)

Es gibt Ölmühlen, die diese Produktion aufrechterhalten. Die anfallenden Eiweißreststoffe sind sehr wichtig in der Futtermittelgewinnung. Sie verdrängen brasilianisches Soja aus dem Futtermittelzettel der Tiere. Aber Sie sagen ja: Wir essen kein Fleisch, wir fahren nicht mehr mit dem Auto.

(Florian von Brunn (SPD): Machen Sie jetzt auch noch die Regierungserklärung für die Landwirtschaft?)

Das ist der falsche Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich schließe daran den großen Appell an, auch die Biomasse insgesamt nicht zu diskriminieren und unter Generalverdacht zu stellen. Man sollte vielmehr froh sein, dass die Biomasse, quasi auf Augenhöhe mit Photovoltaik und Wasserkraft, die dritthöchste Strommenge in Bayern erneuerbar, nachhaltig, sicher und umweltschonend produziert.

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Wenn wir hier Hand anlegen, dann wird es beim Strom noch sehr viel enger, dann werden Sie noch sehr viel mehr fossile Gaskraftwerke brauchen. Sie widersprechen sich in dieser Debatte. Lassen Sie deshalb die Holzöfen weiter zu, polemisieren Sie nicht gegen Pellets und Scheitholz, so wie das immer wieder vom Umweltbundesamt gemacht wird, ohne dass jemand dagegen vorgeht.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Erweitern Sie die Möglichkeiten beim Biomethan, anstatt das weiter zu reduzieren. Gleiches gilt für Biogas. Dort spielt große Musik. Lassen Sie diese Gaserzeuger produzieren. Die könnten und wollten auch kurzfristig deutlich mehr produzieren. Damit könnten wir derzeit sogar fossiles Erdgas einsparen und einspeichern. Aber nein, Sie stellen denen ein Bein, anstatt den Weg freizumachen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Nächster Punkt: Wasserkraft. Auch hier bekleckern Sie sich nicht mit Ruhm, sondern Sie verunsichern die Branche massiv. 60 % der Stromerzeugung aus deutschen Wasserkraftwerken findet in Bayern statt. Wir haben hier 4.000 kleine Wasserkraftwerke, die um ihre Existenz bangen. Lassen Sie die am Netz. Geben Sie denen die Möglichkeit, auch vom bayerischen Förderprogramm zu profitieren. Wir haben hier ein Förderprogramm aufgelegt, das Ökonomie und Ökologie unter einen Hut bringt, sodass mehr Stromerzeugung bei einer gleichzeitigen Verbesserung der ökologischen Auswirkungen finanziell gefördert werden kann. All das würde ins Leere laufen, wenn Sie sich durchsetzen würden und die Wasserkraft nicht mehr als besonders förderwürdig einstufen und sie stattdessen abnabeln wollen. Das verurteilen wir. Legen Sie stattdessen lieber Förderprogramme auf, wie wir sie in Bayern erfolgreich für PV-Speicher hatten.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das hatten Sie, weil Sie es abgeschafft haben!)

Auch hier habe ich über Wochen und Monate an Berlin appelliert, es Bayern gleichzutun. In Bayern haben wir 100 Millionen Euro in Photovoltaikspeicher investiert. Damit haben wir rund 100.000 PV-Speicher mit der zugehörigen Dachanlage auf Privathäusern angereizt. Auch hier waren wir deutschlandweit wieder Nummer eins.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie lachen hier nur zynisch darüber nach dem Motto: Was nicht sein darf, das kann nicht sein; denn wenn es kein grüner Energieminister ist, dann kann das gar nicht wahr sein. – Baden-Württemberg hätte das gerne gemacht, hat es aber nicht, und dort haben sie bei Weitem nicht diese Zubauzahlen. Die bessere Energiepolitik machen hier FREIE WÄHLER und CSU, aber nicht die GRÜNEN.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Also fördern Sie gezielt den Ausbau der erneuerbaren Energien im Bereich der Windkraft mit der Südquote, im Bereich der Photovoltaik mit einem Speicherprogramm, mit Klarstellungen auch bei der Agri-PV und mit der Aussetzung der Flächenstilllegung und vielem mehr, was wir Ihnen in den letzten Wochen und Monaten immer wieder mitgeteilt haben, um die Lösung dieser Energiekrise hinzubekommen. Das Einzige, was Ihnen einfällt, ist 10 H, 10 H, 10 H. Das können Sie noch hundertmal wiederholen;

(Zuruf von der AfD: So schaut es aus!)

daran wird gearbeitet. In Kürze kommen hier auch die Freigaben, und dann wird Windkraft in Bayern ausgebaut. Ich sage Ihnen: Am Ende wird deutlich mehr ausgebaut als in so manchem grünen Bundesland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Gisela Sengl (GRÜNE): Das ist ja fast bedrohlich!)

Ich bin neugierig, was Ihnen dann wieder einfällt, um unsere Erfolge kleinzureden.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Es ist keine einzige Anlage genehmigt!)

Aktuell müssen wir das Thema der erneuerbaren Energien auch mit dem Thema des Wasserstoffs abrunden. Das ist ein Thema, das Sie auch vor zwei Jahren noch so weit weggeschoben haben, dass Sie gar nicht darüber reden wollten. Immer wenn wir das Thema aufgerufen haben, haben Sie nur von 10 H, aber nicht von Wasserstoff geredet.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Vielleicht brauchen wir für den Wasserstoff auch Windräder? – Ruth Müller (SPD): Überlegen Sie einmal, wie viele Windräder wir für so viel Wasserstoff brauchen!)

Meine Damen und Herren, auch hier bräuchten wir Klarheit von Ihnen. Ich nenne hier sogar Firmennamen: Ich habe heute mit einem Vertreter von Paul Nutzfahrzeuge aus dem Raum Passau telefoniert; sie haben viele Kunden, die händeringend Wasserstoff-Lkw kaufen wollen. Seit Monaten wartet sowohl das Unternehmen als auch die Kundenschaft auf die Klarheit aus Berlin, wann endlich das Zuschussprogramm für Wasserstoff-Lkw freigeschaltet wird, damit in die Produktion von Wasserstoff-Lkw eingestiegen werden kann. Sie wissen: In Pfeffenhausen bei Landshut ist jetzt ein Wasserstofftechnologie- und -anwenderzentrum im Anmarsch; in Kürze kaufen wir hier den Grund.

Bayerns Aufgabe bei der bundesweiten Aufgabenverteilung ist es, hier vor allem auf die Mobilität setzen, das heißt: vor allem auf Langstrecken-Lkw. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, brauchen wir bis 2030 mindestens 80.000 Lkw in Deutschland, die klimaneutral, also nicht mehr mit Diesel, fahren.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Jeder Fachmann sagt Ihnen, dass Sie das alleine mit batterieelektrischen Antrieben nicht hinbekommen. Es wird vielleicht eine Teilung geben, bei der zwei Drittel der Fahrzeuge batterieelektrisch und ein Drittel mit Wasserstoff betrieben werden. Wir haben in Bayern das WTAZ, um genau diese Dinge umsetzen zu können. Daimler Truck ist mit uns im Gespräch und will mit uns schon an den Prüfstellen arbeiten.

Die Hersteller warten auf den Förderbescheid. Die Unternehmen wollen diese Lkw kaufen, aber Berlin steht am Schlauch und liefert nicht. Ich werfe den GRÜNEN fast vor, dass sie das aus ideologischen Gründen tun. Sie wollen verhindern, dass der Langstrecken-Wasserstoff-Lkw zum Ziel fährt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Staatssekretär Roland Weigert: Recht hat er!)

Lieber wollen Sie riskieren, dass die Speditionsbranche in die Knie geht und sich an Strafen für die Diesel-Lkw dumm und dämlich zahlt, weil die batterieelektrischen Lkw nicht genügend Ladestationen und Lademöglichkeiten haben werden.

Sie haben vorhin gesagt, wir müssen mit der Windenergie deutlich nach vorne kommen, um den Treibstoff, an dieser Stelle also den Wasserstoff, zu ersetzen; zumindest habe ich den Zuruf so verstanden. – Wie viel mehr Strom müssten Sie denn erzeugen, um alle Lkw und auch immer mehr Autos in Bayern selbst elektrisch zu betanken? Im Bereich Wasserstoff haben wir die Möglichkeit, erneuerbare Energien in Form von grünem Wasserstoff aus Ländern wie Norwegen, Schottland, Griechenland, Spanien bis hin zu Katar oder woher auch immer zu importieren, um damit bei uns die Mobilität und nicht nur die Industrie zu unterstützen. Ich sage Ihnen: Wenn der Wasserstoff günstig genug ist, um in der Industrie in großem Umfang eingesetzt zu werden, dann hätte das auch für die Mobilität Sinn.

Also sagen Sie bitte Ihren Regierungsparteien in Berlin, Sie sollen das Thema Wasserstoff und Mobilität nicht ideologisch beiseiteschieben, auch dieser Entwicklung eine faire Chance lassen und hier endlich diese Förderbescheide ermöglichen! Die Wirtschaft wartet darauf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Staatssekretär Roland Weigert: Bravo! Sehr gut!)

Wir haben in Bayern in den letzten Jahren im Bereich der erneuerbaren Energien vieles angeschoben – bereits 2019 mit unserem "Bayerischen Aktionsprogramm Energie", als noch niemand wieder über erneuerbare Energien gesprochen hatte.

(Lachen des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Das war Jahre davor und nach Fukushima ein größeres Thema, dann ist es eingeschlafen; in Zeiten von Corona war es nicht nur ein Nullthema, sondern ein Negativthema. Das hat sich auch in den Preisen abgebildet; es gab Zeiten, in denen der Ölpreis ein negatives Vorzeichen hatte, weil zunächst einmal niemand viel von dieser fossilen Energie wollte. Dann sind Industrie und Wirtschaft wieder schneller als erwartet in Schwung gekommen. Heute haben wir einen großen Energiehunger, verschärft durch die Situation in der Ukraine und die zunehmenden Versuche, von russischen Energieimporten unabhängig zu werden, die ich voll unterstütze. Jetzt haben wir sehr hohe Energiepreise, auf die wir jetzt reagieren müssen.

Es geht in diesem Bereich darum, LNG-Terminals zu errichten. Ihr Bundesminister Habeck ist löblicherweise ja dran, aber hier wird vorausgesagt, dass das erste Terminal frühestens Mitte nächsten Jahres, vielleicht noch heuer schon in Betrieb gehen kann,

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das ging richtig schnell!)

und nächstes Jahr eventuell ein zweites. Dann haben wir eben in Deutschland das amerikanische Fracking-Gas. Wir sind froh, dass wir dieses statt keines haben. Früher hätten Sie sich auf die Straße geklebt, wenn das der Fall gewesen wäre.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Heute müssen Sie diese energiepolitische Realität zur Kenntnis nehmen.

(Lebhafte Zurufe der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE) – Lebhafter Widerspruch des Staatsministers Thorsten Glauber)

Das heißt also, dass wir diese Möglichkeiten unterstützen müssen, sehen aber ganz klar, dass wir diese Situation damit allein nicht bezahlbar und erneuerbar hinbekommen werden. Das kann bestenfalls wieder nur eine Brücke sein, um eben deutlich mehr erneuerbare Energien in Deutschland auszubauen und Zeit zu gewinnen, um Wasserstoff – –

(Ruth Müller (SPD): Dazu hattet ihr lange genug Zeit!)

– Wir haben die Zeit genutzt! Bayern ist das führende Land bei den erneuerbaren Energien. Sie haben vorhin anscheinend nicht zugehört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Lebhaftige Zurufe des Staatsministers Thorsten Glauber – Lebhafter Widerspruch der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Wir haben die Zeit genutzt und im Jahr 2021 1.600 Megawatt erneuerbare Leistung in Bayern installiert.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sie haben gesagt, dass Sie das erst anschieben mussten! – Unruhe)

Kein anderes Bundesland hat auch nur annähernd diese Zahl erreicht. So viel zu Ihren Zwischenrufen, um auch diese richtigzustellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Anhaltende Unruhe)

Jetzt geht es schlichtweg darum, die Industrie auf diesem Weg mitzunehmen. Ich sage Ihnen noch einmal: In der Wirtschaft geht die Angst um, weil mittlerweile relativ offen Abschalt Szenarien diskutiert werden, wer als Erster, wer als Zweiter usw. vom Gasnetz gehen müsste. Das ist ein Szenario, das wir noch vor wenigen Wochen als völlig absurd mit der Ansage abgetan haben, dass man große Verunsicherung auslösen

würde, wenn man damit beginne. Das nimmt man mittlerweile aber schulterzuckend hin.

Also noch einmal von hier, von München aus an die Zentrale der Bundesnetzagentur: Liefert endlich den Beweis, dass es ohne Atomkraft geht,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

oder setzt in Gang, dass wir wenigstens eine Übergangslösung von einigen Monaten realisieren können! Soweit aus Berlin möglich: Macht den erneuerbaren Energien den Weg frei! Wir sind in Bayern in dieser Hinsicht schon erfolgreich und tun sehr viel. Und: Lassen Sie dem Wasserstoff endlich eine Chance und diskreditieren Sie ihn nicht! Ich honoriere, dass Bayern, das über eines der vier Wasserstoffzentren in Deutschland verfügt, jetzt auch diese Bundesförderung in Höhe von 72,5 Millionen Euro zugesagt bekommen hat. Im Vorfeld wurden zwar um die 100 Millionen Euro versprochen,

(Florian von Brunn (SPD): Von Scheuer! – Ruth Müller (SPD): Scheuer!)

aber wir müssen uns jetzt eben nach der Decke strecken und damit beginnen, etwas kleiner zu planen. Lassen Sie dann eben dieser Entwicklung die Chance, und arbeiten Sie nicht dagegen!

Ich will nicht die abgedroschene Formulierung, dass wir alle in einem Boot sitzen, benutzen, aber in diesem Fall ist es wirklich so. Keine Partei in diesem Landtag oder im Bundestag kann Interesse daran haben, dass permanent hohe Energiepreise den Wohlstand in Deutschland aufzehren. Niedrige Energiepreise waren jahrelang Wohlstandsgarant für Deutschland. Man war mobil, man konnte mit billiger Energie Industrieprodukte produzieren und war weltweit wettbewerbsfähig. Wir dürfen diese Position jetzt nicht verlieren.

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Wir haben Gott sei Dank noch Vollbeschäftigung. Die heutigen Arbeitsmarktzahlen sind jetzt sogar bei 2,8 %. Die Firmen suchen nach wie vor Leute, aber wenn auf Dauer die Inflation in dieser Größenordnung bleibt, dann wird diese Zahl sehr schnell eine andere sein, dann werden wir Wohlstand verlieren.

Also lasst uns gemeinsam daran arbeiten, die Energieversorgung in Bayern und Deutschland sicher, bezahlbar und erneuerbar hinzubekommen. Da haben wir unseren Anteil zu leisten, da hat die Bundesregierung ihren Anteil zu leisten, und ich sehe auf alle Fälle, dass die letzten Versuche mit dem Tankrabatt ja gut gemeint, aber vielleicht nicht ganz gut gemacht waren. Also schauen Sie auch diesen Preistreibern auf die Finger.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Ich habe keinen einzigen Vorschlag gehört!)

Das wurde früher immer sehr schnell von der SPD gefordert. Ich appelliere also an die SPD, hier auch darauf zu schauen und ihrem Ruf, der zumindest in der Vergangenheit bestand, den Großen auf die Finger zu schauen, an der Stelle auch gerecht zu werden und zu sagen: Die Mineralölkonzerne dürfen uns in der Form nicht abkassieren. Das ist jetzt auch Ihr Auftrag als Bundesregierung, den Sie zu erfüllen haben, um den Wohlstand in Deutschland zu sichern und keine soziale Schieflage zu produzieren.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Es liegen keine weiteren Fragen vor.

(Heiterkeit – Zurufe)

– Das hat jetzt nicht geklappt. Sie sind auch gar nicht zulässig während der Regierungserklärung.

Wir beginnen jetzt mit der Aussprache. Als Gesamtredezeit sind 151 Minuten vorgesehen. Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, kann ich dem Herrn Haushaltsausschussvorsitzenden – jetzt geht er! –, unserem heutigen Geburtskind – jetzt ist es da! –, ganz herzlich gratulieren.

(Allgemeiner Beifall)

Der erste Redner in der Aussprache ist der Kollege Ludwig Hartmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Hubert Aiwanger! Ich habe ja eigentlich gedacht, dass Sie derjenige in dieser Landesregierung sind, der wirklich für die Energiewende in Bayern brennt. Aber jetzt habe ich hier 45 Minuten nur Kritik gehört, was Berlin anders machen muss, ohne einen einzigen konkreten Vorschlag, welchen Beitrag Bayern leistet, um die Energiekrise in diesem Land in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Ich habe echt das Gefühl, dass Sie gar nicht mitbekommen haben, was die letzten Monate gerade alles in Berlin geleistet wird, in einem nie dagewesenen Tempo.

Robert Habeck hat ein Ministerium übernommen, in dem es wirklich eine Rumpelkammer der Energieversorgung gab, in dem Minister die letzten Jahre immer ausgebremst und nichts konkret vorangebracht haben. Bereits vor dem Konflikt mit der Ukraine, vor dem Angriffskrieg, hat er sich hingestellt, klar Bilanz gezogen und ganz klar das Ziel benannt: zu 80 % erneuerbarer Strom bis 2030.

Danach werden jetzt alle Gesetze angepasst, werden Maßnahmen aufs Gleis gesetzt, und das größte Flächenland, Bayern, das 20 % der Bundesfläche ausmacht, liefert heute keinen einzigen Beitrag, wie Sie diese Aufgabe unterstützen möchten. Das ist wirklich erbärmlich, Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Keinen einzigen Beitrag?)

In Berlin spürt man diesen Tatendrang gerade ganz deutlich, beim Erneuerbare-Energien-Gesetz: Die Einspeisevergütung für PV-Dachanlagen wird jetzt verdoppelt. Wer hat die Vergütung die letzten Jahre denn gesenkt? – Das waren nicht wir GRÜNEN, das waren Sie, in der Bundesregierung. Das waren Sie. Das wird jetzt geändert.

Wir haben noch andere Bereiche: Über die Bürgerbeteiligung bei Windkraft sind wir beide uns ja sogar einig; die braucht es dringend. Die Möglichkeit, dass Bürgerbeteiligungsanlagen Vorteile bei der Ausschreibung haben oder nicht daran teilnehmen müssen, wird jetzt aufs Gleis gesetzt. Darüber haben wir hier im Landtag oft diskutiert. Wer setzt das jetzt um? – Die GRÜNEN, die SPD und die FDP auf Bundesebene! Das wird jetzt geändert.

Weitere Bereiche im Energiewirtschaftsgesetz: Unsere Unternehmen in Bayern werden von Abgaben befreit, was gut und richtig ist, wenn sie selber sauberen Strom produzieren und diesen verwenden. Wir führen faktisch einen grünen Industriestrom ein. Das kommt doch Bayern zugute. Das sind alles Maßnahmen, die gerade aufs Gleis gesetzt werden.

Weitere Bereiche: Sie haben lange von der Angst gesprochen, dass der Gashahn eines Tages zuge dreht wird. Was hat denn die Bundesregierung aktuell gemacht? – Sie hat die Abhängigkeit schon von 55 % auf 35 % reduziert, und das bereits bis Ende April. Da werden die Weichen doch richtig gestellt. Sie können sich das doch vorstellen; Sie haben ja selber ein Ministerium übernommen. Nach nicht mal 100 Tagen im Amt kommt diese große Krise, und alles wird auf den Kopf gestellt. Man arbeitet wirklich sieben Tage die Woche daran, dass die Energiewende in Bayern, in Deutschland gelingen kann.

Jetzt möchte ich ganz deutlich sagen: Ihre Regierungserklärung hier war ein reines Wunschkonzert an die Bundesregierung. Einen Großteil gehen wir bereits an. Ent-

scheidend ist aber auch, dass das größte Bundesland wirklich einen entscheidenden Beitrag leistet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch mal die Punkte aufrufen, die Sie angesprochen haben: Sie hätten 2019 das Thema Energiewende wieder in die Debatte eingebracht. – Richtig, da haben Sie 100 Windkraftanlagen in den Staatsforsten angekündigt.

(Florian von Brunn (SPD): Keine einzige ist gebaut!)

Keine einzige ist bereits gebaut, keine in der Genehmigung, keine in der Planung. So funktioniert Energiewende nicht! Nachher wurden 300 versprochen, dann wurden 500 versprochen, dann waren es 800.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gab keine konkrete Maßnahme, wie man das Ziel erreicht. Und dann sagen Sie: 10 H war dafür da, um die Bürgerbeteiligung hinzubekommen! – Wir kennen doch die Zahlen: Wir hatten vorher 400 Genehmigungsanträge, und im letzten Jahr keinen einzigen Antrag. Das funktioniert doch nicht. Sie haben das massiv ausgebremst.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Letztes Jahr waren es sechs Genehmigungen!)

– Jetzt sind es sechs.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Nur wegen der Wahrheit!)

Die sind ans Netz gegangen. Aber 6 statt 400, da sind wir uns doch einig, ist verdammt wenig.

(Zuruf von der CSU: Aber das ist nicht null!)

Das ist dieses großen Landes in diesem Bereich nicht würdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gilt auch für das Thema Solar: Es ist richtig, dass Bayern bei der erneuerbaren Energie im Stromsektor bei Sonne Spitzenreiter ist. Das ist vollkommen richtig. Was ist denn die Grundlage dafür? – Die Grundlage dafür wurde von der SPD und von den GRÜNEN vor über 20 Jahren geschaffen. Das war das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Das wurde die ersten Jahre von der Seite rechts von mir massiv ausgebremst. Man wollte es gar nicht, man hat blockiert und gebremst. Das ist der Erfolg der Energiewende Bayern. Die Weichen wurden bereits vor über 20 Jahren auch damals im Bund gestellt, mit einer grünen Regierungsbeteiligung. Das war gut für die Energiewende, das war gut für unser Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist eigentlich Ihr Beitrag zum Erfolg des Ausbaus der Sonnenenergie in Bayern?

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Dass wir mehr PV-Freiflächen haben, dass wir Zuschüsse bezahlt haben!)

– Ja, für den Batteriespeicher haben Sie einen Zuschuss bezahlt. Aber auf der anderen Seite hat die Staatsregierung mal angekündigt, auf den staatlichen Liegenschaften Solaranlagen zu installieren. Von fast 11.000 Liegenschaften sind gerade einmal bei 4 % Solaranlagen installiert, und dann noch relativ kleine. Bei Neubauten liegen wir gerade einmal bei 15 %.

Dann haben Sie noch vor über zwei Jahren – das war der Ministerpräsident, der heute nicht anwesend ist –, am 10.07.2020 eine Solarpflicht angekündigt. Und was ist fast zwei Jahre später? – Sie hätte eigentlich zum 01.07.2022 in Kraft treten sollen. Sie ist bis heute nicht gekommen.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Macht es doch ihr im Bund!)

In Baden-Württemberg gilt das für Gewerbebauten seit Anfang des Jahres, und bereits ab Mai dieses Jahres gilt es auch für Wohnbauten. Das zeigt doch, dass es funktioniert. Man kann es machen, wenn man es wirklich möchte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider ist der Herr Ministerpräsident heute nicht anwesend. Er ist ja einer, der vieles angekündigt, aber bei der Energiewende eigentlich gar nichts geliefert hat. Wir haben das auch beim Bayerischen Klimaschutzgesetz erfahren: Nach dem Urteil des Gerichts haben Sie das selber in die Tonne getreten, weil das eigene Gesetz zu schlecht war. Es war ja auch schlecht. Das war ein richtiger Schritt. Das neue wurde versprochen, doch bis heute nicht in den Landtag eingebracht. Auch da wurde nur versprochen und nicht geliefert. Das zieht sich wie ein roter Faden durch die letzten Jahre.

Ich möchte ganz deutlich sagen: Wir brauchen dringend ein Machen, ein Anpacken bei der Energiewende, und nicht ein Abschieben der Verantwortung und ein Aussitzen der Sache. So werden wir der Herausforderung nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin durchaus ein optimistischer Mensch und glaube, dass man immer dazulernen und Fehler korrigieren kann. Was Sie zur Windkraft vorgelegt haben, greift aber deutlich zu kurz. Wir werden in Bayern die Windkraftleistung vervierfachen müssen, auch die Solarleistung vervierfachen müssen – da sind wir relativ nah beisammen –, um auch in Bayern den entscheidenden Beitrag wirklich zu leisten. Egal mit wem man spricht, ob mit Energiegenossenschaften, Stadtwerken, Landwirten oder Privatpersonen, alle, die sich an der Energiewende, an diesem großen gemeinsamen Projekt, beteiligen wollen, sagen immer eines: Es braucht Entschlossenheit, Planbarkeit und Verlässlichkeit. – Nichts davon wird hier in Bayern geliefert. Ich habe gedacht, es gibt jetzt eine Änderung. Nach der letzten Kabinettsitzung zur Energiepolitik hat Markus Söder aber wieder vom "Spargel-Schock" bei der Windkraft gesprochen. Er hat vom Windkraftschock für Oberbayern gesprochen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in Bayern erleben gerade in dreifacher Hinsicht einen Schock: Sie erleben einen Preisschock bei den fossilen

Energieträgern. Sie sehen es an der Tankstelle, bei der Heizkostenabrechnung, beim Strom und beim Gas.

(Zuruf von der AfD)

Sie erleben aber auch einen Abhängigkeitsschock. Wir wissen jetzt, wie abhängig unser Energiesystem ist. Man möchte aus dieser Abhängigkeit heraus, möchte sich befreien, weil man nicht sozusagen über die Gasrechnung einen Angriffskrieg mitfinanzieren möchte.

Die Menschen erleben auch einen dritten Schock: einen Schock durch Wetterextreme, weil die Klimaerhitzung durch das Verfeuern fossiler Energieträger immer schneller voranschreitet.

Das ist ein dreifacher Schock, den die Menschen erleben. Es ist kein Windkraftschock, es ist ein Schock in anderen Bereichen. Diesem Schock können wir etwas entgegenzusetzen: eine gute Energiepolitik hier in Bayern, die wirklich für Versorgungssicherheit, für sauberen Strom und natürlich für Bezahlbarkeit sorgen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann nicht nachvollziehen, warum die Kolleginnen und Kollegen von der CSU mehr Angst vor Windkraftanlagen haben als vor Diktatoren und Kriegstreibern. Ich kann auch nicht verstehen, dass sie mehr Angst vor Windkraftanlagen haben als vor den Folgen der Erdüberhitzung, Dürren und Hungersnot. Wir alle wissen doch: Die Klimakrise bekommen wir nur dann in den Griff, wenn wir uns von den fossilen Energieträgern befreien. Das geht nur mit Wind und Sonne als Rückgrat einer neuen Versorgung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte hier noch mal etwas deutlich machen, weil ich glaube, dass es bei Teilen der Regierung noch nicht angekommen ist. Vielleicht erleben wir hier auch genau das

Gegenteil dessen, was wir in Berlin erleben. In Berlin erleben wir ein Anpacken, einen Tatendrang, die Energiewende zu meistern. Nett ausgedrückt kann man sagen: In Bayern erleben wir eine gewisse Hilflosigkeit bei der Frage, wie man mit der Herausforderung umgeht.

(Lachen des Abgeordneten Alfons Brandl (CSU))

Ich möchte deutlich machen, warum Wind und Sonne so entscheidend sind. Hier wurde von der Wasserkraft gesprochen – ich gehe nachher gerne noch kurz darauf ein, auch auf die Biomasse. Wir hatten vor über zwanzig Jahren die erste Regierungsbeteiligung der GRÜNEN. Wir haben mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz alle sauberen Energieträger auf die gleiche Startlinie gesetzt. Wir haben jenen die Vergütung gegeben, die sie gebraucht haben, um am Markt bestehen zu können. Jetzt, nach über zwanzig Jahren, müssen wir im Rückblick feststellen: Wir haben beim Wettrennen der sauberen Energien eigentlich nur zwei Gewinner, die wirklich unbegrenzt verfügbar sind, deren Kosten gewaltig nach unten gegangen sind: Das sind Wind und Sonne. Die Biomasse brauchen wir als flexiblen Energieträger, sie ist ein hochwertiger, sauberer Energieträger. Aber die Biomasse können wir nicht x-beliebig steigern, weil die Fläche im Land begrenzt ist.

(Zuruf von der AfD)

Das Gleiche gilt beim Thema Wasserkraft. Die Flüsse in Bayern sind begrenzt; über 95 % der Flüsse sind bereits der Wasserkraftnutzung untergeordnet. Das Potenzial ist sehr gering. Das heißt, Wind und Sonne werden den großen Brocken stemmen müssen; das ist unstrittig. Dafür müssen sie massiv ausgebaut werden, gerade im größten Flächenland. Das heißt für uns: Zwei Prozent der Landesfläche als Vorrangfläche für die Windkraft in Bayern auszuweisen und 10 H in diesem Bereich zu kassieren – so deutlich muss man das sagen –, um Klarheit und vor allem Rechtssicherheit zu schaffen. Ihr Vorschlag öffnet doch Tür und Tor für Klagen: Warum ist es dort erlaubt, warum ist es dort nicht erlaubt? Zwei Prozent der Landesfläche als Vorranggebiet für

die Windkraft – das ist die Fläche, die wir benötigen. Damit wollen wir der Windkraft in Bayern endlich eine Heimat geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Aiwanger, Sie haben viel von der Sorge gesprochen, dass Strom knapp werden könnte. Sie haben die Bundesnetzagentur und weitere Bundesbehörden angesprochen. Man wollte die Stromnetze in Deutschland schon relativ lange ausbauen, um vorbereitet zu sein. Das war ein Ziel. Von Ihnen wurde gebremst; auch von der CSU wurde die ersten Jahre massiv gebremst. Dadurch haben wir viel wertvolle Zeit verloren, die wir jetzt dringend bräuchten.

Entscheidend ist doch: Wenn Wind und Sonne das Rückgrat der Versorgung bilden, dann brauchen wir auch ein gutes Stromnetz, ein gutes Verteilnetz, ein gutes Höchstspannungsnetz, um die Strommengen dorthin verteilen zu können, wo sie dringend benötigt werden und abgenommen werden können.

Ein weiterer Bereich: Sie haben angesprochen, die Kartellbehörden genauer anzuweisen. Auch das wird von der Bundesregierung gerade getan. Die Regierung ist an all diesen Punkten dran. Jahrelang wurde das im Bund verschlafen.

Ich habe jetzt viel vom Bund geredet, weil auch Sie nur vom Bund gesprochen haben. Mein Kollege Martin Stümpfig wird noch ausführlicher auf die bayerischen Aspekte eingehen, wie wir die Energiewende in Bayern zügig voranbringen.

Ich möchte zum Schluss noch deutlich machen, dass wir am Ziel einer Versorgung zu 100 % mit erneuerbaren Energien dringend festhalten müssen. Wir müssen die Entwicklung in diese Richtung dringend beschleunigen. In Berlin werden die Weichen richtig gestellt; das ist unstrittig. Wir stellen die Weichen hin zu einem grünen Energiewendeturbo, bei dem alle mitmachen können. Mehr Wertschöpfung im Land, mehr Klimaschutz, mehr Freiheit – jeder Einzelne gewinnt; es muss aber umgesetzt werden. Dafür müssen dringend auch Maßnahmen in Bayern vorangebracht werden.

Für uns ist klar: Unser bestehendes Energiesystem ist zu abhängig, zu unsicher, und es gefährdet unser Klima. Jeder einzelne Grund ist Grund genug, die Energiewende voranzutreiben.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, sicher, unabhängig, klimaneutral – so muss unsere Energieversorgung sein, besser früh als spät, auch um endlich das werden zu können, was wir sein wollen: ein Land, das Freiheit, Demokratie und Menschenrechte lebt und verteidigt, ein Land, das seinen Wohlstand auf sauberen Energien gründet, ein Land, das wirklich souverän handeln kann. Das gelingt uns nur, wenn wir uns endlich aus dieser Abhängigkeit befreien. Ein so starkes Land wie Bayern muss dazu einen großen Beitrag leisten. Ich bin davon überzeugt: Bayern könnte das leisten, wenn die Regierung endlich unterstützt. Die Menschen in Bayern haben das lange genug bewiesen. Energiegenossenschaften, Landwirte und Stadtwerke im ganzen Land, von Coburg bis Lindau, haben investiert. Wir haben gute Voraussetzungen, das zu schaffen. Packen wir es endlich an! Das ist auch Ihre Aufgabe.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Hartmann, es gibt eine Zwischenbemerkung. – Dazu erteile ich dem Kollegen Franz Bergmüller das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Hartmann, am 30.03.2022 kam in "Plusminus" um 21:54 Uhr eine

(Florian von Brunn (SPD): Wann genau?)

Bemerkung vom Präsidenten des Umweltbundesamtes, dass Holz nicht mehr verheizt werden sollte. Der Bezirkskaminkehrermeister bei uns vor Ort hat mich kürzlich darauf aufmerksam gemacht, dass die Holzöfen, die vielerorts in Baumärkten angepriesen und stark nachgefragt werden, streng überprüft werden sollen. Sind Sie für oder gegen Holz?

Im Wirtschaftsausschuss sprach Kollege Duin kürzlich davon, dass mit dem vorhandenen Material für die Rotorblätter nur 35 Windräder im Jahr gebaut werden könnten. Die Genehmigung für das Windrad in Bruck hat fünf Jahre benötigt, obwohl die Bürger voll dahinterstanden. Wie viele Windräder pro Jahr halten Sie für realistisch, die gebaut werden könnten?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, bitte schön.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ich fange mit dem zweiten Punkt an. Ich habe es vorhin angesprochen: Wir wollen den Anteil erneuerbarer Energien vom jetzigen Stand auf 80 % erhöhen, und zwar bei steigendem Strombedarf. Wir haben in Deutschland aktuell ungefähr einen Anteil von 45 %, in Bayern von etwas über 50 %. Das heißt, wir wollen das, was in den letzten 25 Jahren zugebaut worden ist, in acht Jahren schaffen. Das ist eine gewaltige Kraftanstrengung. Das kann das Land nur mit unseren Unternehmen, mit Stadtwerken, mit vielen Bürgern, die anpacken und mitmachen, schaffen. Und natürlich ist die Voraussetzung dafür, dass die Genehmigungsverfahren vereinfacht werden. Wir haben es doch gerade vom Minister gehört: Wenn bereits dieses Jahr ein Flüssiggasterminal ans Netz geht, ist das rekordverdächtig.

Wir werden in den Vorranggebieten für die Windkraft beim Artenschutz abstufen müssen, damit der Ausbau zügiger erfolgen kann. Wir werden abwägen müssen. Wir sind hier ehrlich und gehen das Thema richtig an, um das zu schaffen. Ich bin davon überzeugt: Wenn man es richtig macht, nicht immer die Probleme sucht, kann Bayern zum Land der Energiegewinner werden. Das sind wir unseren Unternehmen und den Menschen hier schuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich noch eine kleine Gratulation aussprechen. Wir haben heute einen Deutschen Meister unter uns. – Nun ist es spannend, welcher Deutsche Meister es sein könnte: Herr Prof. Schubert, der dort vorne rechts sitzt, ist Deutscher Meister in Kurzschrift.

(Allgemeiner Beifall)

Man muss noch dazu sagen: Wer Steno gelernt hat, weiß, was 475 Silben pro Minute heißen. Damit kann all das, was wir sagen, im Protokoll festgehalten werden. Herzliche Gratulation, schön, dass Sie für uns protokollieren! Das freut mich.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt erteile ich der Kollegin Kerstin Schreyer für die CSU-Fraktion das Wort.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von 1950 bis 1987 war Bayern im Länderfinanzausgleich Nehmerland. 3,39 Milliarden Euro flossen nach Bayern. Seit 1989 ist Bayern durchgehend ein Geberland. Allein 2021 haben wir 9 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich eingezahlt.

Sie werden sich jetzt überlegen: Warum sage ich das? – Ich sage das deswegen, weil wir ein Hochindustrieland sind, weil wir uns vom reinen Agrarland weiterentwickelt haben. Genau deswegen ist es für den Bund und für uns wichtig, dass wir auch Fragen, die die Energie betreffen, gut aufsetzen; denn wir sind natürlich auch sehr leistungsstark. 1950 war es noch undenkbar, dass wir zu einem solchen Industrieland werden und dass wir in der Industrie 1,3 Millionen Arbeitsplätze haben werden. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf lag im Jahr 2019 bei über 48.000 Euro und damit mehr als 6.000 Euro über dem Bundesdurchschnitt.

Wir sind also ein sehr leistungsfähiges Land. Dies bedeutet natürlich auch: Wir haben einen gewissen gesellschaftlichen Wohlstand erreicht. Von unserer Leistungsstärke profitiert das gesamte Land. Insofern ist es auch wichtig, dass wir in der Politik die Weichen richtig stellen, damit die bayerischen Unternehmerinnen und Unternehmer auch weiterhin so produktiv arbeiten können wie bisher. Dies heißt aber auch: Eine leistungsstarke Industrie hat einen entsprechenden Rohstoffbedarf. Zentraler Rohstoff ist die Energie. Der Energiebedarf muss zwingend gedeckt werden; denn hierbei geht es um eine Standortfrage. Es geht um die Standortsicherung. Davon hängt ab, inwie-

weit die Firmen bei uns bleiben oder sich außerhalb Bayerns, außerhalb Deutschlands oder außerhalb Europas niederlassen. Das heißt: Wir brauchen vernünftige Preise, eine stabile Energieversorgung, damit die Arbeitsplätze hierbleiben, aber auch entsprechend Steuereinnahmen generiert werden. Wir haben immer ganz viele Ideen, wofür wir Geld ausgeben wollen, aber wir müssen die Unternehmen auch unterstützen.

Wir als Fraktion haben uns vor Kurzem mit Vertretern der Chemieindustrie getroffen. Ich durfte auch bei einem Unternehmen im Chemiedreieck in Burghausen sein, das sehr energieintensiv ist. Wenn wir die Hürden hoch genug halten, werden diese Unternehmen weggehen. Ich möchte Ihnen das an einem Beispiel aufzeigen. Ein Unternehmer am Tisch hat berichtet, dass seine Firma ein Werk in Schweden und ein Werk bei uns in Bayern hat. Bei uns zahlt er 250 Euro für die Megawattstunde Strom, in Schweden 25 Euro. Die rhetorische Frage, wo das Unternehmen das Werk ausweiten wird, brauche ich, glaube ich, nicht zu stellen. Es dürfte klar sein, wo dies geschehen wird: nämlich nicht bei uns.

Das Thema Energie ist für die Unternehmen ganz, ganz entscheidend und ist aufgrund des Krieges, der in der Ukraine stattfindet, noch entscheidender geworden. Wir sind in hohem Maße von russischem Gas und russischem Öl abhängig und werden im Energiebereich langfristige und kurzfristige Lösungen brauchen, damit eine entsprechende Abfederung möglich ist. Wir hatten im letzten Plenum bereits besprochen, dass wir die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängern müssen; denn anders wird es gar nicht gehen. Insofern muss uns klar sein: Wir werden alle Lösungen angehen müssen. Deswegen bin ich dankbar, dass die Staatsregierung vorgestellt hat, welche vielfältigen Möglichkeiten es gibt; denn wir werden es uns gar nicht leisten können, zwischen guter und schlechter Energie zu unterscheiden. Wir werden einfach alles brauchen, wenn wir den Wohlstand in Bayern erhalten wollen und wenn wir die Wirtschaft erhalten wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den GRÜNEN: Und Klimaschutz?)

Allein rund 20 % des im Jahre 2021 verbrauchten Gases wurden für die Stromerzeugung benötigt. Ich kann ehrlich gesagt noch keine Darstellung erkennen, wie Berlin diese Probleme lösen will; denn am Ende ist ja der Bund maßgeblich zuständig. Der Freistaat leistet seinen Beitrag. Ich habe vorhin mit Spannung gehört, wo wir nach Meinung von Herrn Hartmann noch Nachhilfe brauchen. Das brauchen wir nicht; denn wir sind bei vielen Dingen ganz, ganz vorn. Man kann sich zwar immer an der Windkraft verbeißen, aber die Windkraft allein wird das Problem nicht lösen. Insofern finde ich die Debattenlage schon spannend. Ich spreche die Atomkraft an. Wir werden feststellen, wem der Wirtschaftsstandort wie wichtig ist und wer auch bereit ist, vielleicht über seinen ideologischen Schatten zu springen und zu sagen: Okay, für drei, vier, fünf Jahre werden wir eine Überbrückung brauchen; anders wird es nicht gehen.

(Ulrich Singer (AfD): Das sagen wir seit 2018, Frau Kollegin!)

Ich danke auch Hubert Aiwanger und der Staatsregierung für die heutige Vorstellung des Energieplans. Wir brauchen diesen Energieplan; wir brauchen ihn mit Dreiklang: Wir brauchen Versorgungssicherheit, wir brauchen Bezahlbarkeit, und wir brauchen die erneuerbaren Energien.

Bayern hat viel gemacht; man kann aber durchaus noch mehr machen. Deswegen war es wichtig, dies heute darzustellen. Dies unterscheidet uns im Übrigen auch von der Ampel. Wir machen wenigstens etwas. Wir sitzen das nicht aus, sondern wir machen etwas.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der SPD)

Ich zeige Ihnen das an einem Beispiel auf. Bei der Wasserkraft, der Photovoltaik und der Biomasse haben wir unter allen Ländern in Deutschland die höchste installierte Leistung, und auch bei der Geothermie sind wir mit Abstand führend. Das sind tolle

Erfolge, aber man darf sich nicht auf ihnen ausruhen. Natürlich ist klar, dass wir entsprechend weiterkommen müssen. Ich kann aber nicht verstehen, warum uns die Ampel gerade bei der Wasserkraft und bei der Geothermie – vorsichtig ausgedrückt – nicht hilft.

(Zuruf von der SPD)

Ich möchte ein konkretes Beispiel zur Geothermie bringen. Ich selbst war von 1996 bis 2006 Gemeinderätin in Unterhaching. Im Jahr 2001 haben wir als eine der ersten Gemeinden als Vorreiter entschieden, uns im Bereich Geothermie zu engagieren.

(Florian von Brunn (SPD): Von welcher Partei war noch einmal der Bürgermeister?)

– Wenn Sie mir zuhören, kann ich Ihnen das gerne sagen. Der Bürgermeister war von der SPD. Weil er ein kluger Kopf ist, hat er dafür gesorgt, dass wir gemeinsam, alle miteinander, diesen Weg gehen. Herr von Brunn, das wäre nicht Ihre Begabung an erster Stelle.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD):
Also das muss die CSU wirklich niemandem sagen!)

Der Vorteil dieses Bürgermeisters von der SPD ist, dass er jemand ist, der mit der Gemeinschaft arbeitet, der versucht, alle Kolleginnen und Kollegen mitzunehmen. Deswegen konnten wir diesen Weg auch geschlossen gehen. Bis 2027 wird es einen Vollausbau geben. Das heißt, spätestens 2028 werden alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde die Möglichkeit haben, Fernwärme aus eigener Quelle zu nutzen. Im Klartext heißt das: Geothermie ist etwas, das wichtig ist und das ein Angebot von vielen sein kann.

(Florian von Brunn (SPD): Deswegen fördern Sie sie auch kaum!)

Leider ist es aber auch so, dass der Bund nicht weiterkommt; er fördert nicht, er organisiert nicht. Wir haben ganz, ganz viele Ressourcen. Zwischen 100 und 300 Terawattstunden pro Jahr wären möglich.

(Florian von Brunn (SPD): Es ist die schlichte Unwahrheit, was Sie gerade sagen!)

Wir müssen sehen, entsprechend weiterzukommen. Die Genehmigungsverfahren gehen nämlich nicht vorwärts. Dies ist eben eine Bundesaufgabe. Das ist keine Landesaufgabe, sondern eine Bundesaufgabe.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wenn die erneuerbaren Energien so gewünscht sind, weiß ich nicht, warum wir nicht endlich bei der Entwicklung eines Förderprogramms für die Geothermie weiterkommen. Es geht auch um das Energieforschungsprogramm. Das alles sind Aufgaben, in die Robert Habeck ganz viel Energie investieren kann, damit wir das entsprechend vorwärtsbringen können.

Das Gleiche gilt für die Biomasse. Bayern hat klare Stärken im Bereich der Bioenergie und unterstützt die Betreiber nach Kräften. Wir müssen aber auch hier feststellen, dass viele Anlagen aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Deshalb brauchen wir vom Bund eine Nachbesserung.

Ich komme zur Wasserkraft, über die wir das letzte Mal schon gesprochen hatten. Die "kleine Wasserkraft" wurde im sogenannten Osterpaket aus der Förderung herausgenommen. Kein Mensch kann dies erklären. Sehen Sie sich die Wasserkraftwerke an. Ich war in Kempten; ich war jetzt auch in Töging. Erstens herrscht dort eine riesige Enttäuschung, und zweitens ist das nicht nachvollziehbar. Energie aus Wasserkraft gibt es teilweise schon seit über hundert Jahren. Mit ihr kann produziert werden. Ich kann verstehen, dass Herr Habeck das nicht so auf dem Schirm hat; denn das Entscheidende bei der Wasserkraft ist die Fallhöhe. In Schleswig-Holstein haben wir sie

nicht; bei uns in Bayern haben wir sie aber. Genau weil wir sie haben, ist es wichtig, dass Herr Habeck lernt, dass wir in Bayern entsprechende Fallhöhen haben und Energie aus Wasserkraft generieren können. Wir haben die Wasserkraft. Wir könnten so viel leisten, wenn der politische Wille vorhanden wäre.

Ich nenne das Beispiel Österreich. Dort ist die Wasserkraft mit einem Anteil von zwei Dritteln die bedeutendste heimische Stromquelle. Warum macht das Österreich? – Weil klar ist, dass man Wasserkraft braucht, weswegen man sich in Österreich entsprechend regenerativ aufstellen möchte. Klar ist aber auch, dass der ökologische Aspekt wichtig ist. Deswegen haben wir alle möglichen Maßnahmen ergriffen – ich nenne nur die Fischtrepfen –, damit die Tiere vor der Wehranlage abgeleitet werden. Wer sich das Kraftwerk Jettenbach-Töging angeschaut hat, weiß, dass dies bereits einige Kilometer davor geschieht. Die Betreiber erkennen den ökologischen Bedarf und leiten die Tiere rechtzeitig um.

Dass dieser Punkt aus dem Gesetzentwurf von Habeck herausgenommen wurde, ist nicht nachvollziehbar; denn das war doch ein ganz wesentlicher Teil davon. Daran merkt man halt, dass keine Beratung durch Bayern stattgefunden hat; sonst wäre diese Entscheidung nicht getroffen worden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir erleben also eine Diskriminierung der Wasserkraft, was zum Nachteil der Energiewende ist. Das heißt im Klartext: Am Ende des Tages werden wir genau hier die Probleme haben, und das ist nur noch schade.

Ich hoffe, dass wir an den Stellen, an denen Bayern wirklich führend ist, weiterkommen. Wir haben ein großes Angebot an Solarenergie, Geothermie und Biomasse, so dass wir uns nicht auf die Windkraft versteifen müssen. Von Hubert Aiwanger haben wir gehört, welche Erleichterungen es geben soll. Wir alle gehen davon aus, dass sie dazu führen, dass Robert Habeck dem bayerischen Vorschlag zustimmt. Der Minister-

präsident hat ein ausführliches Schreiben geschickt, in dem wirklich ein breites Konzept dargestellt ist.

Lieber Hubert, bei alledem, was wir ausweiten, ist es natürlich wichtig, dass die Stromnetze funktionieren. Wenn wir die Leitungen nicht haben, können wir den Strom nicht ableiten. Daher ist es wichtig, die Planung und den Bau zu beschleunigen; anders wird es nicht gehen. Das kann nur gemeinsam funktionieren. Anders wird es nichts werden.

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung – an mehreren Stellen. Die Photovoltaik und die Wasserkraft sind angesprochen worden. Wir brauchen auch die Einführung einer Fündigkeitsrisikoversicherung bei der Geothermie. Denn wie sonst soll eine kleine Gemeinde das stemmen? Das sind Risiken, deren Übernahme am Ende des Tages nicht anders zu organisieren ist. Ich hoffe sehr darauf, dass wir das gemeinschaftlich hinbekommen.

Vorhin wurde gesagt, der Herr Minister habe nur Wünsche in Richtung Berlin geäußert. Ich darf an dieser Stelle sagen, dass es nicht nur Wünsche des Herrn Ministers sind. Es sind Forderungen, die aus einer eklatanten Notwendigkeit resultieren. Ich verstehe gut, warum diese Forderungen aufgestellt werden.

An dieser Stelle kann die Ampelkoalition Farbe bekennen, indem sie die entsprechenden bayerischen Anliegen unterstützt. Ich habe es anhand mehrerer Beispiele, unter anderem der Wasserkraft, ausgeführt. Anders wird es nicht gehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, es gibt zwei Zwischenbemerkungen. – Die erste kommt von Prof. Hahn für die AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Werte Frau Ministerin Schreyer von der CSU, Ihr Ministerpräsident Söder ist heute leider nicht da; er interessiert sich offenbar nicht für die Regierungserklärung des Herrn Aiwanger von den FREIEN WÄHLERN. Vielleicht sitzt er

gerade mit der ebenfalls abwesenden Frau Schulze von den GRÜNEN zusammen, um die kommende Regierungskoalition zu schmieden.

Aber jetzt zur Sache. Für Netz- und Systemsicherheitsmaßnahmen fielen im Jahr 2020 rund 1,4 Milliarden Euro an, wie aus Zahlen der Bundesnetzagentur hervorgeht; das waren 100 Millionen Euro mehr als 2019. Die Kosten werden über die Netzentgelte auf den Strompreis umgelegt – das wissen Sie – und landen am Ende beim Verbraucher. Herr Habeck will ja, dass die Deutschen für diese Energiewende bzw. für die Energie hungern und frieren. Und Sie von der CSU lassen sich – leider! – von den Rot-Grünen vor sich hertreiben.

Meine Frage hierzu: Wie hoch soll der Strompreis für unsere Verbraucher bitte noch werden, bis Sie endlich einsehen, dass Ihr ideologisch forcierter Ausbau von erneuerbaren Energien unsere Bürger und unsere Industrie langsam, aber sicher ausbluten lässt?

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Schreyer (CSU): Herr Kollege, Sie wissen ganz genau, warum unser Ministerpräsident heute nicht anwesend sein kann. Wenn Sie seine Termine verfolgen, wissen Sie, dass heute Manfred Weber zum Vorsitzenden der EVP gewählt werden soll. Es gehört sich, dass unser Parteivorsitzender dort ist. Ich glaube, es ist nicht falsch, wenn hier zeitgleich der zuständige Minister seine Regierungserklärung abgibt. Sie müssen sich irgendwann entscheiden: Sonst werfen Sie dem Ministerpräsidenten immer seine angebliche One-Man-Show vor; heute werfen Sie ihm vor, dass es ein anderer tut. Irgendwann müssen Sie sich schon entscheiden, wie Sie Ihre Vorwürfe erheben.

Wenn Kollege Aiwanger als zuständiger Minister eine Regierungserklärung abgibt, kann ich daran nichts Falsches finden. Der Ministerpräsident kann sich nicht klonen und nicht aufteilen. Seine Abwesenheit heute finde ich jedenfalls nicht falsch.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wo Frau Schulze ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Das müssen Sie Herrn Kollegen Hartmann fragen. Dazu kann ich nichts sagen; ich bin froh, wenn ich meinen eigenen Kalender im Griff habe.

Zu der Frage nach den Strompreisen möchte ich Ihnen aber schon etwas sagen: Sie waren in der jüngsten Plenardebatte dazu offensichtlich nicht da; denn dort habe ich sehr deutlich ausgeführt, dass genau das der Punkt ist. Habeck sagt, wir sollten den Gürtel enger schnallen. Das kann man aber nur von demjenigen verlangen, der es auch kann. Die Rentnerin kann es vielleicht nicht.

Genau deshalb ist die CSU-Fraktion – gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN – der Garant dafür, dass der Finger immer wieder in diese Wunde gelegt wird.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin!

Kerstin Schreyer (CSU): Wir sagen: Erneuerbare Energien – ja. Aber es müssen die Versorgungssicherheit gewährleistet und der Preis akzeptabel sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, es gibt noch eine zweite Frage; dann dürfen Sie noch eine Runde dranhängen. Die nächste Frage kommt von Herrn Kollegen Martin Stümpfig von den GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Kollegin Schreyer, die Windkraftflächen in Bayern sind ja in Vorrang- und Vorbehaltsflächen eingeteilt. Zwei Drittel sind als Vorrangflächen ausgewiesen, ein Drittel als Vorbehaltsflächen. In dem jüngsten Fraktionsbeschluss der CSU werden ausdrücklich nur die Vorrangflächen genannt, wo die 1.000-Meter-Regelung gelten soll. Dazu gibt es aber unterschiedliche Aussagen. Herr Aiwanger nimmt die Vorbehaltsflächen noch mit hinein; bei der CSU bleiben sie außen vor.

Jetzt die klare Frage an Sie: Sind die Vorbehaltsflächen in der 1.000-Meter-Regelung enthalten, oder sind sie es nicht?

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön.

Kerstin Schreyer (CSU): Herr Stümpfig, wie Sie wissen, ist Herr Minister Aiwanger aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Diesen wird er vorlegen, und dann werden wir alle genau darüber diskutieren. Solange ich keine Vorlage habe, kann ich darüber nicht diskutieren; sobald ich sie habe, diskutiere ich.

Ich kann Ihnen aber eines sagen: Für mich persönlich war die Möglichkeit für 10 H eine ganz wesentliche, weil ich der Auffassung bin, dass die Kommunen dann selbst entscheiden können. Mit dem, was wir jetzt an Möglichkeiten dazugeben, kann ich ganz gut leben.

Zur Wahrheit gehört auch: Lassen Sie uns das gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern tun! Anders wird es nicht funktionieren. Sie sind immer dann für Bürgerbeteiligung, wenn es um Themen geht, bei denen Sie etwas verhindern wollen. Aber dann, wenn es um echte Chancen geht und die Bürgerinnen und Bürger in Sachen erneuerbare Energien mitgenommen werden können, sind Sie nicht mehr so sehr für Bürgerbeteiligung. Ihr Ansatz ist manchmal schon spannend.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Als Nächster spricht Herr Kollege Ulrich Singer für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Aiwanger, Sie haben heute mit langwierigen Ausführungen von Ihrer unglücklichen Bilanz als Energieminister abzulenken versucht. Je länger die Rede, Herr Kollege Aiwanger, desto geringer der Inhalt.

Schon der Titel der Regierungserklärung – "[...] sicher, bezahlbar, erneuerbar" – ist doch eine Falschdarstellung der von Ihnen mitverschuldeten energiepolitischen Realität. Dort sollte der "BR-#Faktenfuchs" einmal hinschauen und recherchieren. Nach zwei Jahren vermurkster Energiewende ist unsere Energieversorgung weder sicher noch bezahlbar.

(Beifall bei der AfD)

Sie ist trotz enormer Kosten von mindestens 300 Milliarden Euro nicht einmal erneuerbar geworden, obwohl Sie alle von den Altparteien hier im Saal seit zwei Jahrzehnten das hart erarbeitete Geld unserer Bürger mit beiden Händen für die Energiewende zum Fenster herauswerfen. Die aktuelle Inflation zeigt doch schon heute sehr klar, dass Sie vor dem Scherbenhaufen einer gescheiterten Politik stehen und die Bürger das mit ihrem hart erarbeiteten Geld bezahlen müssen.

Aber zumindest diese Koalition wacht inzwischen auf und übernimmt die ersten Forderungen von uns.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Herr Kollege Mehring, es ist gut, dass Sie anfangen, unsere Forderungen zu übernehmen – darüber sind wir doch glücklich –, zum Beispiel bezüglich des Weiterbetriebs der Kernkraftwerke. In der Tat kann es nicht sein, dass wir unsere sicheren Kernkraftwerke stilllegen und stattdessen Atomstrom aus Tschechien oder aus Frankreich beziehen sollen.

Ich wünsche mir wirklich, dass Sie, Herr Kollege Mehring, öfter in unsere Anträge schauen und daraus abschreiben. Seit 2018 leisten wir hervorragende Arbeit im Landtag. Das merken jetzt die FREIEN WÄHLER. Auch die CSU macht mit; Frau Kollegin Schreyer sieht es jetzt auch so. Dann beschließen wir doch die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke!

Auch der Rest Ihrer Ausführungen, Herr Kollege Aiwanger, war eher wirr und widersprüchlich. Sie wollen massiv auf grünen Wasserstoff setzen, haben aber noch keine Vorstellung davon, wie er wirtschaftlich sinnvoll gewonnen werden kann. Offen bleibt vor allem, wie er jemals in Deutschland hergestellt werden soll; wir haben gar nicht die erforderliche Energie dafür. Deshalb sprechen Sie selber davon, ihn aus dem Ausland zu importieren.

Dann setzen Sie auf mit Wasserstoff betriebene Lkw. Dafür fordern Sie – natürlich – wieder Zuschüsse, eben weil diese Art des Betriebs nicht wirtschaftlich ist. Diese Umverteilungspolitik lehnen wir, die AfD, klar ab.

Sie wollen zusätzlich zu den vorhandenen 1.100 Windkraftwerken ganz Bayern zu-
pflastern und weitere – Hunderte – Windkraftanlagen in unsere Wälder setzen. Allerdings liegt die Verfügbarkeit der Windkraft laut den Übertragungsnetzbetreibern nur bei 1 %. Der Wind ist ganz einfach: nicht kalkulierbar. Bei der PV-Anlage haben wir doch das gleiche Problem, Herr Kollege Aiwanger: Die Sonne scheint nicht in der Nacht. Wir brauchen in Bayern nicht noch mehr Flatterstrom, sondern grundlastfähige Energie.

(Beifall bei der AfD)

Die GRÜNEN sind auch ganz lustig: Sie wollen zusätzlich auf unbezahlbare Elektromobilität setzen, während wir gar nicht wissen, wo wir unseren Strom überhaupt noch herbekommen sollen. Seien Sie doch mal ehrlich, Herr Kollege Aiwanger: Genau genommen sind Sie doch selbst gar nicht der Meinung, dass unsere Energieversorgung in Bayern derzeit noch sicher ist.

Die Kosten für die Maßnahmen zur Netzfrequenzstabilisierung sind sprunghaft um über 1 Milliarde Euro angestiegen und belegen das doch ganz eindrucksvoll, wie es unser Kollege Ingo Hahn gerade angesprochen hat. Das Redispatch-Volumen ist laut Bundesnetzagentur inzwischen auf über 17 Terawattstunden angewachsen. Das be-

deutet, dass man fast täglich in die Fahrpläne unserer Kraftwerke in Deutschland eingreifen muss, damit das Netz überhaupt noch weiter betrieben werden kann.

All diese Zahlen belegen doch ganz eindrucksvoll und ganz klar, dass uns eine wetterabhängige und flatterhafte Energieerzeugung immer näher an einen Blackout heranhört. Selbst die Staatsregierung prognostizierte doch ab 2020 eine Stromlücke von 50 %. Auch das zeigt, dass wir eine grob fahrlässige Energiepolitik betreiben. Ein grundlastfähiges Kernkraftwerk oder grundlastfähige andere Kraftwerke sollen dagegen geschlossen werden und werden vom Markt genommen. Dann wundern Sie sich, wenn in Bayern irgendwann das Licht ausgeht.

Die Energiepreise sind im letzten Jahr teilweise um 300 % angestiegen. Herr Kollege Aiwanger, Sie haben von 8 % gesprochen; es ist ein Zsigfaches. Viele Rentner, viele wirklich leistungsschwache Familien sind bei Energie mit Preissteigerungen von mehreren Hundert Prozent konfrontiert und wissen nicht, wie sie heizen sollen. Wenn Sie heute einen Gasvertrag abschließen, kostet die Kilowattstunde im Durchschnitt 21 Cent; vor ein paar Jahren waren es im Durchschnitt noch 5 Cent.

(Zuruf)

Die katastrophale Inflation bei den Energieträgern wäre mit Langzeitverträgen abfederbar, Herr Kollege Aiwanger. Auch da haben wir Möglichkeiten, russisches Gas zu importieren; Sie wollen selbst nicht darauf verzichten. Dann machen wir doch langfristige Verträge! Stattdessen sollen wir auf Gas aus Katar setzen; das ist auch eine Schnapsidee, bei der wir auf einmal die Menschenrechtsfragen hintanstellen.

(Beifall bei der AfD)

Auch der Strompreis für die Industrie hat sich durch die Energiewende inzwischen vervierfacht und liegt mittlerweile bei 27 Cent. Herr Kollege Aiwanger, Sie spielen Poker mit dem Wohlstand des ganzen Landes. Hunderttausende Arbeitsplätze sind in Bay-

ern durch diese planlose Energiewende bedroht. Sie haben auch selbst erwähnt, dass Hunderttausende Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen.

So, wie es aussieht, haben Sie und die anderen Kollegen von den Altparteien sich komplett verzockt. Sie haben meines Erachtens die letzten Reserven des Mittelstandes und des Normalverdieners völlig verzockt. Von den Menschen mit geringem Einkommen will ich gar nicht mehr reden; sie sind inzwischen schon an der Existenzgrenze und müssen an den Tafeln Schlange stehen.

Herr Kollege Aiwanger, jetzt versuchen Sie, die Schuld auf die Ukraine-Krise zu schieben, aber Sie haben doch selbst in den letzten Jahren an dem Verbot und an der Verknappung der Energieträger mitgewirkt. Erst jetzt kommen Sie auf die Idee, dass wir wahrscheinlich doch noch mindestens für eine vorübergehende Zeit auf eine Verlängerung der Laufzeiten unserer Kernkraftwerke angewiesen sind.

Auch die künstliche Verteuerung der Energie durch Steuern und Abgaben, die alle Fraktionen außer der AfD in den letzten Jahren mitgetragen haben, haben ihren Teil dazu beigetragen, unsere Bevölkerung weiter zu verarmen. Trotz all dieser teuren Maßnahmen ist doch von der angestrebten Energiewende und der Versorgung mit erneuerbaren Energien kaum mehr übrig geblieben als ein großer Wunschtraum – ganz im Gegenteil: Deutschland muss jetzt eben im Nahen Osten um Erdgas betteln, weil die Kartellparteien im blinden Aktionismus unser Energiesystem ruiniert haben und lieber auf billiges Gas aus anderen Ländern verzichten wollen.

Der energiepolitische Irrflug muss beendet werden; er zerstört unsere deutsche Volkswirtschaft und den sozialen Frieden in unserem Land. 17 % der Haushalte in Deutschland fallen mittlerweile in Energiearmut, und die Tendenz ist stark steigend. Davon sind Millionen von Kindern betroffen, Hunderttausende davon im Freistaat Bayern. Herr Kollege Aiwanger, Sie haben nichts dagegen unternommen.

Man kann die Probleme bei der Energieversorgung nicht einfach auf den Weltmarkt oder den Klimaschutz schieben, wenn wir selbst viel zu hohe Steuersätze haben und

Möglichkeiten hätten entgegenzuwirken. Nehmen wir noch einmal die Kernenergie: Wir haben dazu seit 2018 über 30 Anträge eingebracht, die alle abgelehnt wurden. Jetzt wollen Sie das auf einmal im Hauruck-Verfahren umsetzen, Hals über Kopf. Das ist infantile Energiepolitik auf Kindergarteniveau,

(Beifall bei der AfD)

ein Beleg Ihrer politischen Kurzsichtigkeit. In Frankreich andererseits wurde die Stromproduktion durch Kernkraftwerke massiv erhöht; dann ist dort auf einmal auch der Strom dreimal günstiger als bei uns. In Polen wurden die Steuern auf Kraftstoffe massiv gesenkt; dann kostet der Kraftstoff auf einmal 50 Cent weniger als in Deutschland. In Belgien wurde die Mehrwertsteuer auf Strom gesenkt. Das heißt also, es geht. Im Klartext heißt das ganz einfach: Günstige Energie ist überall da möglich, wo sie politisch gewünscht ist.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen auch kein nettes Drei-Monats-Zuckerl vom Bund, sondern wir brauchen dauerhafte Senkungen beim Energiepreis. Wir brauchen niedrigere Steuern, statt diesen Populismus, den wir auf Bundesebene erleben. Wir warnen schon seit Jahren davor, dass die einseitige Fokussierung auf die CO₂-Einsparung ins gesellschaftliche Verderben führt, dass man sich den Strom bald nicht mehr leisten kann.

Ein Ansatzpunkt wären natürlich auch sichere Reaktoren der vierten Generation, die in der Lage wären, den vorhandenen Atommüll energetisch zu verwerten. Damit könnten wir auch ein enormes umweltpolitisches Problem lösen, indem wir unseren Atommüll nachverbrennen würden. Wir könnten sozusagen den Atommüll recyceln und daraus Energie für die nächsten Jahrzehnte gewinnen. Das ist ein toller Ansatz; hier brauchen wir natürlich auch entsprechende Forschung.

(Zuruf)

– In 30 Jahren, aber Sie wollen doch jetzt nicht einmal mit der Forschung anfangen, Herr Kollege. Fangen Sie jetzt mit der Forschung an; dann können Sie das Vorhaben irgendwann umsetzen. – Wir brauchen wetterunabhängige Grundlastfähigkeit. Wir brauchen technische Redundanz bei Strom und Wärme. Wir dürfen uns nicht von wenigen Energiequellen oder von bestimmten wenigen Lieferanten abhängig machen.

(Zurufe)

Ich komme langsam zum Ende. – Wer sich in Bayern in Zukunft noch eine Heizung leisten will oder Strom haben möchte, sollte unbedingt auf die AfD setzen.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Florian Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Singer, es war wieder eine interessante Rede.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Daraus nehme ich mit, dass Sie von Energiewende und Klimawandel noch nie etwas gehört haben, und vom Ukraine-Krieg erst recht nichts.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Ulrich Singer (AfD): Schieben Sie Ihr Versagen doch nicht auf den Ukrainekrieg!)

Wenn Sie Ihr Heil in Zukunft noch in russischem Gas suchen –

(Ulrich Singer (AfD): Wer hat in den letzten Jahren auf das Gas gesetzt? Waren wir das?)

das folgt nämlich daraus –, verkaufen Sie Ihre Seele an einen imperialistischen Putin. Sie sind doch die Freunde Moskaus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Ulrich Singer (AfD): Sie haben doch die Verträge gemacht!)

Welche Partei kungelt denn dauernd und sitzt auf Putins Schoß? – Das sind doch Sie. Sie wollen uns hier erzählen, dass wir weiter mit diesem Aggressor zusammenarbeiten sollen? – Nein, so geht es nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen natürlich auch den Klimawandel in den Griff bekommen; das ist die größte Herausforderung, die wir haben. Das wird mit erneuerbaren Energien gehen.

(Zuruf)

Die Herausforderung ist, dass wir unseren Wohlstand und unsere Sicherheit in Bayern bewahren müssen. Das müssen wir mit guter und günstiger Energie machen. Dazu werden wir in Zukunft einen Mix brauchen. Sie sagen, dass Sie Atommüll recyceln wollen. Ich habe mich mit den Fachleuten unterhalten, die gesagt haben: In diesem Jahrhundert wird das noch nicht gehen. Möglicherweise in diesem Jahrhundert würde aber die Kernfusion gehen; sie ist eine Zukunftsperspektive, die wir in absehbarer Zeit haben werden. Da haben wir eine langfristige Perspektive, mit der wir eine saubere und sichere Energiequelle bekommen werden, aber nicht mit dem, was Sie mit Atommüll meinen, den man irgendwie recyceln könnte. Das wird so nicht klappen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen natürlich Versorgungssicherheit und müssen genug Strom und Energie zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung haben. Dazu kann man an verschiedenen Stellschrauben drehen. Herr Kollege Hartmann, die größten dieser Stellschrauben befinden sich in Berlin. Dort muss an diesen Schrauben gedreht werden. Dabei darf man nicht in irgendwelche Lummerland-Fantasien verfallen. Hier geht es um Fakten. Es geht um harte Politik, um den Wohlstand und den Standortfaktor Deutschland und Bayern. Diesen Standortfaktor müssen wir aufrechterhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Von daher bin ich froh, dass wir einen bayerischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger haben, der nicht nur Sachverstand hat, sondern auch die Chancen und die Risiken der Energiepolitik erkennt und den Mut hat, diese klar zu benennen, wie er das vorhin getan hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen jetzt Tatkraft an den Tag legen und weitergehen. Wir werden in Zukunft nicht nur eine Energiequelle haben, sondern viele benötigen. Wir brauchen kurzfristige, mittelfristige und langfristige Lösungen. Daher wäre es auch falsch, auf irgendeinem Auge blind zu sein oder ideologische Grundmuster von rechts, links oder sonstwo zu verfolgen.

Es war ein großer Fehler, dass die Wasserkraft aus dem Osterpaket herausgefallen ist. Die Wasserkraft ist ein Schlüssel, der für uns in Süddeutschland, in Bayern und auch in Baden-Württemberg, eine große Bedeutung hat. Die Wasserkraft hat viele Vorteile. Sie ist heimisch, zuverlässig, dezentral, CO₂-frei und ein perfekter Ersatz für fossile Energieträger. Allein in Bayern haben wir 4.000 kleine Wasserkraftanlagen, die jährlich eine Terawattstunde Strom erzeugen. Das entspricht der Leistung von ungefähr 170 Windkraftträdern. Wenn diese 4.000 Kraftwerke vom Netz gehen, müssen wir diese Windkraftträder noch zusätzlich bauen. Es ist doch viel besser, wenn wir die Windkraftträder bauen und die Wasserkraft am Netz lassen bzw. sie ausbauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber gerade dieser kleinen Wasserkraft wird von Berlin aus der Hahn zugedreht. Das ist einfach kurzsichtig. Die Wasserkraft ist eher eine süddeutsche Kompetenz. Wir haben im Alpen- und im Voralpenraum genug Wasser und in Bayern genug Flüsse. In Bayern gibt es etwa 30.000 Querverbauungen in Flüssen, die energetisch nicht genutzt werden. Würden wir nur ein Drittel davon energetisch nutzen, hätten wir eine

Leistung von zwei Kernkraftwerken. Da müssen wir drangehen. Wir haben mit den neuen Schachtkraftwerken auch die Technologie, um das umweltfreundlich tun zu können. Diese Entwicklungen sind an der TU München entstanden. Wir sollten den Mut haben, hier über unseren ideologischen Schatten zu springen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Von daher sollte auch Berlin seine Hausaufgaben machen. Hubert Aiwanger hat dafür perfekte Nachhilfe geleistet. Lieber Hubert, danke, dass du in Berlin die Themen immer wieder zur Sprache bringst und den Leuten klarmachst, wo der Schuh drückt und wo gehandelt werden muss. Es geht nicht nur um Bayern; es geht auch um Deutschland. Wir kriegen das nicht mit irgendwelchen Fantasien, sondern nur mit Fakten hin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir überlegen momentan, die Kernkraftwerke weiterlaufen zu lassen. Das ist dem Konflikt in der Ukraine geschuldet; denn es war geplant, dass das Leck, das durch die Abschaltung der Kernkraftwerke entsteht, durch Gaskraftwerke geschlossen wird. Sollte aber kein Gas kommen, dann kann auch kein Gaskraftwerk einspringen. Sollten wir kein Gas haben, werden wir darüber nachdenken müssen, ob wir die Kernkraftwerke für eine bestimmte Zeit weiterlaufen lassen sollten, um dieses Leck zu schließen. Mit dem Krieg in der Ukraine hat keiner gerechnet, außer vielleicht die Freunde Moskaus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Daher haben wir auch klare Forderungen an den Bund,

erstens, eine Absenkung der Strom- und Erdgassteuer auf ein europäisch zulässiges Maß,

zweitens eine substanzielle Absenkung der Energiesteuersätze auf Heizöl,

drittens die Reduktion der Übertragungsnetzentgelte durch einen Zuschuss aus Bundesmitteln in Höhe von mindestens 2 Milliarden Euro,

viertens die Anwendung eines ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf Erdgas, Elektrizität und Fernwärme,

fünftens die Einführung eines Industriestrompreises, damit unsere Industrie konkurrenzfähig bleibt, und

sechstens die volle Ausschöpfung der Möglichkeiten zur Entlastung von stromkostintensiven Unternehmen im Rahmen der sogenannten Strompreiskompensation.

Meine Damen und Herren, der bayerische Physiker und Nobelpreisträger Werner Heisenberg hat gesagt: "Die Energie kann als Ursache für alle Veränderungen in der Welt angesehen werden." Das gilt auch für uns. Bayern ist durch Energie vom Agrarstaat zum innovativen Industriestaat geworden. Sollte unsere Energie nicht mehr fließen, wie das jetzt der Fall ist, könnten wir in der Geschichte wieder einen Schritt zurückgehen. Das wollen wir nicht. Wir werden das zusammen mit unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger verhindern. Danke, Hubert Aiwanger!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Wir haben eine Intervention von Herrn Kollegen Uli Henkel von der AfD-Fraktion.

Uli Henkel (AfD): Herr Kollege Streibl, Wirtschaftsminister Aiwanger hat heute zu Beginn seiner Regierungserklärung in wirklich dankenswerter Offenheit klargestellt, ich zitiere: Die Erneuerbaren können leider die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit in Bayern nicht garantieren. – Genau das haben wir von der AfD schon immer gesagt.

Er hat dann prognostiziert, dass Frankreich im kommenden Winter Strom aus Bayern benötigen werde. Ich muss Sie fragen: Woher soll denn der Strom für diesen Export kommen, nachdem die große Politik in Deutschland nach Fukushima in kollektiver

Hysterie den Totalausstieg aus der Kernkraft beschlossen hat und schon jetzt absehbar ist, dass wir nicht einmal unsere eigenen Bürger und unsere eigene energieintensive Wirtschaft ausreichend oder zumindest mit bezahlbarem Strom werden versorgen können? Woher soll also dieser Strom aus Bayern für einen Export nach Frankreich kommen? Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir diese Frage beantworten könnten. Ich konnte diese Frage nicht an den Minister stellen.

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie hätten diese Frage auch dem Minister stellen können.

Präsidentin Ilse Aigner: Nein, das geht nicht.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ach, das geht nicht? – Sie müssen bei einer Intervention keine Frage stellen. Sie können auch nur ein Statement abgeben. Es ist nicht vorgeschrieben, Fragen zu stellen.

Soweit ich es in Erinnerung habe, wird Frankreich Strom beziehen müssen, ob von Deutschland, Bayern oder wem auch immer. Frankreich kann selbst keinen ausreichenden Strom zur Verfügung stellen. Wir in Bayern haben noch viel Strom. Die Lichter brennen noch. Mit den Erneuerbaren haben wir mehr Strom, als wir verbrauchen können. Dieses Mehr an Strom können wir natürlich abgeben. Für Sie ist das vielleicht ein ganz irrwitziger Gedanke: Es gibt ein Europa, in dem viele Staaten und Nationen zusammenwirken. Das Stromnetz ist ein europäisches Netz. In diesem Stromnetz herrscht ein permanentes Geben und Nehmen. Dieses Geben und Nehmen geht über nationale und regionale Grenzen hinaus. Dieser Gedanke geht anscheinend über Ihre Denkfähigkeit hinaus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ja, es wäre wichtig, dass wir bei der Energiewende in Bayern endlich vorankämen. Aber nach dieser Regierungserklärung bin ich überzeugt: Das geht nicht mit der CSU, den FREIEN WÄHLERN und auch nicht mit diesem Energieminister.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD will echten Fortschritt bei bezahlbarer, sicherer und klimafreundlicher Energie. Dazu brauchen wir vor allem einen starken Ausbau der Windkraft in Bayern. Wir brauchen einen zügigen Ausbau der Erdwärmenutzung, sprich der Geothermie. Und wir brauchen den Ausbau der Sonnenenergie sowie den konsequenten Ausbau der für alles unverzichtbaren Stromnetze. Im Moment brauchen wir aber vor allem mehr Unterstützung für die Menschen hier in Bayern. Die Regierung von Olaf Scholz und die Ampelkoalition haben vorgelegt und helfen den Menschen mit 30 Milliarden Euro. Wir im Freistaat müssen diese Hilfe unterstützen und ergänzen.

(Beifall bei der SPD)

Bayern braucht von der CSU und den FREIEN WÄHLERN sicher nicht immer nur neue Ankündigungen und Schaufensterprogramme, die dann nicht einmal erfüllt werden.

Herr Aiwanger, ich finde es übrigens verblüffend, wie Sie argumentieren. In der Kabinettspressemitteilung vom 17. Mai 2022, in der Sie das alles angekündigt haben, steht, Sie wollten sich Ihre Corona-Politik zum Vorbild nehmen – ernsthaft? Ihre Corona-Politik? – Ich glaube nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger Ihre Corona-Politik so überzeugend fanden. Ich glaube vielmehr, das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Ich nenne nur einige Stichworte: Pleiten, Pech und Pannen; Sauter, Tandler, Nüßlein – und ja, eine handschriftliche Aiwanger-Liste mit Namen von Parteifreunden. Herr Staatsminister, das ist "Filz vom Feinsten".

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit der Aufarbeitung dieser großartigen Politik beschäftigt sich jetzt ein Untersuchungsausschuss. Wenn Sie Ihre Energiepläne so durchführen wollen wie Ihre Corona-Politik, dann sage ich: Gute Nacht!

Gewisse Parallelen gibt es aber durchaus, und zwar das Hü und Hott und die plötzlichen Kehrtwenden sowohl in der Corona-Politik als auch in der Energiepolitik. Ich nenne ein Beispiel: Sowohl Markus Söder als auch Sie, Herr Aiwanger, haben die Stromautobahnen nach Bayern früher abgelehnt, ja sogar bekämpft. In diesem Punkt war sich Markus Söder sogar mit seinem Vorgänger und "Intimpartei Freund" Horst Seehofer einig. Der heutige Energieminister Hubert Aiwanger hat sogar von "Monsterrassen" gesprochen und den Protest dagegen erst angeheizt. Und was machen Sie heute, Herr Aiwanger? – Sie fordern vom Bund einen schnellen Ausbau der Stromleitungen. – Sorry: Das kann ja wohl niemand ernst nehmen, Herr Aiwanger.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich jetzt auf das schaue, was Sie vorgelegt haben, stelle ich fest: Ihr Energieplan ist eine Mischung aus großen Ankündigungen, einer Vielzahl von Baustellen und der für Sie schon typischen Oppositionskritik an einer tatkräftigen Bundesregierung unter Führung der SPD, die dasjenige beherzt anpackt, was Sie in Bayern nicht hinbekommen.

Besonders enttäuschend sind übrigens Ihre Windkraftpläne. Während die von der SPD geführte Bundesregierung das umsetzt, was Olaf Scholz im Wahlkampf versprochen hat und was SPD, GRÜNE und FDP im Koalitionsvertrag vereinbart haben – also die Energiewende zu beschleunigen, zu entbürokratisieren und tatkräftig umzusetzen –, wollen Sie das Gegenteil. Sie wollen die Windkraft allenfalls in Trippelschritten ausbauen und schaffen unglaublich komplizierte Regelungen, die kein Mensch mehr ohne Nachschlagewerk versteht.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Vorschlag ist ein echtes Bürokratiemonster, mit dem Sie der Energiewende den nächsten Mühlstein um den Hals hängen. Am Ende wird mit dieser Regelung, die Sie heute vorgeschlagen haben, ganz sicher kein kraftvoller Ausbau der Windkraft gelingen – so viel kann ich Ihnen schon heute sagen; wir bräuchten hingegen Mut und große Schritte.

Herr Aiwanger, weil Sie den Artenschutz angesprochen haben, stelle ich klar: Das Problem in Bayern heißt nicht Milan, sondern Markus. – Damit die Energiewende in Bayern gelingt, sind aus unserer Sicht vor allem drei Dinge notwendig.

Erstens. Schaffen Sie endlich den kontraproduktiven Windkraftstopp, die 10-H-Regelung, ab! Beteiligen Sie doch einfach die Bürgerinnen und Bürger und auch die Gemeinden an den Gewinnen der Windkraft! Genau das geht nämlich auf Landesebene. Mecklenburg-Vorpommern macht das vor. Das Bundesverfassungsgericht hat die Beteiligungsregelung Mecklenburg-Vorpommerns erst kürzlich als konform mit dem Grundgesetz erklärt. Wir als SPD hatten eine solche Beteiligungsregel für Bayern schon vorgeschlagen; Sie allerdings waren dagegen. Wir können die Menschen an den Windkraftgewinnen beteiligen und damit viele für die Windkraft gewinnen.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens macht nicht nur das von der SPD regierte Küstenland Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch das von der SPD regierte Binnenland Brandenburg vor, wie ein entschlossener Ausbau der Windkraft gelingt. Brandenburg ist flächenmäßig nicht einmal halb so groß wie Bayern, hat aber fast 4.000 Windräder. Das sind dreimal so viele wie in Bayern und doppelt so viele, wie Sie als Koalition bauen wollen.

(Zuruf von der CSU)

Die Regierung in Brandenburg will sogar weiter ausbauen. Wir als bayerische SPD wollen nicht, dass Bayern beim Ausbau der Windkraftträder hintansteht. Wir wollen,

dass Bayern auch bei der Windkraft führend ist und nicht nur Mittelmaß; denn das würde nicht nur einen enormen Schub bei der Energiewende bringen, sondern mittelfristig auch den Strompreis deutlich senken.

(Beifall bei der SPD)

Windkraft ist die günstigste Form der Stromerzeugung. Der Ausbau der Windkraft schont nicht nur die Umwelt – Stichwort: Klimaschutz –, sondern auch die Geldbeutel der Menschen.

Damit komme ich zum zweiten Punkt. Bayern hat nach der Steuerschätzung im Mai erhebliche Steuermehreinnahmen in Höhe von rund 1,9 Milliarden Euro. Einen Teil dieses Geldes sollten wir den Menschen jetzt zurückgeben.

(Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Warum?)

Die Lebenshaltungskosten und auch die Mieten in Bayern sind schon ohne die stark gestiegenen Energiepreise sehr hoch. Bayern ist schön, aber zugleich teuer. Deswegen fordern wir als SPD zusätzlich zu den großen Entlastungen der Regierung Scholz eigene bayerische Hilfen für die Menschen im Freistaat.

(Beifall bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Bravo!)

Wir müssen Geld für die Menschen in Bayern in die Hand nehmen. Das ist uns wichtig. Bayern kann das. Unser Schwerpunkt ist es vor allem, Familien, Normalverdiener und Menschen in Schwierigkeiten zu unterstützen. Unsere Vorschläge sind: Ein zusätzliches bayerisches Familiengeld in Höhe von einmalig 100 Euro pro Kind für jede Familie und jeden Alleinerziehenden bzw. jede Alleinerziehende. Ein Energie- und Klimageld in Höhe von 50 Euro – –

(Zurufe von Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der FDP)

– Ihre Zurufe zeigen, dass ich einen wunden Punkt getroffen haben, weil Sie die Menschen im Regen stehen lassen!

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen ein Energie- und Klimageld in Höhe von 50 Euro für jeden bayerischen Bürger und jede bayerische Bürgerin. Zudem sollen Menschen, die Sozialleistungen erhalten, einmalig 100 Euro zusätzlich bekommen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Jawohl!)

Bayern kann und muss sich das leisten. Das sind uns unsere Bürgerinnen und Bürger wert. Das ist soziale Politik für die Menschen in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Wir müssen in Bayern unsere großen Chancen und Potenziale nutzen, die uns Erdwärme und Geothermie bieten. Wir als SPD – Frau Schreyer hat das ja gerade eingeräumt – machen das schon auf kommunaler Ebene vor.

Die Gemeinde Unterhaching war unter dem SPD-Bürgermeister Erwin Knappek schon vor Jahren Pionier beim Ausbau der Geothermie. Wir machen das auch in den Kommunen, wo Sie von der CSU und den FREIEN WÄHLERN es bisher versäumt haben; denn wir bauen die Geothermie schnell und stark aus. Etwa in München werden durch das neue Geothermiekraftwerk im Süden der Stadt bereits ab Ende dieses Jahres zusätzlich 80.000 Haushalte klimafreundlich mit Wärme über das Fernwärmenetz versorgt. Genau das müssen auch wir jetzt bayernweit machen. Wir müssen Geothermie und Fernwärme ausbauen!

Herr Aiwanger, Ihre Ankündigungen dazu sind leider nur Lippenbekenntnisse, solange in Bayern nicht die erforderlichen Mittel dafür in den Haushalt eingestellt werden. Wenn Sie das ernst meinen, dann müssen Sie einen Nachtragshaushalt mit einer umfassenden und starken Förderung der Geothermie vorlegen, damit sich das auch weniger finanzstarke Gemeinden als München und Unterhaching leisten können!

(Beifall bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Sehr richtig!)

Wir brauchen auch Fördermittel für den Ausbau von Fernwärmenetzen und Abwärmee-nutzung.

Ich fasse zusammen: Ihre Energiekonzepte, Herr Aiwanger, sind vor allem Ankündi-gungen und Baustellen. Ansonsten arbeiten Sie sich in Ihrer typischen Oppositionsart und -weise an der Bundesregierung und der Ampelkoalition ab. Wir als SPD wollen, dass die Geothermie und die Windkraft in Bayern unbürokratisch, schnell und stark ausgebaut werden und dass wir die Bürgerinnen und Bürger hier in Bayern an den Gewinnen der Windkraft beteiligen. Wir wollen vor allem die Menschen entlasten. Wir haben in Bayern die finanziellen Möglichkeiten, um den Menschen im Freistaat ange-sichts der hohen Energiepreise zusätzlich zu den Hilfen des Bundes zu helfen. Bayern kann mehr. Lassen Sie uns das jetzt anpacken!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege von Brunn, zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Kerstin Schreyer gemeldet.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben gerade zu Recht an-gesprochen, dass es für Kommunen durchaus schwierig ist, wenn sie sich im Bereich der Geothermie auf den Weg machen. Unterhaching hat das Gott sei Dank fraktions-übergreifend hinbekommen. Die Gemeinden Pullach, Unterschleißheim und Oberha-ching – übrigens alle unter der Führung von Bürgermeistern der CSU – haben das auch gut hinbekommen. Für mich wäre jetzt die Frage: Wann kommt denn die Fündig-keitsausfallbürgschaft? – Sie wäre das Entscheidende. Wenn der Bund nämlich eine Ausfallbürgschaft hinlegt, dann können auch Gemeinden, die finanziell nicht so stark sind, entsprechend einsteigen. Was ist denn an der Stelle Ihr Beitrag?

Florian von Brunn (SPD): Frau Schreyer, vielleicht wissen Sie, dass die Förderungen des Bundes im Moment von der Europäischen Kommission europarechtlich bewertet werden. Wenn Sie das nicht wissen, dann müssen Sie sich kundig machen. Die SPD

stellt leider nicht die Europäische Kommission. Insofern ist das aktuell die Baustelle von jemand anders.

Mich wundert bei Ihnen aber immer, dass Sie immer Ihre Backen aufblasen und große Töne spucken, was Sie doch alles in Bayern machen. Wenn Sie dann nichts zuwege bringen, dann zeigen Sie mit dem Finger auf Berlin. Sie haben die Möglichkeiten, hier in Bayern die Geothermieförderung für Explorationen auszuloben. Ein paar Millionen Euro stehen ja dafür auch im Haushalt bereit. Gehen Sie als CSU und als Ausschussvorsitzende doch hin und sorgen Sie dafür, dass wir in Bayern eine anständige Geothermieförderung bekommen! Dann kommen wir in Bayern auch weiter.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer (CSU))

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege. – Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Martin Hagen für die FDP-Fraktion das Wort.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es war heute wieder eine "bemerkenswerte" Regierungserklärung. Gleich bei einem der ersten Sätze des Ministers Aiwanger hat es mich gerissen. Er hat gesagt – Zitat –, bis vor Kurzem hätten alle gesagt, Energie sei so billig und so gut verfügbar, dass man darüber nicht reden müsse. – Wirklich? In welcher Welt haben alle gesagt, Energie sei so billig und so gut verfügbar, dass man darüber nicht reden müsse? – Ich erinnere mich an ganz andere Debatten, die wir in den vergangenen Jahren hier und anderswo geführt haben. Wir warnen seit Jahren davor, dass Bayern im Zuge des Atomausstiegs in eine immer größere Stromlücke hineinsteuert. 2011 hat Ihr Amtsvorgänger Martin Zeil das in seinem Energiekonzept "Energie innovativ" sehr deutlich benannt und hat insbesondere die Notwendigkeit eines zügigen Ausbaus von erneuerbarer Energie und Transportkapazitäten dargestellt. Seitdem hat die Staatsregierung den Ausbau erneuerbarer Energien blockiert. Sie haben den Bau von Stromtrassen hintertrieben und sich bei der Gasversorgung einseitig auf Russland verlassen. Das Schlamassel, in

dem wir sind, ist das Ergebnis der verfehlten Energiepolitik der Bayerischen Staatsregierung!

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der SPD)

Sie schreiben, bis vor Kurzem hätten alle gesagt, Energie sei so billig und gut verfügbar. Im 10. Monitoring zum Stand der Energiewende der Vbw heißt es aber: "Die Entwicklung entscheidender Indikatoren, wie der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit, ist besorgniserregend." "Besorgniserregend"! Also kannten wir die Herausforderungen. Das ist alles nicht neu. Wir brauchen mehr erneuerbare Energien, und wir brauchen ganz dringend einen Netzausbau, insbesondere der Leitungen SuedLink und SuedOstLink, die aus den windreichen Regionen Norddeutschlands Strom zu uns in die Verbrauchszentren im Süden bringen. Wenn wir das nicht schaffen, bekommen wir noch größere Probleme. Schon jetzt wird der Strompreis in Deutschland jedes Jahr durch Redispatch-Kosten in Milliardenhöhe belastet. Wenn wir es nicht bald schaffen, diese Leitungen zu bauen und in Betrieb zu nehmen, wenn wir dieses Problem nicht lösen, dann droht eine Trennung Deutschlands in unterschiedliche Strompreiszonen. Dann wird der Strom in Bayern mehr kosten als in anderen Teilen Deutschlands. Was das für die Industrie bedeutet, können Sie sich als Wirtschaftsminister denken.

(Beifall bei der FDP)

Herr Aiwanger, Sie haben heute von der Pressestelle eine Bilanz verschicken lassen, wie Sie seit dem Bayerischen Aktionsprogramm Energie, das Sie 2019 vorgestellt haben, vorangekommen sind. 69 von 73 Maßnahmen seien laut dieser Pressemitteilung erfüllt und umgesetzt. Schauen wir mal im Detail, was Sie versprochen haben. Da frage ich mich, wie Sie auf diese Ziffern kommen. Sie haben 2019 hier an dieser Stelle versprochen, bis 2022, also bis zu diesem Jahr, Folgendes zu erreichen: Bei der Photovoltaik plus 3.200 Megawatt Peak, bei der Wasserkraft plus 1 Terawattstunde, bei der Bioenergie 10 Terawattstunden, bei der Windenergie 300 zusätzliche Windanla-

gen, bei der Kraft-Wärme-Kopplung 3.000 neue KWK-Anlagen, bei der Bioenergie 20 % Anteil an der Wärmeerzeugung, bei der Solarthermie plus 250.000 m² Flächen für solarthermische Kollektoren. Beim Wasserstoff wollten Sie 10 Tankstellen in Bayern. Sie haben so gut wie keines von diesen Zielen erreicht. So gut wie nichts! Sie lesen hier eine Bilanz vor, die reine Augenwischerei ist, Herr Aiwanger. In Wahrheit haben Sie sich in den letzten Jahren ausgeruht.

(Beifall bei der FDP)

Heute hören wir überwiegend Appelle an die Bundesregierung, um von Ihrer Bilanz abzulenken. Wenn Sie nur halb so schnell und engagiert wären wie die Bundesregierung im letzten halben Jahr, wären wir schon weiter. Der entscheidende Hebel wird die Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren sein, auf die sich die Ampel verständigt hat. Das ist wahrscheinlich eines der zentralen Projekte der Legislaturperiode. Dafür wird aber auch die Landesebene gebraucht, weil alle politischen Ebenen daran mitwirken müssen, hier eine Beschleunigung der Planungsprozesse zu erreichen. Wir können nur hoffen, dass Sie sich hier konstruktiv verhalten.

Ihr Appell an den Bund, sich des Themas Gasspeicher energisch anzunehmen – das bezieht sich auf den Gasspeicher in Österreich –, hat mich aufhorchen lassen. Sie wollen, dass der Bund dieses Thema energisch angeht, waren aber selber erst Ende März im Rahmen einer Expertenreise in Österreich. Nach Aussagen von Teilnehmern dieser Reise haben Sie sich erkennbar leidenschaftlicher mit der dortigen damaligen Landwirtschaftsministerin Köstinger über den Tourismus unterhalten als mit der damaligen Wirtschaftsministerin Schramböck über den Gasspeicher in Haidach. Einen Wirtschaftsminister, der auf Auslandsreisen die Interessen der bayerischen Industrie so stiefmütterlich behandelt, können wir uns in diesen Zeiten nicht leisten, Herr Aiwanger!

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Sie haben den Bund des Weiteren aufgefordert, die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten angesichts steigender Energiepreise und angesichts der Inflation. Das ist eine Auf-

forderung, der ich mich anschließen kann. Wir können feststellen, dass der Bund hier schon sehr viel geliefert hat: Grundfreibetrag um 363 Euro erhöht, Arbeitnehmerpauschbetrag um 200 Euro erhöht, 300 Euro Energiepreispauschale, 6,6 Milliarden Euro Entlastung durch die Abschaffung des EEG, 350 Euro Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger, die Energiesteuern auf Benzin und Diesel gesenkt, 9-Euro-Ticket, Erhöhung der Pendlerpauschale, Kinderbonus – all das wurde beschlossen. Überall hier ist die Entlastung durch die Ampel erfolgt.

Ich bin darüber hinaus der Meinung, dass wir auch die Mittelschicht durch breite Steuerensenkungen entlasten sollten, damit die Lohnerhöhungen, die in den nächsten Monaten lediglich einen Teil der Inflation ausgleichen werden, nicht zu einer höheren Steuerlast führen. Das ist ein Anliegen, das auch der Finanzminister Christian Lindner teilt. Ich hoffe, dass er in der Ampel dafür eine Mehrheit findet.

In Ihrer Aufzählung der Entlastungen, die Sie fordern, hat mich verduzt, dass Sie eine Abschaffung der CO₂-Abgabe fordern. Ich dachte bisher, dass es unter den demokratischen Parteien Konsens ist, dass wir in Deutschland eine CO₂-Bepreisung haben wollen und wir durch die Lenkungswirkung klimaneutral vorankommen können. Die Abschaffung der CO₂-Abgabe ist eine Forderung, die wir bisher nur von der AfD kennen. Ich bin gespannt, ob sich das als neue Linie in der Bayerischen Staatsregierung durchsetzt oder ob es ein Alleingang des Wirtschaftsministeriums war.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Es gibt noch mehr demokratische Parteien in Bayern!)

Wir stehen vor großen Herausforderungen bei der Erreichung der Klimaziele in Bayern und in Deutschland. Wir werden sie nur erreichen, wenn wir ganz stark auch auf grünen Wasserstoff und auf synthetische Kraftstoffe setzen. Für die Produktion von grünem Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen wird sehr viel Energie benötigt, die wir in Bayern nicht in diesem Umfang haben. Daher müssen wir die Energiepolitik groß und international denken. Wir brauchen zum Beispiel Energiepartnerschaften mit nordafrikanischen Staaten, in denen wir mit Solarenergie sehr günstig und in sehr großem

Umfang Wasserstoff produzieren und dann in bayerische Industriezentren transportieren können. Dafür brauchen wir aber Wasserstoffpipelines, eine Wasserstoffpipeline über die Alpen, von der der Ministerpräsident neulich gesagt hat, die müsse irgendwann kommen. – Ich sage: Die muss nicht irgendwann kommen, sondern wir müssen den Bau jetzt aktiv angehen; denn die kommt nicht von alleine. "Irgendwann" ist zu spät. Die Erdölpipeline von Triest nach Ingolstadt hat man in den 1960er-Jahren innerhalb von drei Jahren gebaut, inklusive Planungsprozess waren es vier Jahre. Das werden wir heute nicht mehr schaffen, weil die Zeiten anders sind, aber wir sollten es jetzt anstoßen, damit wir bei diesem Thema in diesem Jahrzehnt vorankommen.

(Beifall bei der FDP)

Übrigens, Herr Aiwanger: Es würde mir an Ihrer Stelle zu denken geben, dass der Ministerpräsident Ihnen offenbar die Energiepartnerschaft mit anderen Ländern nicht zutraut. Er selber reist momentan, anstatt heute Ihrer Regierungserklärung zu lauschen, durch die Welt und versucht, mit anderen Staaten entsprechende Abkommen zu schließen. Das ist ein wichtiges Anliegen, das aber eigentlich auch Sache des Wirtschafts- und Energieministers sein sollte.

Meine Damen und Herren, es geht um bezahlbare Energie für die Bürgerinnen und Bürger. Es geht um den künftigen Wohlstand und die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bayern. Dafür ist das, was heute vorgelegt wurde, zu wenig. Wir brauchen neue Energie für Bayern. Das gilt im Bereich der Energie im wörtlichen Sinn; das gilt aber auch für die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hagen. – Ich darf als Nächsten den fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda aufrufen, bitte schön.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Dieser "Energieplan Bayern" ist wieder eine typische Mogelpackung der Söder-Regierung. Eigentlich ist es eine Bankrotterklärung. Aber Sie hier im Hohen Haus bejubeln das auch noch! Versäumnisse anderer, Wunschvorstellungen, Behelfsmaßnahmen, Selbstbeweihräucherung und Schuldzuweisungen an die Schauspielertruppe des Bundes – das ist alles, was die CSU und ihre Reservemannschaft der FREIEN WÄHLER den Bürgern und der bayerischen Wirtschaft als kümmerliche Energiepolitik anbieten. Die Forderung nach Überprüfung einer Stilllegung von Kohlekraftwerken, die Forderung nach einer Befristung der Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken, das Planen des Aufbaus einer Wasserstoffinfrastruktur oder die Suche nach Ersatzlösungen, nach Lieferanten für Gas und Öl, waren und sind energiepolitische Leerformeln, weil die Zeit fehlt oder noch nicht reif ist oder weil die Realisierung vom Willen anderer, zum Beispiel der Ampelkoalitionäre in Berlin, abhängt oder man sich mit andern Banditen ins Boot setzen muss.

Die Söder-Regierung bequatschte uns mit Klima-, mit Corona- und jetzt auch noch mit Energie-Phrasen, ohne eine tragfähige Lösung für den selbstverschuldeten Mangel an Energieträgern zu bieten. Ein Mix aus allem ist gefragt: Wind, Sonne, Biomasse, Geothermie und Wasser, übergangsweise gepaart mit ein bisschen grundlastfähiger Kohle, Gas oder Kernenergie. Das wird uns jetzt fünf nach zwölf als unabweisbar verkauft. Dieser Energieplan strotzt vor Appellen und Forderungen von Maßnahmen, die die Staatsregierung weder selbst zu erbringen noch zu verantworten hätte. Dazu gehören die Befüllung von Gasspeichern, eine umfassende Energiepreisbremse, die Senkung der Stromsteuer und die temporäre Absenkung der Mehrwertsteuer auf Energieprodukte. Andere sollen es wieder richten, Sie waschen Ihre Hände in Unschuld. Sie haben nichts als schöne Worte.

Setzt man den Zeitrahmen und die Planungsfähigkeiten in Beziehung, entpuppt sich dieser Energieplan als Ballon mit heißer Luft. Die Lage ist jedoch zu ernst, um zu witzeln; denn der Energiekollaps droht. Strom ist nicht alles, aber ohne Strom ist alles

nichts. Im Falle eines Blackouts läuft keine Kühltruhe, kein Fernseher, keine Lampe im Haushalt und kein Computer im Büro mehr. Ohne Strom läuft keine Anlage im Straßen-, Schienen- oder Luftverkehr. Ohne Strom gibt es keine Diagnose oder Therapie im Krankenhaus. Ohne Energie gibt es keine Autos, Maschinen oder Bedarfsgegenstände, keine Arbeitsplätze und kein Freizeitvergnügen – es gibt dann nichts. Wir brauchen Energie zum Leben wie die Luft zum Atmen.

Damit ist uns allen klar, wie wichtig die zuverlässige Versorgung mit Energie ist. Diese Staats- und Hoheitsaufgabe ist Sache der Regierung. Bezahlen müssen das aber die Erwerbstätigen mit ihren Steuern und Abgaben, die bis zu zwei Drittel des Bruttoeinkommens ausmachen. Vom Rest müssen diese Steuerpflichtigen ihre täglichen Grundbedürfnisse wie Essen, Wohnen, Heizen und Tanken sowie sämtliche Energiekosten tragen. Mit dieser rücksichtslosen Steuerpolitik der bunten Superdemokraten hier und in Berlin wird unser Leben teuer erkaufte. Fracking-Gas ist nicht nur fünfmal so teuer wie Putin-Gas, es ist mindestens genauso schmutzig. Doch das stört niemanden hier im Hohen Haus. Der völlig unüberlegte Ausstieg aus Atom und Kohle und die unsinnige Abkehr von Öl und Gas aus Russland ohne eine rechtzeitige Ersatzlösung fährt unsere Wirtschaft gegen die Wand, schreddert den Mittelstand und raubt uns allen unsere Lebensgrundlage.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, Sie haben Ihre Redezeit um 20 Sekunden überzogen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich komme zum Schluss. Mit dem Öffnen der Nordstream-2-Gasleitung soll sich wohl etwas ändern.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Mit diesem Heiße-Luft-Plan der Bayerischen Staatsregierung setzt man uns Bayern ins Narrenschiff der grünen Energiepolitik. Herr Aiwanger, Sie sollten sich nicht zum Steigbügelhalter entwickeln.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Herr Abgeordneter Klingen hat eine Zwischenfrage. Bitte schön, Herr Klingen.

Christian Klingen (fraktionslos): Herr Swoboda, ich habe noch eine Frage. Was halten Sie von erneuerbaren Energien wie Windrädern oder Photovoltaikanlagen? – Das haben heute andere Redner schon dargestellt. Ich möchte Ihre Meinung hierzu hören.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Alles, was hilft und nutzt, ist gut, günstig und richtig. Dazu zählen natürlich auch Windkraft, Sonnenenergie und Bioreaktoren. Schauen Sie jedoch in die Wirklichkeit. Derzeit haben wir 19 % dieser Energiearten in unserem Portfolio. Bis zum Jahr 2035 soll der Anteil vielleicht verdoppelt werden. Wir müssen 60 % der benötigten Primärenergie irgendwo herholen. Wenn wir aus allem ausgestiegen sind, können wir sie nur aus dem Ausland zukaufen, übrigens sehr teuer. Was kaufen wir zu? – Wir kaufen das, was wir in Deutschland nicht haben wollen, nämlich Kernenergie, Kohleenergie, Öl und Gas. Die Energie zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu produzieren, wie es die GRÜNEN sagen, ist keine alleinige Lösung.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Swoboda. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen, Herrn Abgeordneten Martin Mittag von der CSU-Fraktion. Sie haben das Wort.

Martin Mittag (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Versorgungssicherheit vor Klimaschutz – diese Aussage ist vor kurzer Zeit vom grünen Bundeswirtschaftsminister Habeck getroffen worden. Ich hätte vor wenigen Monaten noch nicht geglaubt, dass ein solch wichtiger Satz, bezogen auf die aktuelle Situation, einem grünen Politiker über die Lippen kommt.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Sie können sich nachher zu Wort melden, kein Problem.

Der Satz ist aber ganz wichtig. Klimaschutz und Energiewende sind und bleiben wichtige Herausforderungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, kurzfristig müssen wir je-

doch darauf reagieren, was der Ukraine-Krieg auch für uns im Bereich Wirtschaft mit sich bringt. Wenn Ideologien ein extremes Ausmaß annehmen – ich schaue zu meiner Linken –, dann wird das zu einem großen Problem. In der Krise verstärkt das die Probleme der Menschen, die betroffen sind. Es verstärkt die Probleme der Unternehmen, die die Arbeitsplätze sichern. Das scheint den GRÜNEN aber nicht so wichtig zu sein. Am Schluss höre ich auch von der SPD – jetzt ist Herr Kollege von Brunn leider nicht mehr da –, was sie alles für die Bürger tut. Die Bürger benötigen kein zusätzliches "Gutsle" an Geld, sie brauchen einen sicheren Arbeitsplatz, damit sie ihr Geld verdienen können, um weiterhin die Wohnung und die Energiekosten zu zahlen. Das wird torpediert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vom Kollegen Hartmann höre ich, dass der Tatendrang in Berlin riesig sei. Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts des angeblichen Tatendrangs in Berlin möchte ich für mich die letzten Wochen und Monate aus Berlin Revue passieren lassen. Ich fange mit dem gerade von Herrn Kollegen Hagen angesprochenen Bundesfinanzminister der FDP an. Dieser hat mit einem Tankstellenrabatt die große Entlastung angekündigt. Das bedeutet, dass man mit seinem Kassenbon in die Tankstelle geht und es irgendwie läuft. Das ist Gott sei Dank relativ schnell über den Haufen geworfen worden. Zeitgleich sagt er aber in einem Interview, ihm sei es lieber, wenn die Bürgerinnen und Bürger mehr für den Sprit bezahlen, als es anderweitig auszugeben, weil dann am Ende mehr Geld im Bundeshaushalt verbleibe. – Wenn das der richtige Ansatz zur aktuellen Spritpreis-Situation sein soll, hat der FDP-Minister nichts verstanden. Die FDP ist doch die Partei, die sich als die Wirtschaftspartei darstellt. Deswegen bin ich sehr froh, dass das nicht mehr sein Thema ist.

Trotzdem bin ich vom Ansatz enttäuscht, wie wir die Energie- und Spritpreise reduzieren können, den die Bundesregierung jetzt nach vielen Wochen verkündet hat. Herr Kollege von Brunn ist nicht da. Ich spreche ihn trotzdem an. Dieser Ansatz würde eben nicht nur die Porschefahrer, die am Wochenende spazieren fahren wollen, be-

treffen. Diese sind seiner Auffassung nach nicht unterstützenswert. Gleichzeitig handelt es sich um diejenigen Unternehmerinnen und Unternehmer, die Arbeitsplätze sichern. Sie wissen nicht, wie sie ihre Logistik unterhalten sollen, wenn die Spritpreise so hoch sind. Sie wissen nicht, ob sie mit den gestiegenen Energiekosten noch lange als Unternehmen bei uns im Land überhaupt bestehen können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen weiß ich nicht, ob wir von einem großen Tatendrang und tollen Entwicklungen in Berlin sprechen können.

Herr Kollege von Brunn hat den aktiven Bundeskanzler angesprochen. Der Bundeskanzler ist gefragt worden, was der Liter Sprit derzeit koste.

(Tobias Reiß (CSU): Der aktuelle, nicht der aktive!)

– Entschuldigung, du hast recht. Es ist der aktuelle Bundeskanzler, nicht der aktive. – Er sagt: Ich weiß es nicht, weil das Auto für mich vollgetankt wird. – Das ist für mich ein Schlag ins Gesicht der Bürgerinnen und Bürger, die jeden Tag ihren Tank vollmachen müssen, um zur Arbeit zu kommen – zumindest im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich halte diesen Ansatz für äußerst schwierig.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Lieber Herr Kollege, ich habe gestern für 1,95 Euro Diesel getankt. Ich kann Ihnen genau sagen, wo wir liegen. Es kommt auch darauf an, wo Sie herkommen. Ich weiß das sehr wohl.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Nein, ich fahre kein Elektroauto.

Jetzt kommen wir zum nächsten Punkt. Gestern sagte der amtierende Bundeskanzler in einem Interview, dass das 9-Euro-Ticket der große Renner sei. Liebe Kolleginnen

und Kollegen, Herr Kollege Hartmann hat gesagt: von Coburg bis nach Lindau. Wahrscheinlich war er in seinem Leben noch nie in Coburg. Zumindest weiß er nicht, wie es in Coburg aussieht. Ich bin ein Abgeordneter aus Coburg. Ich muss Ihnen ganz klar sagen: Das 9-Euro-Ticket ist in Coburg eine super Sache. Damit kommt fast kein Arbeitnehmer von zu Hause zur Arbeit.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

– Ruhig bleiben, ganz ruhig bleiben! – Dieses Ticket ist ausschließlich dafür da, dass wir jetzt für zwei Wochen Ferienzeit überfüllte Bahnen bekommen werden. Ansonsten hilft es nämlich gar nichts; denn auch das ist ein Problem der GRÜNEN und auch der SPD – Kollege von Brunn, schön, dass Sie wieder da sind –, dass der ländliche Raum Sie nicht nur nicht interessiert, sondern dass Sie auch nicht wissen, was da wirklich los ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN – Zurufe der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE) und Toni Schuberl (GRÜNE))

Wenn Sie es wissen, dann ignorieren Sie es aufgrund Ihrer Ideologie doch sehr. Das kann man so machen, muss man aber nicht.

Interessant sind die Punkte, die angesprochen wurden und die jetzt in der Zeit, wo Hilfe so dringend nötig wäre, helfen würden. Da ist zum Beispiel die Überlegung, die Laufzeit der Kernkraftwerke für einen gewissen Zeitraum – nicht für immer – zu verlängern. Wir wollen die Energiewende. Wir wollen den Klimaschutz unterstützen. Aber ich muss an die Menschen denken, die jeden Tag schauen müssen, wie sie ihr Leben bestreiten können.

Der Minister hat angekündigt – in dem Fall Minister Habeck –, das zu prüfen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dem Gespräch, das wir im Wirtschaftsausschuss hatten,

sah das schon ganz anders aus, da hat sich das ganz anders angehört. Da wurde es ungefähr so dargestellt: Alles, was aus Berlin kam, geht ja gar nicht. Es geht gar nicht. Aber es ist auch nicht geprüft worden. Wenn man es nämlich will, dann findet man auch eine Lösung, zumindest wenn man muss.

Ich glaube, wir müssen jetzt mehr denn je darüber reden und auch Entscheidungen treffen. Aber die drei Ampel-Fraktionen hier haben ja schon gesagt: Es läuft alles sehr gut; es geht sehr schnell; es gibt kein Hü und Hott mehr. – Ich weiß es nicht. Ich persönlich erlebe es anders. Ich empfinde es anders. Deswegen muss man einmal kucken, was dabei herauskommt.

Nur eines müssen Sie sich dann vorwerfen lassen: Wenn bei uns die ersten Unternehmen – das wird nicht mehr viele Monate dauern –, die jetzt noch gesund sind, die Türen zusperren, weil sie nicht mehr wissen, wie sie das Unternehmen aufrechterhalten können, was Energie usw. angeht, wenn die Arbeitslosenzahlen wieder steigen, die jetzt seit vielen Jahren sehr stabil unten sind – –

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

– Natürlich, das ist ja die Folge Ihrer Idee, die Sie jetzt haben, weil Sie keine haben! Sie haben keine Idee für die Menschen vor Ort

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

und vor allem keine, die schnell greift.

(Zurufe der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE) und Toni Schuberl (GRÜNE))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nichtsdestoweniger möchte ich noch kurz auf das Thema des Beitrags Bayerns eingehen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Kollege Stümpfig, auf Sie komme ich auch noch zu sprechen; ich habe Ihren Namen sogar zweimal notiert. Sie werden gleich noch von mir bedient, gar kein Problem.

Der Kollege Hartmann hat einen Beitrag Bayerns gefordert; Bayern soll mehr tun. – Dafür sind wir auch da. Wir wollen in dem Bereich auch mehr tun.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Zeit wird's!)

Ich schaue mir meinen relativ aktuellen Zettel hier an, auf dem steht, wie sich die Erzeugung von Stromeinheiten derzeit darstellt, und vergleiche das mit den Bundesländern. Die GRÜNEN in Bayern fordern, dass Bayern mehr tun soll, weil es bisher viel zu wenig wäre. Dann schaue ich aber auf die Photovoltaik und sehe, dass wir Spitzenreiter sind, und zwar mit einem Abstand, bei dem weder Baden-Württemberg noch Hessen ansatzweise mithalten können. Darüber sprechen Sie nicht. Das ist alles selbstverständlich.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das ist selbstverständlich. Darüber wird nicht gesprochen. Das Schlimme ist aber, dass es nicht nur in Bezug auf die Photovoltaik so ist, sondern auch in Bezug auf den Wind an Land und auf die Biomasse. Darüber spricht aber keiner. Hessen und Baden-Württemberg! Schieben Sie doch Ihre Kollegen dort mal an, damit die so weit kommen, wie wir in Bayern schon sind. Dann wäre nämlich schon ein bisschen was erreicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Bevor jetzt die Kollegen der GRÜNEN alle ihre Interventionen loswerden dürfen, noch ein Thema, das mir ein bisschen auf der Seele brennt: Der Kollege Stümpfig hat es im Wirtschaftsausschuss dargestellt, als es um das Thema Wasserkraft und um die Entwicklung in Berlin und jetzt in Bayern ging. Ich weiß: Für Berlin ist Bayern ein Dorn im Auge. Bayern lässt man teilweise auch am langen Arm verhungern. Ja, da sind auch

die einen oder anderen Betroffenen hier, die in der Regierung nicht berücksichtigt worden sind. Das ist halt leider so.

(Florian von Brunn (SPD): Die CSU zum Beispiel, Gott sei Dank!)

– Nein, die jetzige Regierung! Kollege von Brunn, die getroffenen Hunde bellen natürlich; Sie sind nicht dabei. Ich kann mir aber auch vorstellen, warum, wenn ich Sie hier erleben darf. Daher ist das alles in Ordnung so.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vielleicht jetzt trotzdem noch den Satz, um auf die Wasserkraft zurückzukommen: Der Kollege Stümpfig hat, als wir über Wasserkraft und den unserer Meinung nach falschen Umgang von Berlin mit dem Thema gesprochen haben, gesagt: Wir machen hier ein Riesending aus einem kleinen Sturm im Wasserglas. – Lieber Kollege Stümpfig, liebe GRÜNE, liebe SPD, auch liebe FDP, weil Sie in der Ampel mit dabei sind: Wenn wir alle der Meinung sind, dass wir bei der Energiewende vorankommen wollen, dann müssen wir alle Energien unterstützen können, die diesen Beitrag leisten. Dazu gehört auch die Wasserkraft. Dann ist das kein Sturm im Wasserglas. Dann betrifft das bei uns sehr viel Energie, die damit erzeugt wird. Lieber Kollege Stümpfig, Sie haben selber einmal gesagt: Jedes einzelne Windrad, jede einzelne Photovoltaikanlage, aber auch jede Wasserkraftanlage sind ein Schritt in die richtige Richtung. Dann bitte nicht, weil bei Ihnen die Windräder und die Photovoltaikanlagen das Wichtigste und einzig Richtige sind, die anderen ausklammern und kleinreden! Das ist unredlich und unfair und führt auch langsamer zu einer Lösung als andersherum.

Abschließend will ich den Kollegen der Ampel-Fraktionen einfach noch eine Bitte mitgeben: Bitte nehmen Sie nach Berlin mit, dass ein 9-Euro-Ticket es nicht herausreißt und dass die Energiepreisbremse, die wir jetzt im Endeffekt auch beim Sprit haben, viel zu spät kommt. Sie können ja einmal nachlesen, was erwartet wird. Am Schluss bleibt beim Bürger nämlich nichts übrig, weil die Preise jetzt raufgehen. Dann, wenn das greift, gehen sie nicht so weit herunter, wie sie müssten. Es ist einfach verschlafen

worden. Andere Länder übrigens, auch in der EU, haben das Ganze in wenigen Tagen auf die Reihe bekommen.

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Sie lassen sich jetzt dafür loben, dass nach vielen Wochen, viel zu spät, jetzt eine Spritpreisbremse greift. Es tut mir leid, da muss noch einiges nachgebessert werden. Nehmen Sie es mit nach Berlin. Nehmen Sie auch das auf, was wir in Bayern machen. Bloß, weil die Berliner Bayern nicht leiden können, muss es nicht falsch sein, was wir in Bayern machen.

(Florian von Brunn (SPD): Jetzt lassen Sie das doch! Die CSU ist das Problem!)

Es ist sehr richtig, was in Bayern getan wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mittag. Bitte bleiben Sie noch da. – Es gibt noch eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Martin Stümpfig von den GRÜNEN. Bitte schön, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Mittag, Sie haben jetzt Ihre lange Redezeit genutzt, aber nichts zum Thema "Energieplan Bayern" gesagt. Sie haben nichts zu irgendwelchen Maßnahmen gesagt,

(Beifall bei den GRÜNEN)

die hier in Bayern ergriffen werden sollen. Nachdem die Kollegin Schreyer meiner Frage gerade schon ausgewichen ist, weil sie nicht wusste, ob die Vorbehaltsflächen drin sind, frage ich Sie auch noch einmal nach einem konkreten Punkt. Der Energieplan liegt ja in Berlin. Da soll entschieden werden: Ist er was, oder ist er nichts? – Zum Beispiel sagen Sie, es soll ein Korridor entlang der Autobahnen für Windkraft ausgewiesen werden. Bei uns im Regionalplan ist aber der Abstand von 300 Metern zur Au-

tobahn ausgewiesen. Also in welchem Korridor konkret soll jetzt hier entlang von Autobahnen Fläche für die Windkraft ausgewiesen werden?

Martin Mittag (CSU): Kollege Stümpfig, es ist immer wieder das Gleiche.

(Arif Taşdelen (SPD): Der weiß vieles nicht!)

– Ich weiß mehr, als Sie denken, Kollege Taşdelen.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber wir können gerne bei einem Kaffee einmal diskutieren, solange ich nicht so viel Neunmalgescheites äußern muss,

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

wie es der eine oder andere Kollege während meiner Rede tut, ist doch alles in Ordnung. Aber wir können uns gern darüber unterhalten. – Kollege Stümpfig, das kann ich Ihnen wirklich nicht beantworten. Das sage ich auch ganz ehrlich. Ich weiß es noch nicht, weil die Diskussionen darüber auch noch laufen, und ich weiß nicht, was am Schluss herauskommt. Aber – langsam – das ist ja gar nicht das Thema. Sie suchen jetzt wieder einen Punkt, und bei Ihnen sind es die Windkraftanlagen. Sie erzählen uns, dass ohne 10 H zum Beispiel die Welt in Ordnung wäre. Das ist faktisch nicht so. Es gibt Bundesländer, wo Sie selbst – also nicht Sie, sondern Ihre Gruppierung – an der Regierung sind, wo es ohne 10 H kein Windrad mehr als bei uns gibt. Das sollte man sich mal überlegen.

(Hans Herold (CSU): Baden-Württemberg!)

– Ich muss ihm nicht sagen, dass es Baden-Württemberg ist. Ich gehe davon aus, dass er es weiß. – Deswegen vergleichen Sie doch auch einmal Äpfel mit Äpfeln, bzw. nehmen Sie Bayern auch einmal als Objekt, das man vorzeigen kann. Lenken Sie nicht von sich oder den von Ihnen regierten Bundesländern ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Mittag.
– Der nächste Redner ist sowieso jetzt Herr Stümpfig von den GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen eine tatkräftige Energiewende in Bayern. Das, was wir heute von unserem Wirtschaftsminister gehört haben, war weder tatkräftig noch war es irgendetwas von einer Wende. Herr Aiwanger, Sie waren wirklich sehr froh, als Sie nach 45 Minuten die 24 Forderungen an den Bund heruntergespult hatten. Aber von tatkräftiger Energiewende oder einem Drive, bei dem wir sagen könnten, jetzt packen wir es an, war leider überhaupt nichts zu spüren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern stagniert. Wir werden nächstes Jahr darauf zulaufen, dass wir in den Wintermonaten bis zu 70 % unseres Strombedarfes importieren müssen. Von einem Turbo sind wir ganz, ganz weit entfernt.

Ich komme jetzt zu den konkreten Maßnahmen. Im Energieplan Bayern steht etwas von einer Verdreifachung von Photovoltaik, einer Verdreifachung von 13 Terawattstunden auf 40 Terawattstunden. – Sie nennen dann aber so Mini-mini-Maßnahmen wie zum Beispiel PV-Carports oder eine Handvoll von Pilotvorhaben. Zusammen machen diese ein Dreitausendstel von dem aus, was wir eigentlich an Zubau bräuchten.

Es gibt im Energieplan Bayern dann Aussagen wie, der Ministerrat habe am 10. Mai beschlossen, dass jetzt mehr Photovoltaik auf die staatlichen Liegenschaften solle. – 10. Mai 2022! Der gleiche Ministerrat – Sie waren da noch nicht dabei – hat 2012 schon einmal beschlossen, dass man PV-Anlagen auf allen geeigneten Dachflächen in Bayern installieren soll.

Wo stehen wir heute? Der Herr Bernreiter ist nicht mehr da. – 400 Anlagen auf 11.000 Dächern.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Führendes PV-Land sind wir, führendes PV-Land!)

Das ist Ihre Energiepolitik. Das ist wirklich ein Scheitern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ankündigungen und Wirklichkeit klaffen meilenweit auseinander. Man fragt sich da schon: Wo bleibt denn die allgemeine Solarpflicht für Wohnhäuser, für Gewerbegebiete? Wo bleibt denn die Erhöhung des Flächenkontingents? Wo bleibt denn die Mittel-erhöhung für die PV-Anlagen auf den Dächern im Nachtragshaushalt? – Ich schaue jetzt auch einmal auf den leeren Platz von Ministerpräsident Söder, weil er nämlich dafür verantwortlich ist, dass das alles nicht enthalten ist. Das sind alles wirkliche Leerstellen.

Bei den Genehmigungsbehörden – zum Beispiel beim Netzausbau, gerade in meiner Region, aber auch in Niederbayern – haben wir massive Abregelungen. Wir bräuchten da in den einzelnen Genehmigungsbehörden wirklich mehr Personal. Momentan sind es neun Personen in ganz Bayern. Dann heißt es: Wir stellen vier neue Stellen ein.

Herr Aiwanger, vier neue Stellen! Das trauen Sie sich, nach Berlin zu schicken? – Das ist ja so was von lächerlich. Wir bräuchten vier Stellen in jedem Regierungsbezirk. Sie wissen das eigentlich ganz genau. Aber anstatt hier einmal gescheit auf den Tisch zu hauen und zu sagen, das ist ein Energieplan, enttäuschen Sie auf ganzer Linie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zur Wasserkraft. Ich hatte erst vor 14 Tagen wieder ein ausführliches Gespräch mit mehreren Experten zum Thema Wasserkraft. Wir können aufgrund der Erd-

überhitzung – Trockenheit, heiße Sommer – froh darüber sein, wenn wir die 11 Terawattstunden Wasserkraft einigermaßen halten. – Sie nicken; Sie wissen es.

Es steht dann aber drin: Wir wollen 15 % mehr Wasserkraft haben. – Ja, wo wollen Sie die denn hernehmen? Es sind dreißig Neubauten angekündigt. Wo sollen diese dreißig Neubauten denn sein? – Die sind definitiv nicht vorhanden. Sie rechnen dann hoch, die dreißig Neubauten machten ungefähr 1,5 % aus.

Erstens gibt es die dreißig Neubauten nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Hubert Aiwanger: Wenn ihr es in Berlin verhindert, kann es sie nicht geben! – Florian von Brunn (SPD): Wir machen möglich! Wir verhindern nicht!)

Zweitens sind 1,5 % auch nicht 15 %. So gesehen gibt es auch hier wieder viele Ankündigungen, aber keine konkreten Maßnahmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der dritte Bereich ist Biogas. Wir haben bei Biogas in Bayern ungefähr 7 Terawattstunden. Wir brauchen dafür 320.000 Hektar landwirtschaftliche Grundfläche. Das sind 10 % der Nutzfläche in Bayern. Jetzt sagen Sie auch hier: 15 % mehr Biogaserzeugung. – 15 % mehr? Das sind schlappe 50.000 Hektar.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Stilllegungsflächen!)

Ja, kriegen Sie denn nicht mit, dass wir durch die Ukraine-Krise in einer wirklichen Nahrungsmittelkrise sind? – Wir müssen wirklich schauen, wie wir Nahrungsmittel erzeugen. Und Sie sagen mal so flott: Naja, 50.000 Hektar mehr für Energiepflanzenanbau. – Das ist der vollkommen falsche Weg. Wir haben viel effizientere Möglichkeiten.

Eines noch kurz: Sie sprechen von Aufbereitung von Biogas und der Einspeisung ins Gasnetz. – Ja, das ist der richtige Weg. Vielleicht könnte Ihnen aber einmal ein Experte erklären, dass das Biogas, wenn man es ins Gasnetz einspeist, bei der Stromerzeugung

gung fehlt. Das heißt, auch 15 % mehr Biogas werden nicht funktionieren. Das, was Sie hier skizzieren, hat weder Hand noch Fuß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kollegin Schreyer ist sehr stark auf Geothermie eingegangen. Ich will dazu eigentlich nur zwei Sätze sagen. Mich hat schon wirklich erzürnt, dass in dem Papier an Minister Habeck steht: Bayern fordert vom Bund einen Masterplan Geothermie. – Sie haben sich am 11. Oktober 2019 hingestellt und gesagt, wir machen in Bayern jetzt einen Masterplan Geothermie. Heute haben wir Mai 2022.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

– Es kann ja sein; vielleicht haben Sie kein Mittel. Vor zweieinhalb Jahren haben Sie gesagt, wir machen hier in Bayern einen Masterplan Geothermie; Sie haben es nicht geschafft. Sie sind dann aber so dreist, der neuen Bundesregierung, die ein paar Monate im Amt ist, zu sagen, wir brauchen einen Masterplan Geothermie.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger – Florian von Brunn (SPD): A geh!)

Ja, geht's denn noch?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Windkraft: Es ist klar, Biogas ist begrenzt, Wasserkraft ist begrenzt. Was wir ausbauen können, sind Sonnenenergie und Windkraft. Da sehen wir eben auch – mein Kollege Ludwig Hartmann hat es hier heute schon einmal ausführlich erläutert –, dass die Ankündigungen einfach nur großspurig sind. Erst hat es geheißen: 100; dann: 300; dann: 500; dann: 800 Anlagen. – Bis heute haben wir gar nichts. Letztes Jahr: null Anträge auf Genehmigung. Als Zwischenbemerkung haben Sie hineingerufen: Wir haben doch sechs Anträge. – Ja, ist das nicht lächerlich?

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Das ist mehr als null!)

– Das ist mehr als null; da haben Sie recht.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wir sollten aber schon einen etwas höheren Anspruch haben. Man sieht wirklich: Sie machen sich mit Ihrer Energiepolitik lächerlich.

Selbst wenn das jetzt alles funktionieren sollte, wenn Sie Sonnenenergie, Wasserkraft und Biogas ausbauten, bräuchten wir bei der Windkraft von heute aus gesehen eine Vervierfachung, um Ihre Ziele zu erreichen. Was bis jetzt geliefert wurde, reicht nicht einmal für eine Verdoppelung aus.

Ich nenne zu den 800 Windkraftanlagen, die Sie hier skizzieren, noch ein paar Zahlen. Wo sollen die 800 Windkraftanlagen denn reinpassen? – Wir haben in Bayern jetzt 14.000 Hektar Vorranggebiete.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Zu Ihrer Info: 24.000 Hektar!)

– 24.000 haben wir; frei sind noch 14.000. Die 14.000 Hektar sind auf der Grundlage von 500 bis 800 Metern Abstand zur Wohnbebauung ausgewiesen. Sie sagen jetzt, es gelten 1.000 Meter. Laut Staatsregierung ist das dann schon ein Drittel weniger von dem, was überhaupt noch zur Verfügung steht, weil das einfach zusammenschrumpft. Es gibt deutschlandweite Erhebungen, aus denen man weiß, dass, wenn man ins konkrete Genehmigungsverfahren geht, noch einmal ein Drittel wegfällt. Das heißt, von Ihren 14.000 Hektar bleiben gerade einmal 7.000 Hektar übrig. Da bringen Sie rund 250 Anlagen rein. Mehr sind es nicht. Es sind also niemals 800.

Auf die Frage, die ich an die Kollegin Schreyer gestellt habe, ob denn jetzt wenigstens die Vorbehaltsflächen dabei sind, sodass man nicht nur die Vorrangflächen nimmt, heißt es: Das wissen wir noch nicht. – Das wissen wir noch nicht? Sie schicken einen Plan nach Berlin, zu dem Robert Habeck sagen soll, passt oder passt nicht. Dann sind in diesem Plan aber so viele Leerstellen enthalten.

Gerade sagt der Kollege Mittag zu den Korridoren entlang der Autobahnen: Das wissen wir noch nicht, wie der Korridor sein wird. – Ja, was glauben Sie denn? Wenn Sie so ein Papier kriegen, in dem eigentlich nichts feststeht, wo man weder weiß, wo der nächste Immissionsort ist, noch weiß, wo diese Gewerbegebiete sind, noch weiß, wie viel Abstand die bräuchten usw. usf. – das ist alles reine Willkür. Was glauben Sie denn, was die Leute im Bundeswirtschaftsministerium dazu sagen werden? – Das Papier, das Sie geschickt haben – auf 25 von 28 Seiten nur Forderungen an Berlin, am Schluss ein bisschen was Unverbindliches –, wird für den Ausbau der Windkraft hinten und vorne nicht reichen. Das ist vollkommen ungenügend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht nur, dass es unverbindlich ist, es sind auch falsche Zahlen genannt. Das macht einen dann schon wirklich wütend.

Die Staatsregierung musste 2021 an den Bund einen Landesbericht zum Ausbau der erneuerbaren Energien schicken. Da stand drin, wir hätten in Bayern ungefähr 0,3 % Vorranggebiete und 0,2 % Vorbehaltsgebiete, also 0,5 %. – Sie schreiben dann rein, Sie hätten 0,7 %. Das stimmt aber nicht, weil die zusätzlichen 0,2 % im Bereich von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen sind. Genau in dem gleichen Bericht schreiben Sie selber, dass man das nicht addieren darf; oftmals braucht man ja Bebauungspläne, um einen Regionalplan gültig zu machen.

Da sind also Überschneidungen drin. Das heißt: Sie denken wirklich, das Wirtschaftsministerium in Berlin sei ziemlich dumm und falle auf Ihre Tricks rein. – Die Zahlen und Aussagen sind falsch. Das, was Sie hier nach Berlin geliefert haben, ist mehr als enttäuschend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr, sehr schade finde ich auch die Begrenzung auf den Wald. Wir haben zum Beispiel in meiner Gemeinde Feuchtwangen den Fall, dass die Gemeinde leider eine

1.000-Meter-Regelung verabschiedet hat. Wir haben 139 Quadratkilometer, also eine wirklich große Gemarkungsfläche. Durch diesen Abstand von 1.000 Metern zur nächsten Wohnbebauung blieb fast nichts mehr übrig. Zum Ersten ist es schon problematisch, wenn man so starre Regelungen macht.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Zum Zweiten war es so: Wir hatten ein Feld vor der Waldfläche. Das waren 950 Meter. – Nein, man musste da noch einmal 50 Meter in den Wald hineinschieben, den Wald roden und hier die Windkraftanlage aufstellen. Genau das passiert jetzt auch bei Ihrer Regelung. Sie schieben die Windräder, obwohl es vielleicht auf dem Feld bessere Standorte gibt, alle in die Wälder hinein; denn dort gilt dann 1.000 Meter. Außerhalb gilt dann 2.000 oder 2.500 Meter Abstand. Das macht doch überhaupt keinen Sinn. Was macht das denn für einen Sinn? Oder glauben Sie, Herr Aiwanger, wenn die Fichten 30 Meter hoch sind und ein Windrad 200 Meter hoch ist, Sie können da drin wirklich Windräder verstecken? Haben Sie sich auch beim Versteckenspielen hinter einer kniehohen Mauer versteckt?

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Haben Sie gedacht, mich sieht keiner? Das wird doch einfach nicht funktionieren!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Die Truppenübungsplätze in Bayern sind alle Vogelschutzgebiete. Das wird auch nicht funktionieren. Es gibt keinen verbindlichen Auftrag an die Planungsverbände, wirklich 2 % auszuweisen. Dort heißt es nur: Eine Größenordnung von 2 % ist anzustreben. – Das ganze Herumgedoktere an der 10-H-Regelung wird einfach nicht helfen. Ich fordere Sie jetzt einfach auf: Haben Sie den Mumm, diesen Fehler 10 H zurückzunehmen. Ergreifen Sie endlich Maßnahmen, die den Ausbau wirklich voranbringen. Machen Sie Ihre Hausaufgaben in Bayern, beschleunigen Sie den Netzausbau, machen

Sie eine Solarpflicht, und machen Sie einen gescheiterten Windkrafterlass, weil der momentan den Klagen Tür und Tor öffnet. Schaffen Sie bitte endlich 10 H ab, –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): – damit wir endlich einen kräftigen Ausbau bekommen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, aber bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Häusler.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Martin Stümpfig, vor Kurzem habe ich mit einem großen Unternehmer im Bereich der erneuerbaren Energien, also Windkraft und Photovoltaik, gesprochen. Er hat gesagt, er hatte einen hochrangigen Experten deiner Partei zu Besuch, du kennst ihn wahrscheinlich, und er hat gesagt, er hat selten jemanden getroffen, der mit so wenig Sachverstand ausgestattet war. Das nur nebenbei. Das hat letztendlich auch gerade diese Diskussion gezeigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe noch zwei Anmerkungen. Letzte Woche Mittwoch war Hubert Aiwanger bei "Jetzt red i" Diskutant neben einer Bundestagsabgeordneten der GRÜNEN. Am Schluss war es tatsächlich so: Als die Mehrheit der Bürgermeister auf die Probleme hingewiesen hat, als man gefragt hat, wo und was, hat Hubert Aiwanger sich ganz klar zur Windkraft bekannt. Die grüne Abgeordnete hat gesagt: Wir müssen mit den Leuten erst reden und das abwägen. – Da hat das klare Bekenntnis gefehlt. Sie reden also mit zweierlei Zungen, hier so und in der Öffentlichkeit anders.

(Florian von Brunn (SPD): Sie schon! Wir nicht! – Gisela Sengl (GRÜNE): Ist das hier keine Öffentlichkeit?)

Nun noch das Letzte. Bitte zuhören, auch wenn es unangenehm ist. Das ist die Frage nach der Wasserkraft. Die wird so abgetan, als ob es da um gar nichts ginge. Von 4.200 Wasserkraftwerken in Bayern sind von diesem Osterpaket –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Redezeit ist um.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): – 3.900 betroffen. Wenn man das umrechnet, dann betrifft das, das ist vorhin angesprochen worden, 70.000 Hektar Mais, die dafür notwendig sind, –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke. Herr Kollege, die Redezeit ist um.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): – um entsprechend Biogas anzubauen. Das muss man auch einmal sehen. Da gehört ein klares Bekenntnis dazu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit ist zu Ende. Ich bitte um Nachsicht, ich habe 40 Sekunden überziehen lassen. Das ist zu viel. Also, Herr Kollege Stümpfig, jetzt dürfen Sie antworten.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Zu Ihrer ersten Frage. Ob wir überzeugend genug für die Windkraft eintreten? – In einer ruhigen Stunde werde ich mir einmal Gedanken machen, ob ich noch eine Schippe drauflegen muss; denn seit zehn Jahren kämpfen wir jetzt für die Windkraft.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir bemühen uns auf jeden Fall.

Noch kurz zur Wasserkraft. Wir haben tatsächlich 4.000 Wasserkraftanlagen in Bayern. Die allermeisten davon haben Altgenehmigungen. Über die Hälfte dieser kleinen Kraftwerke hat Altgenehmigungen, und das heißt, eine unbefristete Dauer. Sie können so lange Strom produzieren, wie sie wollen. Dann haben wir viele, die 2004 hineinge-

rutscht sind. Die haben eine dreißigjährige Genehmigung. Die fallen am 01.01.2035 heraus, wenn überhaupt. Dann haben wir noch eine kleine Restmenge, die sind erst 2009 ins EEG gekommen, die fallen nach zwanzig Jahren heraus, das wäre dann 2030. Was glauben Sie denn, wie im Jahr 2030 der Strompreis ist? Die verdienen schon momentan sehr, sehr gut. Sehr viele werden freiwillig raus aus dem EEG wollen, weil sie bei Direktvermarktung mehr verdienen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Redezeit!

Martin Stümpfig (GRÜNE): Was werden wir also erst 2030 für einen Strompreis haben? Diese Mär, dass da irgendwelche Kraftwerke abschalten, das ist doch einfach Blödsinn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank. Das wäre es, Herr Kollege Stümpfig. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Er kommt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Herr Kollege Rainer Ludwig. Bitte schön, Herr Abgeordneter Ludwig, Sie haben das Wort.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Stümpfig, eigentlich wollte ich jetzt gerne an Ihre Inhalte anknüpfen, ich muss Ihnen aber gestehen, ich habe keine Inhalte gefunden.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt keine. Wie immer haben Sie nur großspurige Kraftsprüche auf Lager, kabarettistische Ansätze, leere Worte. Sie ignorieren die Leistungen und die Stärken unseres Wirtschaftsministers. Sie selbst haben aber keine Antworten.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Sie haben nur ideologische Scheinlösungen parat. Das ist Ihre Politik. Glückwunsch!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, in den letzten zweidreiviertel Stunden haben wir viel zum Thema gehört. Es besteht Übereinstimmung darin, dass sich die Rahmenbedingungen der bayerischen Energiepolitik durch die Herausforderungen des Klimawandels und durch den Krieg gegen die Ukraine und dessen Folgen nochmals dramatisch verändert haben. Neben der Preisspirale für großvolumige Primärenergieträger hat sich aber auch herauskristallisiert, dass die grundlegende Frage nach der zuverlässigen Verfügbarkeit von herausragender Bedeutung ist. Die Versorgungssicherheit, die Bezahlbarkeit, die nachhaltige Produktion von Energien – das ist das Gebot der Stunde. Das ist ein Schlüssel- und Schicksalsthema für uns alle. Das ist die Basis aller energiepolitischen Überlegungen, und die sind in Krisenzeiten wichtiger als jede ideologisch verblendete Debatte an dieser Stelle, meine Damen und Herren.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Und wie ideologisch seid ihr denn!)

Deshalb gilt es, alle Kräfte zu bündeln, den Wirtschaftsstandort Bayern vor schwerwiegenden Folgen zu bewahren und eine sichere, eine verlässliche, eine ökonomisch wie auch ökologisch vertretbare Energieversorgung zu gewährleisten; denn sie ist auch Dreh- und Angelpunkt unserer weiteren Entwicklung und unseres Wohlstandes.

Meine Damen und Herren, wir brauchen dringend eine Energiepreisbremse, das heißt, weitreichende Entlastungen für die privaten Verbraucher und ebenso für unsere Wirtschaft, um die existenzielle Gefährdung und eine strukturelle Überforderung insbesondere der energieintensiven Unternehmen zu vermeiden und deren Wettbewerbsfähigkeit weiter zu gewährleisten. Bloße Sparappelle sind dafür kein belastbares Konzept. Auch die bisherigen Entlastungsmaßnahmen seitens der Bundesregierung gehen nicht weit genug. Sie können nur ein erster Schritt sein. Wir FREIEN WÄHLER haben deshalb eine eigene Resolution verabschiedet, damit Wirtschaft und Menschen nicht ins finanzielle Abseits laufen. Unsere inhaltlichen Forderungen dazu hat unser Frakti-

onschef Florian Streibl ausführlich dargestellt. Dafür sage ich ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun, auf dem Weg zu einem klimaneutralen Freistaat ist es zum einen erforderlich, so viel regenerativen Strom wie nur möglich im eigenen Land zu erzeugen, Energie aus Bayern für Bayern. – Das ist unser Motto. Zum anderen wollen wir kurzfristig den Fokus darauf legen, ausländische Energiequellen zu diversifizieren, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und deren Importen insbesondere aus Russland eilig und konsequent zu reduzieren. Hierzu stellt sich die Frage nach einer übergangsweisen und befristeten Weiternutzung von noch betriebsfähigen Kraftwerksstandorten auch in Bayern. Meine Damen und Herren, Sie sind deshalb in Berlin gefordert, sich deutlich zu überlegen, ob weitere Stilllegungen von Kohlekraftwerken jetzt wirklich sinnvoll sind oder ob es denn nicht besser wäre, diese in Sicherheitsbereitschaft zu halten. Ich werde heute auch nicht müde, die befristete Laufzeitverlängerung betriebsfähiger Kernkraftwerke zu fordern. Es gilt, diese kritisch zu prüfen, meine Damen und Herren. Die Debatte über Kernenergie ist neu entbrannt. Das Thema gewinnt zusätzlich an Dynamik, da die Kernenergie nicht nur grundlastfähig, sondern auch CO₂-frei ist.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Ich finde es, und hier wiederhole ich mich, kontraproduktiv und unverantwortlich, betriebsfähige Anlagen gerade jetzt stillzulegen, in einer Phase ungesicherter Stromversorgung. Es macht wenig Sinn, genau das jetzt abzuschalten, was noch läuft. Ja, es wäre geradezu fahrlässig, dieses Risiko einzugehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich halte die Kernenergie zumindest temporär – und temporär heißt befristet – für ein notwendiges Element im komplementären Energiemix. In der aktuellen Situation darf

es keine Denkverbote geben. Auch Kernkraft sollte kein Tabu sein. Deshalb befürworten wir FREIEN WÄHLER, sich die Möglichkeit einer Laufzeitverlängerung noch betriebsfähiger Kernkraftwerke als Sicherheitsunterstützung offenzuhalten und damit eventuelle Engpässe zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, ich verstehe nicht – das richte ich an die Bundesregierung ebenso wie an die Bundesnetzagentur –, dass Sie sich beharrlich weigern, die Option dieser Laufzeitverlängerung zumindest in Erwägung zu ziehen: Das ist enttäuschend.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das wurde ganz offen geprüft!)

– Wir haben es auch geprüft und alles widerlegt.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte aber auch ausdrücklich betonen, dass diese Maßnahmen der Laufzeitverlängerung rein präventiv sein müssen; sie stellen kein grundsätzliches Bekenntnis zur Kernkraft dar. Damit ich hier nicht falsch interpretiert werde: Wir wollen weder zurück zur Atomkraft noch befürworten wir einen Zubau neuer Kernkraftwerke. Ich sage aber unmissverständlich, dass der aufgezeigte Weg eine notwendige, rein temporäre Übergangs- und Brückenlösung ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, absolute Priorität hat für uns natürlich der beschleunigte und massive Ausbau erneuerbarer, klimaneutraler und nachhaltiger Energieerzeugungsformen; denn sie sind wahrlich der Schlüssel für Versorgungssicherheit und Klimaschutz. Da gilt es jetzt, den Turbo zu zünden. Bayern ist zwar schon lange Vorreiter bei der Energiewende und liegt seit vielen Jahren beim Ausbau der erneuerbaren Energien an der Spitze hier in Deutschland; das haben wir heute des Öfteren gehört. Wir haben die höchste installierte Leistung bei PV, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie. In Bayern stammen über 50 % der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Aber wir wollen noch viel mehr, meine Damen und Herren.

Hubert Aiwanger hat das heute mit seinem Energieplan im Detail vorgestellt. Bis 2030 soll die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Freistaat verdoppelt werden. Das ist ein ehrgeiziges Vorhaben. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, hier heute an dieser Stelle auch einmal meinen aufrichtigen und herzlichen Dank an unseren Wirtschaftsminister zu richten. Er ist einer der politischen Pioniere der Energiewende in Bayern. Er ist der Mentor und der Motor, er ist Treiber und Macher.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Thomas Gehring (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!)

Vieles von dem, was Bayern auf den Weg gebracht hat und was bislang vom Bund umgesetzt wurde, trägt seine Handschrift. Für dieses großartige Engagement hin zum Energieland Nummer eins in Deutschland, für diese Verdienste zolle ich meinen Respekt und meine hohe Anerkennung. – Vielen Dank, Hubert Aiwanger!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

– Lieber Herr von Brunn – leider ist er gerade nicht da –: Wenn der Fraktionsvorsitzende der SPD den Namen Hubert Aiwanger und seine Leistungen mit Filz in Verbindung bringt, dann ist das für mich unterirdisch, beleidigend und eines Fraktionsvorsitzenden nicht würdig. Das ist nur noch peinlich, Herr von Brunn!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unser Wirtschaftsminister hat heute klar und deutlich seine Vorstellungen, seine Ideen, seine Ausbauziele und Forderungen dargelegt, nach Berlin adressiert und damit klare Akzente gesetzt. Ich hoffe und wünsche, dass der Bund diese Signale nun nicht ignoriert und mit pseudoideologischen Argumenten blockiert, sondern diese Impulse aufnimmt sowie zielführend und umgehend in die Umsetzung bringt, zum Beispiel bei der Stärkung von Photovoltaik, wo wir weiter in die Offensive gehen.

Unser Ziel ist hier, die Stromerzeugung bis 2030 auf 40 Terawattstunden zu verdreifachen. Da brauchen wir auch bundesweite Förderungen von PV-Konzepten und PV-

Speicherkonzepten. Wir stehen bei der PV für die Errichtung von Anlagen auf allen geeigneten staatlichen Gebäuden. Wir stehen für PV auf Gewerbeflächen, auf Großüberdachungen von Parkplätzen, für PV an Autobahnen, und wir sehen insbesondere – das ist heute noch nicht genannt worden – enormes Potenzial beim Ausbau von Agri-PV.

Meine Damen und Herren, auch die Wasserkraft gehört traditionell fest zum bayerischen Energiemix. Rund die Hälfte der Anlagen steht hier in Bayern; auch die Wasserkraft muss im Bund eine faire Chance erhalten. Kollege Streibl hat auch das eindringlich dargestellt. Für mich ist auch nicht nachvollziehbar, dass im Entwurf des EEG zwar ein Vorrang der erneuerbaren Energien vorgesehen ist, dieser für die Wasserkraft aber ausdrücklich nicht gelten soll. Es ist schon wahrlich paradox, was man hier in Berlin, aber nicht nur in Berlin macht.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Herr Stümpfig, Kollege Mittag hat Sie schon zitiert. Ich werde mir die Antwort, die Sie mir damals im Ausschuss gegeben haben, einrahmen: Es sei ein Sturm im Wasserglas. – Das ist wirklich unter aller Würde. Der Wegfall der Förderung kleiner Wasserkraftanlagen gefährdet den Weiterbetrieb von rund 4.000 Anlagen in ganz Bayern. Ich sage Ihnen: Das lassen wir nicht zu. – Ich frage Herrn Hartmann – leider ist er auch nicht da –: Ist das der Tatendrang, von dem Sie gesprochen haben? – Nein, ich meine nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, Bayern nutzt bei seinen Heimatenergien umfassend seine Möglichkeiten als großes Flächenland. Deshalb werden wir den Ausbau der Windkraft auch noch deutlich forcieren. Die Staatsregierung strebt hier quantitativ mindestens 800 Anlagen mit entsprechender qualitativer Leistung an. Damit würden wir auch die Bundesvorgaben, ein Potenzial von 2 % der Landesfläche in Bayern zu stellen, erfüllen. Wir haben dazu eine klare Windstrategie vorgelegt; diese ist auch mit unserem

Koalitionspartner abgestimmt. Wir werden grundsätzlich an der bestehenden 10-H-Regelung festhalten, da eine vollständige Abschaffung zu einem unkontrollierten Ausbau führen würde.

Aber die 10-H-Regelung wird mit einer Vielzahl von Ausnahmetatbeständen stark evaluiert. Es gibt einen Mindestabstand von 1.000 Metern beim Repowering, für Anlagen in Wald-, Vorrang- und vorbelasteten Gebieten und natürlich auch für Anlagen im Umkreis von Industrie und Gewerbe. Das ist besonders wichtig; das ist uns von der Glas- und Textilindustrie aus Oberfranken signalisiert worden. Es ist der Wunsch der Unternehmen, dass wir hier diese Lösungen schaffen. Wir werden dabei auch die Regionalen Planungsverbände entsprechend in die Pflicht nehmen.

Meine Damen und Herren, beim Ausbau ist unsere Prämisse aber stets die Realisierung mit den Bürgerinnen und Bürgern und nicht gegen sie. Deren Akzeptanz hat für uns ebenso wie die Beteiligung der Kommunen und deren Wertschöpfung vor Ort absolute Priorität. Um das Potenzial der Windkraft in Bayern weiter zu heben, muss aber auch der Bund die noch grundsätzlichen Hemmnisse beseitigen. Exemplarisch nenne ich hier nur den Abbau bzw. den Ausgleich von gesetzlichen Konflikten und Hindernissen in Bezug auf Natur-, Arten- und Denkmalschutz. Bei diesem Thema sage ich gleich dazu, dass generell für alle erneuerbaren Energien eine massive Reduzierung der hinderlichen, bürokratischen und langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren durch den Bund dringend nötig ist.

Meine Damen und Herren, das aktuelle geopolitische Szenario zwingt uns auch, die Anstrengungen zum Aus- und Aufbau der Wasserstoffwirtschaft nochmals zu beschleunigen. Bayern ist bei diesem Thema Vorreiter, hat sich stark engagiert und platziert dafür Gesamtinvestitionen von rund 450 Millionen Euro. Wasserstoff ist für uns das Multitalent; wir haben das frühzeitig erkannt. Wasserstoff ist die Schlüsseltechnologie der Zukunft. Wir wollen neben der technologischen Entwicklung auch die eigene Produktion von grünem Wasserstoff massiv vorantreiben.

Meine Damen und Herren, von grundsätzlicher und überragender Bedeutung für die Energiewende sind auch entsprechende Investitionen in unsere Infrastruktur. Ich möchte nicht vergessen zu sagen, dass hierzu auch der beschleunigte Ausbau von gesicherten Stromnetzen gehört; das gilt für die großen Übertragungsleitungen auf Bundesebene ebenso wie für die regionalen und dezentralen Verteilnetze. Es geht akut um folgende Punkte: um die Energiepreis- und Netzstabilität sowie um die Versorgungssicherheit in Deutschland und Bayern. Technologieoffen, zuverlässig, bezahlbar und erneuerbar – das ist die Energiesouveränität Bayerns. Wir stehen für eine nachhaltige, klimaneutrale, sektorenübergreifende Energie-, Wärme- und Mobilitätswende. Sie reduziert internationale Abhängigkeiten und stärkt die Resilienz unserer Wirtschaft. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ludwig. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Arif Taşdelen von der SPD-Fraktion.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Kollege Ludwig, der bayerische Wirtschaftsminister fordert Atomenergie, der bayerische Umweltminister beklatscht das – da habe ich aufgepasst –, der Bauminister, der für die Genehmigungen zuständig wäre, damit die Energiewende schneller funktioniert, ist nicht da, und der Herr Ministerpräsident interessiert sich schon seit vielen Monaten nicht mehr für dieses Parlament. Das ist die Situation der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

Das war eine Zwischenbemerkung, keine Frage.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Ich vermisse Ihre Frage. Aber vielleicht darf ich Ihnen trotzdem antworten.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte, reden Sie.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Ich möchte trotzdem dazu sagen, dass natürlich auch der Ministerpräsident hinter diesem Vorhaben steht. Das dürfte Ihnen nicht entgangen sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit ist dieser Beitrag beendet, und ich darf den nächsten Redner aufrufen. Es ist Herr Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion. Herr Prof. Hahn!

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wertes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe CSU! Sicher, bezahlbar und erneuerbar – das ist das Motto Ihrer vorliegenden Regierungserklärung. Dabei ist die von Ihnen favorisierte Energiewende keineswegs sicher. Das zeigt bereits die überbordende Anzahl von Netzeingriffen der vergangenen Jahre. So musste etwas die MITNETZ STROM, eine der größten deutschen Netzgesellschaften, die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in 2012 ganze 457-mal herunterfahren. Im Vorjahr war dies lediglich 308-mal nötig. Insgesamt konnten Energieerzeugungsanlagen aufgrund von Bedenken zur Netzsicherheit an 140 Tagen im Jahr 2021 nicht voll oder gar nicht genutzt werden.

Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass jeder, der ein Windrad oder eine Solaranlage in diesem Land baut, automatisch einen Anspruch darauf hat, dass der produzierte Strom ins öffentliche Netz eingespeist wird? Kann das Netz diesen Strom nicht aufnehmen, werden die Anlagen automatisch heruntergefahren. Zuerst erfolgt ein Herunterfahren auf 60 % der Leistung, dann auf 30 % und danach sogar eine Gesamtabstaltung. Alleine in den angegebenen Vorzeigeländern der Energiewende – Ihren Vorzeigeländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg – meldete der Netzbetreiber E.DIS, dass 135 Gigawatt an Windkraftstrom abgeriegelt werden mussten und somit nicht im Stromnetz landeten, aber trotzdem von uns allen bezahlt werden mussten.

Meine Damen und Herren, denken Sie ernsthaft, in Bayern wäre das anders? Hier sind wir bereits beim nächsten Punkt, der Bezahlbarkeit. Denn letztendlich muss jemand die Zeche für die Verfehlungen der Energiewende bezahlen. Das ist entweder der Bürger direkt über seine Stromrechnung oder eben der Staat über Steuermittel. Auch wenn die Subventionierung durch Steuermittel derzeit die angesagtere Lösung bei Ihnen zu sein scheint, löst sie noch lange nicht die damit einhergehenden Probleme. Es wird endlich Zeit, dass Sie die Lebenswirklichkeit anerkennen und sich nicht hinter fadenscheinigen Ausreden verstecken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Unseren Bürgern wollen Sie immer wieder weismachen, dass der Ukraine-Krieg einen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energie notwendig mache. Die Wahrheit sieht jedoch ganz anders aus; denn der vollständige Umbau der Energieerzeugungsstrukturen samt notwendiger Speicher würde mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Aber selbst wenn uns das gelingen würde, könnten wir es schlichtweg nicht bezahlen.

Sie, werter Ministerpräsident Söder von der CSU, müssen hier eigentlich nicht dauernd über die Ampel schimpfen. Sie haben inhaltlich zwar recht, aber wenn Sie mal in sich gehen, dann werden Sie merken, dass Sie genau der Königsmacher dieser Ampel-Regierung von Rot-Grün-Gelb im Bund sind. Ohne Sie würde es jetzt eine ganz andere Regierung geben. Und jetzt laufen Sie als CSUler auch noch diesen rot-grünen Vorgaben hinterher, wie man in der Regierungserklärung von Herrn Aiwanger sieht, der gerade auf seinem Handy wichtigere Sachen nachzuschauen hat. Sie laufen dieser Regierung hinterher, die nichts anderes tut, als Schröders Energiewende von vor 20 Jahren endlich umzusetzen.

(Beifall bei der AfD)

Das ist traurig. Aber schließlich möchte ich hier einige Punkte zu den wichtigen Umweltauswirkungen Ihres Klimawahns – so nenne ich es – nennen: So wäre etwa die Herstellung von sogenanntem blauen Wasserstoff, der für eine Umsetzung der von

Ihnen herbeigesehnten Energiewende notwendig wäre, sogar noch klimaschädlicher als Kohle und Gas. Dies zeigt auch eine Studie in der Fachzeitschrift "Energy Science & Engineering", die kürzlich veröffentlicht wurde. Um dem Ganzen noch das i-Tüpfelchen aufzusetzen, sollen Flüssiggase aus Katar und Fracking-Gase aus Nordamerika kommen, welche über Tausende von Kilometern – natürlich per Schweröltanker – zu uns transportiert werden müssen, um das Weltklima von Deutschland aus zu retten. – Das ist Ihre Vision. Meine Damen und Herren, Herr Aiwanger, mit Umweltverträglichkeit hat das überhaupt nichts zu tun.

Genauso wenig übrigens wie Ihre beharrliche Weigerung, endlich die reale Umweltbilanz und den Einfluss von Windkraftanlagen auf unsere heimischen Ökosysteme transparent zu machen. Es gibt eindeutige Studien in Deutschland, die das Leid von Natur und Mensch darlegen. Wir wissen, dass bei den Menschen der Infraschall sehr kritisch ist. Wir hatten Schattenemissionen. Das wollen Sie jetzt alles noch an den Menschen heranrücken. Schauen wir in die Natur: Wir wissen von der Trieb-Studie 2019, dass 1.200 Milliarden Insekten in Deutschland in jedem Jahr an Windkraftanlagen scheitern. Das bedeutet nicht nur, dass sie als Nahrung für Vögel und Fledermäuse im Ökosystem fehlen. Das bedeutet vor allem, dass sie als Bestäuber fehlen, als Bestäuber für Pflanzen in der Landwirtschaft, als Bestäuber für Pflanzen in natürlichen Ökosystemen. Ich brauche hier nicht noch mal die Studien von 2015 und 2014 zu zitieren, wonach 200.000 Vögel und Fledermäuse jedes Jahr an Ihren Windkraftanlagen scheitern, Herr Aiwanger.

(Beifall bei der AfD)

Es ist diese ideologische Verblendung und das Festhalten an Ihren zentralen Dogmen,

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Mit ideologischer Verblendung kennen Sie sich ja gut aus!)

die Sie zu Doppelmoralisten im grünsten Sinne, Herr Streibl, werden lassen. Sie sind nämlich nichts anderes als Hinterherläufer der GRÜNEN. Das merkt man auch bei Umweltminister Glauber, der hier heute, glaube ich, zehn Minuten ausgeharrt hat.

Meine Damen und Herren, echter und zukunftsweisender Umweltschutz geht definitiv anders, und er geht eben nur mit der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hahn. Sie haben keine Zwischenbemerkungen.

Aber bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich die Gruppe der Bundeswehr begrüßen, die heute auf dem Zuschauerrang ist.

(Allgemeiner Beifall)

Meine lieben Soldatinnen und Soldaten, Sie sind ein wertvoller Teil, ein wichtiger Teil unserer wehrhaften Demokratie. Ich möchte mich im Namen des gesamten Parlamentes herzlich für Ihr Wirken bedanken. Ich freue mich, dass Sie hier sind.

(Allgemeiner Beifall)

Damit darf ich zur nächsten Rednerin kommen. Es ist die Frau Abgeordnete Annette Karl von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der SPD)

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Was haben wir bis jetzt heute in dieser Regierungserklärung und in der Debatte erlebt? – Wir erleben den nur mäßig gelungenen Versuch von Staatsregierung und Regierungsfractionen, vorbeugend einen Schwarzen Peter aufzubauen. Seit Wochen wird an der Geschichte gestrickt, damit die Staatsregierung in ein paar Jah-

ren sagen kann: Wir haben zwar den Klimaschutz und die Energiewende in Bayern komplett vergeigt, aber schuld waren nicht wir, schuld war nur das böse Berlin.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Heute haben wir einen weiteren Baustein bei diesem Storytelling erlebt. Ich hätte mir allerdings ehrlich gesagt mehr erwartet.

(Beifall bei der SPD)

Heute war die Chance, einen mutigen, ambitionierten Plan zum beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien vorzulegen. Die Chance wurde leider verpasst. Wir erleben weiterhin eine Strategie des Verzögerns, des Auf-die-lange-Bank-Schiebens, des Zeigens mit dem Zeigefinger in alle Richtungen – bloß nicht auf die eigene Arbeit. – Herr Staatsminister, Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, Sie verschwenden hiermit Zeit, die wir nicht mehr haben, nicht die Bürger, nicht die Wirtschaft und auch nicht die Natur.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesebene geht beim Ausbau der Erneuerbaren tatkräftig voran. In Zukunft werden die erneuerbaren Energien im öffentlichen Interesse liegen und auch offiziell der öffentlichen Sicherheit dienen. Eine gemeinsame Erklärung von Wirtschaftsministerium und Umweltministerium löst die Probleme zwischen dem Ausbau der Windkraft und dem Naturschutz und zeigt praktikable Wege, mit diesem Spannungsfeld umzugehen. Das wird jetzt in konkrete Vorgaben umgesetzt.

Das Gleiche gilt für die Verfahrensbeschleunigung beim Netzausbau. Auch der Bundesbedarfsplan für den Ausbau der Übertragungsnetze wird aktualisiert. Die Rahmenbedingungen für Photovoltaik werden verbessert, und der Bau von LNG-Terminals wird beschleunigt.

Kurz ein Satz zu den Energiepreisen: Der Preis von Benzin und Diesel steigt nicht deshalb, weil es Veränderungen bei den Liefermengen oder bei den Preisen gegeben hätte, zu denen geliefert wird, es ist zum allergrößten Teil reine Spekulation – darauf ist schon hingewiesen worden. Eine Steuersenkung allein kann deshalb auch nicht die Lösung des Problems sein. Die SPD-Fraktion im Bund nimmt sich dieser Thematik an und prüft gerade, ob man dieser Spekulation über das Kartellrecht oder andere Maßnahmen letztendlich Herr werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich sage Ihnen: Wenn dann Maßnahmen kommen, ist wieder die CSU die Erste, die den Sozialismus in Deutschland heraufziehen sieht. – Also: Alles, was Sie heute vollmundig vom Bund fordern, ist längst aufs Gleis gesetzt.

(Zuruf: Aufs Abstellgleis!)

Hören Sie deshalb auf mit dem Gejammer in Richtung Bund! Wo ist denn bitte die selbstbewusste CSU der letzten Jahrzehnte geblieben? Frau Schreyer sagt: Wir könnten so vieles leisten, wenn der Wille – also der Wille des Bundes – nur da wäre. – Ja, Gott noch mal! Seid ihr denn gar nichts mehr? Kümmert euch doch um eure Handlungsmöglichkeiten in Bayern und setzt diese tatkräftig um!

(Beifall bei der SPD)

Das Gejammer wirkt schon ein bisschen wie das eines kleinen Kindes, dem der Nachbar die Schippe im Sandkasten weggenommen hat. Dann nimmt man halt die andere Schaufel und macht weiter.

Herr Kollege Mittag, Sie haben eben behauptet, die Bundesregierung habe den ländlichen Raum nicht im Blick. Da muss ich dann schon mal an die Enquetekommission "Gleichwertige Lebensbedingungen" erinnern, die sehr viel sehr Richtiges zur räumlichen Gerechtigkeit aufgeschrieben hat, auch unterschrieben von der CSU-Fraktion. Da geht es zum Beispiel auch um Standards der Gleichwertigkeit im ÖPNV im ländli-

chen Raum. Jetzt schaue ich mir den Entwurf des neuen Landesentwicklungsprogramms an. Was steht dazu zur Umsetzung drin? – Nichts! Nichts! Nichts! So viel zu Ihrem Verständnis vom ländlichen Raum. Da ist noch viel Luft nach oben.

(Beifall bei der SPD)

Sie setzen in Ihrem Energieplan hehre Ziele; die Maßnahmen, die Sie zur Zielerreichung vorschlagen, lassen die Ziele aber eher wie eine Fata Morgana erscheinen.

Ich möchte kurz etwas zu den einzelnen Energieerzeugungsarten sagen. Ja, in Photovoltaik sind wir gut in Bayern. Wir können hier aber noch mehr leisten. Photovoltaik auf allen Dächern der staatlichen Liegenschaften klingt nicht schlecht, aber Anfragen haben ergeben, was am Ende dabei herauskommt, solange wir nicht auch auf bayerischer Ebene die Rahmenbedingungen verbessern. Dazu gehört zuallererst ein Runder Tisch mit der Denkmalpflege, um auch bei älteren Gebäuden endlich Photovoltaik aufs Dach zu bekommen. Hier müssen wir substantiell weiterkommen. Schauen Sie sich mal die Broschüre des Denkmalschutzamtes an, dann wissen Sie, wie viel es da gibt, wenn man keine Änderung vornimmt: nämlich gar nichts.

Beim Thema Verteilnetze müssen wir weiterkommen, auch in Bayern, um die Einspeisung zu verbessern, was neue Photovoltaikanlagen angeht. Wir haben dazu am Donnerstag eine Petition im Ausschuss. Ja, Bayern hat jetzt eine Arbeitsgruppe zu der Thematik gegründet. Ich weise aber darauf hin, dass diese Arbeitsgruppe bereits 2019 angekündigt worden ist – also: wieder mal zweieinhalb Jahre Abwarten zwischen Ankündigung und dem ersten Schritt. Das ist zu langsam, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Thema Wasserkraft: Ja, Wasserkraft ist sehr wichtig in Bayern. Ich wohne in der Oberpfalz, wo die Wasserkraft, gerade kleine Wasserkraft, zur wichtigen Tradition gehört. Die Auswirkungen der Wasserkraft auf die Umwelt und der nötige Ausbau der Wasser-

kraft stehen in einem Spannungsfeld; das kann man nicht leugnen. Aber die Kampflinie, um es mal platt zu formulieren, verläuft eben gerade nicht zwischen Berlin und München, sondern zwischen Umweltpolitikern und Wirtschaftspolitikern. Die SPD-Bundstagsfraktion ist dabei, hier Lösungen zu finden. Auch hier helfen kein Jammern und falsche Schuldzuweisungen, sondern hilft konstruktive Mitarbeit an Lösungen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Geothermie hat der Kollege Stümpfig eigentlich schon alles gesagt. Bayern verzögert seit Jahren die Veröffentlichung des angeblich existierenden eigenen Geothermie-Masterplans und fordert jetzt stattdessen einen vom Bund. Wir sagen: Wir brauchen erst einmal eine bessere Unterstützung ärmerer Kommunen bei Explorationskosten und bei dem Bau von Wärmenetzen. Hier brauche ich mich nicht länger aufzuhalten, das hat mein Kollege schon alles erwähnt.

Kommen wir zur Windkraft. Wenn es ein Thema gibt, bei dem die Staatsregierung und die Regierungsfractionen allein von Ideologie getrieben sind, dann ist es die Windkraft.

(Beifall bei der SPD)

Das sieht man ganz eindeutig an einem Ministerpräsidenten, der immer noch vom "Spargel-Schock" redet

(Tobias Reiß (CSU): Bürgernähe ist das! Bürgernähe! – Florian von Brunn (SPD): Er hat sich sogar mit der Spargelkönigin fotografieren lassen!)

und immer noch die Mär nährt, Windkraft sei schädlich, hässlich oder sonst irgendetwas, solange es nicht – das gestehe ich Minister Aiwanger unumwunden zu – von allen in der Staatsregierung ein klares Bekenntnis zur Windkraft gibt, auch zur Windkraft vor der eigenen Haustür. Solange werden wir dort nicht weiterkommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gäbe einen einfachen Weg, um den Gordischen Knoten zu lösen und tatsächlich mehr Bürgerbeteiligung, von der Sie immer schwad-

ronieren, zu ermöglichen: Unser Vorschlag ist seit Langem ein verbindlicher Bürgerentscheid beim Bau von Windkraftanlagen; sollte dieser zugunsten der Windkraft ausfallen, dann sollten die Windräder ohne 10 H, ohne extra Bauleitplanung, bürokratiearm im beschleunigten, im privilegierten Verfahren gebaut werden. Dann brauchen wir nicht sechs Jahre, dann reicht locker ein Jahr, und dann kommen wir auch endlich voran, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch zur neuen Wunderwaffe der Staatsregierung aus der Mottenkiste der Geschichte kommen: zur Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Kollege Ludwig, Sie haben eben davon geredet, dass auch die Staatsregierung das Thema geprüft hat. Diese Prüfung – das wissen Sie, Sie waren auch bei der Anhörung – besteht aus zwei Gutachten: einem rein technischen Gutachten des TÜV Süd und einem Gefälligkeitsgutachten eines Atomanwalts, der 13 Jahre für E.on Kernkraft gearbeitet hat und jetzt mit seiner Kanzlei Kernkraftbetreiber bei Prozessen vertritt, in denen es um Betriebsgenehmigungen geht.

(Zuruf: Hört, hört!)

Also, ganz objektiv, um das mal ironisch zu formulieren. Das war die Prüfung, und mehr ist dort nicht passiert.

Was ergab die Prüfung des Wirtschaftsministeriums und des Umweltministeriums auf Bundesebene? – Das Ergebnis besagt, dass wir eine Verlängerung der Laufzeiten rechtssicher nicht hinbekommen – aus vielen Gründen. Wir haben das Problem der Brennelemente, die schon so weit abgearbeitet sind, dass wir für eine Kurzzeitverlängerung nur einen Streckbetrieb machen könnten. Wir haben viele andere Thematiken. In dem Gutachten wird gesagt, wir könnten auf die fälligen Sicherheitsüberprüfungen verzichten, ein Kernkraftwerk wird in der Zeit seiner technisch möglichen Laufzeit von vierzig Jahren schon sicher sein. –Dazu sagen wir ganz klar: Es gibt nicht gute oder schlechte Energie, aber es gibt Sicherheitsanforderungen, auf die wir zum Wohle der

Bevölkerung und unserer Nachkommen hohen Wert legen. Wir werden keine Abstriche machen. Deshalb ist das eine Sackgasse, die uns nirgendwo hinführt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Karl. – Damit komme ich zum nächsten Redner. Er kommt von der FDP-Fraktion. Ich rufe den Abgeordneten Albert Duin auf. Bitte schön, Herr Abgeordneter Duin.

Albert Duin (FDP): Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst ein Versprechen: Hildegard! Ich kenne gar keine Hildegard. Das war nur ein Versprechen, das ich einmal gegeben habe, das ich einlösen wollte. Tatsächlich ist es so: Das war es heute eigentlich. Ich habe nichts Neues gehört. Der Staatsminister hat versucht, uns zu erklären, was man machen könnte und was man machen sollte. Das erzählt er uns seit Jahren. Schon 2019 hast du, lieber Hubert, erzählt: Wir haben eine Menge Gaskraftwerke in der Garage stehen. – Scheiße! Jetzt fehlt uns das Gas dafür.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Die besondere Netztechnik nutzen!)

Jetzt fehlt uns das Gas dafür. Seit Jahren machen wir das Gleiche. Heute gibt es bestimmt keinen Erkenntnisgewinn für Zuschauer, die sich tatsächlich einmal "PLENUM.TV" ansehen. Hier wurde sich nur gegenseitig beharkt; denn die einen wollen Windkraft, die anderen wollen Photovoltaik, der Nächste will Geothermie und der Nächste will – was weiß ich, was es alles gibt – zum Beispiel Biogas usw., und jeder hält seinen Standpunkt für den einzig richtigen, man müsste es nur machen.

(Florian von Brunn (SPD): Dabei ist Ihr Standpunkt der einzig richtige!)

Wir können nur alles machen; wir müssen alles aufbauen. – Ich weiß, Herr von Brunn, Sie sind ein ganz Cleverer, und bei Ihnen kommen wir sicherlich voran.

(Florian von Brunn (SPD): Das wollte ich Ihnen gerade attestieren!)

Am besten war gerade Herr Hahn.

(Martin Böhm (AfD): Das stimmt! Das war richtig gut!)

Am besten war gerade Prof. Hahn, der etwas davon erzählt hat, wie viele Vögel durch Windkraftanlagen sterben. Die neuesten Erkenntnisse sind wohl so, dass die Evolution bei den Vögeln so schnell voranschreitet, dass sie den Windrädern innerhalb kürzester Zeit ausweichen. Vögel scheinen also doch sehr viel klüger als ein Hahn zu sein.

(Florian von Brunn (SPD): Die einzigen, die noch gegen das Windrad laufen, sind die Politiker von der AfD!)

Ich habe immer das Gefühl, dass uns die gesamte Diskussion überhaupt nicht weiterbringt. "Raider heißt jetzt Twix, sonst ändert sich nix" – jede Woche hören wir hier das Gleiche. Wir versuchen uns gegenseitig davon zu überzeugen, dass nur die eigene Position die richtige ist. Das ist eine Gemeinheit gegenüber der Bevölkerung, die uns gewählt hat, um Lösungen zu finden, statt uns gegenseitig zu beharken.

(Beifall bei der FDP – Staatsminister Hubert Aiwanger: Was ist deine Lösung?)

Ich höre Rainer Ludwig. Ich könnte ihm vorlesen, was er noch vor einem halben Jahr im Wirtschaftsausschuss gesagt hat: Verteufelung von Kernkraftwerken; es gibt keine Laufzeitverlängerung.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt heißt es auf einmal, dass es eine Laufzeitverlängerung gibt. Ich vertrete das seit Jahren. Ich sage: Leute, wir können nur dann aus etwas aussteigen, wenn wir einen Ersatz haben. Das habe ich euch schon zigmal erklärt. Erst muss der Ersatz da sein, dann kann ich das Alte abschalten. Das habe ich euch vor zwei Wochen anhand meiner berühmten Vergussanlage erklärt, die ich so lange in Gang halte, bis ich eine neue habe, die ich dann laufen lasse; dann erst kann ich die alte abschalten.

(Beifall bei der FDP)

Das ist das Entscheidende. Wir können nicht so weitermachen wie bisher. Jetzt haben wir aufgrund des Ukraine-Krieges die Krise und haben ein Gasproblem. Vorher haben wir gesagt: Wir lösen das alles mit Gas.

(Zuruf von der SPD)

Lieber Hubert, du hast noch vor zwei Wochen erzählt, dass man mit dem Gaskraftwerk bei Irsching 750 Megawatt erzeugen kann. Jetzt kommen wir da auch nicht weiter, weil wir bald kein Gas mehr haben. Was machen wir denn dann? Dann setzen wir wieder Kohle ein? Dann kommen natürlich ganz kluge Ideen, dass wir in Deutschland eigentlich die Welt retten. Herr Hartmann hatte am Anfang gesagt, dass scheinbar nur wir in Deutschland ein Problem mit CO₂ haben. – Ja, wir haben ein Problem damit, weil nur wir dieses Thema diskutieren; andere denken darüber nach, wie es von vornherein verhindert werden kann. Wir sprechen nur darüber, dass wir damit Probleme haben.

Nehmen wir einmal an, auf einer grünen Wiese steht eine Firma. Sie beschäftigt 20 Mitarbeiter, hat ein paar Parkplätze und macht irgendetwas, egal was. Sie möchte sich vergrößern. Dann bekommt sie Auflagen um die Ohren gehauen, dass pro Mitarbeiter noch ein Parkplatz her muss, dieses muss her und jenes muss her. Dann wird der Unternehmer eines Tages sagen: Wisst ihr was? – Ihr könnt mich ja gerne haben. Ich mache den Laden zu, dann habt ihr eine grüne Wiese. Ich gehe ins Ausland und produziere dort. – Wir haben uns dann einen schlanken Fuß gemacht, weil wir einen geringeren CO₂-Ausstoß haben, und es ist uns scheißegal, was im Ausland passiert, dort, wo diese Firma dann arbeitet. Das ist die Gemeinheit an der ganzen Sache. Wir gaukeln dem Volk vor, dass wir das Zentrum der Erde sind. Das sind wir eben nicht. Wir sind eine Gemeinschaft. Stümpfig, du weißt ganz genau, dass wir es durch die Pariser Abkommen zugelassen haben, dass China innerhalb kürzester Zeit 30 % des

weltweiten CO₂-Ausstoßes zu verantworten hat. Das nehmen wir einfach hin; Hauptsache, wir kommen zurecht und wir kommen weiter. Das ist einfach Wahnsinn.

Jetzt wird auf die Bundesregierung eingeschlagen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Zu Recht!)

– Zu Recht? Das mag sein. Ich bin ja auch in Bayern gewählt und stehe oft auf eurer Seite. Ich darf aber daran erinnern, dass bis letztes Jahr die CSU in der Bundesregierung war, und alles, worüber ihr heute mault, meckert und herummacht, hättet ihr in den letzten Jahren machen können. Jetzt auf einmal ist die Ampel schuld; wir sollen in einem halben Jahr die Welt verändern. Das wird einfach nicht funktionieren. Ich finde es gut, dass wir eine stolze CSU haben. Der Witz ist aber, dass fast alle Parteien bis auf die ganz rechts außen und außer den FREIEN WÄHLERN an irgendwelchen Regierungen beteiligt sind. – Bund, Länder, überall; das funktioniert bunt gemischt. Dann kommen eben Leute wie unser verehrter Herr Wirtschaftsminister Habeck zu Wort. Der macht das ganz clever, und zwar cleverer als alle anderen.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Er ist clever!)

Er muss seine grünen Pfade verlassen und stellt sich dann hin und sagt: Ich bitte um Verständnis.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Vielleicht sollte die FDP ihre Wege auch verlassen!)

Anders geht es leider nicht. Ich bitte euch um Verständnis, wir müssen jetzt diesen Weg gehen. – Und alle schreien: Hurra, super!

(Zuruf von den GRÜNEN)

Sie haben nicht nur die grünen Wähler gewonnen, sondern auch noch Wähler von anderen Parteien herübergeholt. Was ist aber mit der Basis? Komischerweise interessiert Sie das alles gar nicht mehr.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Und Lindner bittet nicht einmal um Verständnis! Der macht es so!)

– Das mag schon sein. Das ist auch schwer zu verstehen, wenn man Steuern zahlen muss; das ist klar.

Wir müssen auf alle Fälle vorwärtskommen. Wir brauchen mehr PV. Ich beginne jetzt einmal mit derselben Leier: Wir brauchen mehr PV, wir brauchen mehr Windkraft, wir brauchen mehr Wasserkraft, wir brauchen mehr Geothermie. – Bla, bla, bla. Und was passiert? – Nichts! Nichts wird passieren! In den nächsten Jahren wird noch nichts passieren, weil wir nur labern, statt etwas vorwärtszubringen, nur damit jeder zufrieden ist, dass er dem anderen etwas um die Ohren hauen kann.

Wir könnten einfach per Handheben abstimmen. Wer ist für den Ausbau von Windkraft?

(Einige Abgeordnete heben die Hand)

– Haben wir es doch schon! Die Mehrheit ist da. Fangen wir doch einmal an.

Wer ist für den Ausbau von Photovoltaik?

(Einige Abgeordnete heben die Hand)

– Ja, also bekommen wir die Mehrheiten doch ganz schnell zusammen. Lasst uns doch einmal etwas mit Wasserkraft machen.

(Zuruf: Super!)

Leute, wir müssen vorwärtskommen. Ich erwarte einfach von einem Minister Aiwanger, der jetzt nicht anwesend ist, vernünftige Führung, vernünftige Pläne und ganz klare Ziele und Zielvorgaben, damit es eben funktioniert.

(Zuruf: Mein Gott!)

– Seid ihr so weit?

(Weitere Zurufe)

Vorhin hat jemand davon gesprochen, die Bundesregierung auf Trab zu halten. So schlecht ist diese Bundesregierung nicht, wenn ich sehe, was in der Vergangenheit passiert ist.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Ach!)

Wir sind nun aber einmal in Bayern, und wir sind für Bayern verantwortlich. Deswegen sollten wir etwas tun. Wir sollten wirklich etwas tun, aber wir werden es nicht machen. Heute sieht wieder keiner dieser Debatte zu, die eigentlich völlig für die Katz' ist.

(Zahlreiche Zurufe)

Wir reden jetzt seit dreieinhalb Stunden.

(Zuruf von der SPD: Keinen einzigen Lösungsvorschlag!)

– Ich bin dafür, Windkraftanlagen zu bauen, und ich will den Weiterbetrieb von Kernkraftwerken, weil sie eine sichere Energieversorgung gewährleisten. Wir dürfen sie nicht abschalten, bevor wir nicht neue Energiequellen aufgemacht haben, die uns sicher versorgen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Also quasi das Gegenteil von Lindner!)

Alles andere ist Zufall. – Danke.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der SPD: Was ist mit Hildegard?)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Walter Nussel von der CSU-Fraktion.

(Unruhe)

– Herr Nussel, Sie haben das Wort.

Walter Nussel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte damit beginnen, dass ich noch einmal deutlich mache,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

wovon wir – auch unser Minister – heute gesprochen haben und worüber wir noch reden müssen. Ich erkenne gerade im Wirtschaftsausschuss oft nicht die Ernsthaftigkeit, die geboten ist, wenn wir von der Grundversorgung unseres Landes sprechen. Dieses Thema beginnt bei der Zurverfügungstellung von Energie und reicht bis hin zur Durchleitung in das letzte Haus.

Herr Kollege Stümpfig, ich habe auch hier im Plenum schon angemahnt, im Blick zu behalten, wofür wir verantwortlich sind: für die Grundversorgung dieses Landes.

Es ist nun einmal Fakt, dass wir – ausgelöst nicht nur durch diesen Krieg, sondern auch durch die vorherigen Krisen – eine Zeitenwende auch bei der Energieversorgung erleben. Nicht nur wenn es um unsere Soldaten geht, sondern auch in der Energiefrage müssen wir uns überlegen, wo wir stehen und wie wir die Grundversorgung intelligent aufrechterhalten können. Dafür sind wir gewählt worden. Wir müssen versuchen, dafür die besten Möglichkeiten auszuschöpfen, die wir haben.

Ich war auch jemand, der sagte: Atomausstieg? Okay. Wir müssen uns langsam umstellen und alles, was in Sachen regenerativer Energie geht, auf den Weg bringen. – Das aber funktioniert in dieser Dimension jetzt nicht mehr. Deshalb brauchen wir für die drei Atomkraftwerke, bei denen es noch möglich ist, eine Laufzeitverlängerung. Wir hatten entsprechende Gespräche im Wirtschaftsausschuss. Ich widerspreche meiner Kollegin Karl selten, aber in diesem Fall sehr wohl; denn es wurde sehr klar dargelegt, dass eine Verlängerung möglich und die Sicherheit gegeben ist.

Die Sicherheitsüberprüfung, die jetzt durchzuführen ist, ist für die nächsten Jahrzehnte angelegt. Sie ist in Abständen durchzuführen und hat nichts mit der kurzfristigen Si-

cherheit, die sowieso gegeben ist, zu tun. Mir ist es lieber, Atomstrom aus den Werken bei uns – die sicher sind – zu beziehen als aus dem Ausland; denn ich weiß nicht, was dort passiert.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden 2040 dreimal so viel Strom wie heute brauchen. Davon hat heute kaum jemand gesprochen. Es wurde fast nur davon gesprochen, was jetzt bereitgestellt werden muss, aber nicht davon, was wir 2040 benötigen. Wir werden dreimal so viel Strom brauchen. Dieser muss zur Verfügung gestellt werden – für die Bevölkerung, für den Mittelstand, für die Industrie.

Das ist für mich heute die wichtigste Botschaft: Wir haben bei der Grundversorgung unseres Landes mit Energie wenig Spielraum und sollten daher alles nutzen, was nur geht.

Wenn von der Wasserkraft gesprochen wird, will ich gar nicht so sehr auf Berlin schimpfen. Ich will nur die Möglichkeiten herausstellen, die wir haben. Dort können wir ansetzen, und diese Dinge müssen wir jetzt umsetzen. Dazu gehört es, an der Wasserkraft festzuhalten und sie auszubauen. Genauso ist es mit der Photovoltaik.

Ich höre immer: "Weniger Bürokratie!" Ich erinnere daran, was von der anderen Seite kommt: Ja, aber das muss noch beachtet werden, dafür müssen wir noch ein Gutachten beauftragen, jenes ist zu bedenken, und wir müssen den letzten Bürger auch noch befragen, ob er mit dem Vorhaben einverstanden ist. – Leute, wir müssen auf jedes Dach, bei dem es irgendwie möglich ist, Solarzellen bringen. Die unter Denkmalschutz stehenden Gebäude machen bloß 2 % aus. Ich rede von den anderen Dächern; dort müssen wir herangehen. Wir müssen versuchen, das Bestmögliche zu machen, und auf diesem Weg vorangehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auch bei der Biomassenutzung – das Thema wurde heute schon angesprochen – muss eine Änderung her, damit auch das Material von Stilllegungsflächen usw. verwendet werden kann. Das können wir ziemlich schnell ermöglichen, wenn wir zusammenhelfen. Dann wird eine verstärkte Ausbeute von Biomasse möglich, und wir können hier mit der Speicherung einiges erreichen.

Dazu gehört aber – das geht jetzt schon auch in die Richtung der Opposition – ein Umdenken angesichts dieser Zeitenwende. Kollegen Stümpfig muss ich loben: Er stand vor Wochen hier und sagte, dass beim Rotmilan das Windrad erst an siebter Stelle der Todesursachen steht. Demnach spielt das beim Windkraftausbau nicht mehr die große Rolle.

Genauso erwarte ich diese Neubewertung bei anderen Arten, die wir immer noch schützen, obwohl sie längst so stabilisiert sind, dass wir keine Angst haben müssen, sie könnten morgen verschwinden.

(Beifall bei der CSU – Zuruf: Bravo!)

Wir müssen diesen Maßstab anlegen, ob beim Stromleitungsbau, beim Bau von Windrädern oder bei anderen Themen.

Ich hatte vorhin ein Gespräch zum Thema Wasser und Speicherung. Wir haben in meinem Stimmkreis so viele Weiherketten wie nirgendwo anders in Europa. Diese sind von Menschenhand, das heißt, künstlich, über Generationen hinweg aus der Not heraus entstanden. Wir wollen sie erhalten. Dafür müssen wir auch Arten, die – in Anführungszeichen – "überhandnehmen", wieder so in den Griff bekommen, dass der Weiherbauer seinen Weiher bewirtschaften kann und ihn als Wasserspeicher zur Verfügung hat. Auch das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Nun möchte ich ein Thema ansprechen, das mich seit Monaten umtreibt. Ich habe auch jüngst Gespräche darüber geführt, weiß aber noch nicht, wie es weitergeht. Für

das Bezirkskrankenhaus Erlangen ist vor 20 Jahren ein Biomasse-Heizwerk gebaut worden – gegen viel Widerstand. Mit 3.000 Tonnen jährlich trägt es in der Stadt Erlangen am meisten zur CO₂-Einsparung bei. Jetzt möchte man dort, vom Bezirk ausgelöst, eine andere Form der Heizung wählen, obwohl diese Anlage voll funktionsfähig ist. Ich bin schon in Kontakt mit dem zuständigen Ministerium, weil ich nicht einsehe, dass eventuell sogar eine Förderung dafür gewährt wird, obwohl dort eine funktionsfähige Anlage steht, die 3.000 Tonnen CO₂ einspart – in einer Stadt, die den "Klimanotstand" ausgerufen hat!

Das müssen wir uns einmal überlegen: Dort findet eine regionale Versorgung, aus dem Wald, statt. Geht es noch besser? 20 Jahre hat sich das bewährt. Jetzt aber will man schnell auf Wasserstoff umstellen, obwohl man weiß, dass für dessen Produktion ein Vielfaches an Energie benötigt wird. Das könnt auch ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, mitnehmen. Ich jedenfalls kämpfe weiter, weil ich sage, dass diese Heizanlage weiterlaufen sollte.

Nun zu den Windrädern, die benötigt werden: Uns wurde gesagt, dass allein für die grüne Herstellung des Kerosins für den Flughafen München 4.600 Windräder nötig sind. Wir können hier über 500, 800 oder 1.000 mehr sprechen – 4.600 Windräder nur für die grüne Herstellung des Kerosins, das am Münchner Flughafen gebraucht wird!

Das kann man doch nicht von der Hand weisen. Kollege Stümpfig, wir können noch Monate oder Jahre über den Ausbau von Windkraft oder was weiß ich sprechen. Dennoch werden wir damit nicht den Bedarf an Energie decken können, die hier gebraucht wird. Deshalb müssen wir alles ausschöpfen, was möglich ist.

Was braucht unsere Industrie? Was braucht unser Mittelstand? – Sie brauchen Verlässlichkeit. Sie müssen wissen, dass ihnen auch dann, wenn sie ihren Standort ausbauen, die erforderliche Energie zur Verfügung steht. Sie müssen sich auch sicher sein können, dass wir nach der Umstellung auf Wasserstoff oder eine andere Techno-

logie in Sachen Energieversorgung verlässlich bleiben – trotz Zeitenwende. In dieser Frage müssen wir zusammenarbeiten; dazu habe ich heute zu wenig gehört.

Nun komme ich zu einem Thema, bei dem ich dem Bund, insbesondere dem Bundesumweltministerium, wirklich etwas anlaste. Der Bund spricht vom Hausbrand, also den Öfen daheim, und erzählt uns, dass der Feinstaub – der zu 95 % wasserlöslich ist! – uns schädige, weshalb wir den Hausbrand einstellen sollten. Leute, das kann es ja wohl nicht sein! Das geht überhaupt nicht. Ein Staubsauger stößt 75 Mikrogramm pro Kubikmeter an Feinstäuben aus, während ein Holzofen zwischen 8 und 25 Mikrogramm ausstößt. Das sind einfach Darstellungen, die wir so nicht mehr laufen lassen dürfen. Wir müssen uns dagegen wehren und sagen: Leute, bleibt bei der Realität! – Ich bin um jeden Holzofen, der ordnungsgemäß betrieben wird, froh. Wir sollten unsere Rohstoffe von daheim bestmöglich verwerten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Was ich heute überhaupt nicht gehört habe – und das ist ein ganz zentrales Thema, das zu dieser Diskussion auch dazugehört –, ist die Frage: Was passiert jetzt mit der Transformation? Was passiert mit dem Green Deal, der in Brüssel in den Schubladen liegt? Ich hoffe, dass das jetzt ein wenig zurückgehalten wird; denn es würde uns überfordern, wenn wir in Gänze umsetzen würden, was da schon alles geplant ist.

Zur Ehrlichkeit gehört nämlich auch dazu, dass wir uns damit jetzt gründlichst beschäftigen. Ich fordere alle im Hohen Haus auf: Schaut euch das alle an! Können wir das – Folgeabschätzung – unserer Bürgerschaft in der Geschwindigkeit überhaupt zumuten? Damit bin ich wieder bei der Grundversorgung; damit schließt sich dann der Kreis. Meine Aufforderung für die Zukunft gerade bei der Energieversorgung lautet: Lasst uns das zusammen anpacken. Lasst uns alles genau beleuchten. Jeder muss über eine gewisse Hürde springen, ob beim Artenschutz oder bei der Windkraft.

Noch zur Windkraft, weil immer wieder angemahnt wird, dass die Regelung Klagen nicht standhält: Seitdem die 10-H-Regelung 2014 eingeführt wurde, hat sie jeder

Klage standgehalten. Ich war der Berichterstatter; die Juristen haben das sehr gut ausgearbeitet. Deswegen machen wir ja solche Vorlagen. Ich bin dem Wirtschaftsminister dankbar, dass er das heute alles dargestellt hat. Lasst uns den Weg weiter so beschreiten. Ich hoffe, dass wir der Bevölkerung dann auch Sicherheit geben können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Nussel, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Martin Stümpfig von den GRÜNEN. – Herr Stümpfig, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Lieber Kollege Nussel, lieber Walter, du setzt dich mehr oder weniger erfolgreich dafür ein, dass wir weniger Bürokratie in Bayern haben. Jetzt stellt sich schon folgende Frage: Das Bundes-Immissionsschutzgesetz regelt klar, wo Windkraftanlagen gebaut werden können; Lärmschutz und Schattenwurf sind geregelt.

Wenn es nach euch geht, haben wir in Bayern zukünftig Regelungen, in denen es heißt: Wir haben Ausnahmen für den Wald. Wir haben Ausnahmen für Gewerbe; in räumlicher Nähe zu Gewerbegebieten soll mehr möglich sein. Wir haben Ausnahmen für die Autobahn, wo ein Korridor geschaffen wird. Wir haben Ausnahmen für Schienenwege, wo ein Korridor gemacht wird. Wir haben Ausnahmen für Repowering. Wir haben Ausnahmen für Vorranggebiete. Wir haben Ausnahmen für Vorbehaltsgebiete; da geht es nicht. Ich frage dich als Bürokratieabbaubeauftragten: Ist so etwas sinnvoll, damit wir weniger Bürokratie haben? Ist dieser Murks, den wir jetzt fabrizieren, wirklich sinnvoll, Walter?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Walter Nussel (CSU): Ich will es nicht als Murks bezeichnen; ich bezeichne das schon als ein Werk, mit dem wir versuchen, zusätzliche Windräder zu generieren. Ich bin für den Abbau von Bürokratie wie wahrscheinlich kaum ein anderer und kämpfe tagtäglich dagegen, dass wir unnötige Bürokratie hochhalten, sondern kämpfe dafür,

dass wir sie zurückdrängen. Wir schulden unserer Bevölkerung aber auch aus ordnungsrechtlichen Gründen, dass wir Ausnahmen auch würdigen. Ich kann nicht verstehen, wie wir für jedes Windrad ein Bürgerbegehren durchsetzen wollen; das wurde vorhin gesagt. Ich kann mir den Aufwand nicht vorstellen.

Zu deiner Frage: Ich stehe weiterhin für Bürokratieabbau. Wir werden auch das – in Anführungszeichen – trotz "gewisser Leitplanken" in den Griff bekommen. Dabei hoffe ich auch auf die Unterstützung der Opposition, damit wir nicht noch mehr Bürokratie produzieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Geht Politik auch ohne Ideologie? – Wir sagen: Ja, das geht.

(Lachen)

Dieses Zitat stammt von Ihnen, von den FREIEN WÄHLERN. Dieser Satz steht ganz oben auf Ihrer eigenen Internetpräsenz. Jeder, der die Regierungserklärung heute gehört hat, erkennt: Bei Ihnen geht es eben nicht ohne Ideologie, nicht ohne falsche Ideologie.

(Beifall bei der AfD)

Sie als vermeintliche Partei der Freiheit sind gleichsam tief im klimaideologischen Sumpf gefangen, gerade noch gehalten von den Grünsozialisten auf der einen und den Christsozialisten auf der anderen Seite. Denen fühlen Sie sich verpflichtet, aber nicht mehr dem untadeligen bayerischen Bürger.

Am Klimasozialismus halten Sie fest. Loslassen wollen Sie nicht; denn das hieße, sich die eigene Unfähigkeit der vergangenen Jahre einzugestehen. Auf der Strecke bleiben Greifvögel und Fledermäuse, die Sie für ein Spiel mit der Ungewissheit des Windes gleichsam opfern. Auf der Strecke bleiben Tausende Bürger, die für euer Einknicken künftig ihre Gesundheit dem Schlagschatten und dem Infraschall opfern müssen.

(Zuruf)

Auf der Strecke bleiben – und das ist das Schlimmste – Millionen Gering- und Durchschnittsverdiener, die bei der energiepolitisch bedingten Inflation von unfassbaren 8,7 % am Ende des Monats sechs Tage ihrer Lebensqualität opfern müssen.

(Beifall bei der AfD)

Patriotischer Umweltschutz und Gesundheit, innerer Frieden und Wachstum sind die Pfeiler unseres Wohlstandes hier in Bayern. An all diese Dinge legen Sie Hand an, indem Sie die abstruse Energiepolitik hier in Bayern mittragen. Alles Wohl und jeder Fortschritt hängen schon seit Generationen an der Verfügbarkeit preiswerter Energie. Wir haben in zahllosen Anträgen und Interventionen Risiken aufgezeigt und Lösungen angeboten, die die Bürger entlasten und unseren Wohlstand sichern.

(Zuruf)

Sie haben uns verlacht, uns geschmäht, und Sie machen es gerade wieder. Nun stehen Sie da, und Ihr Hemd ist verdammt kurz geworden. Wer Kraftwerke abschaltet, Kleinwasseranlagen benachteiligt, keine Pumpspeicherwerke bauen will, die Geothermie nur zaghaft fördert und zugleich mit dem Säbel der Sanktionen rasselt, braucht sich nicht zu wundern, wenn ein frierendes und durch inflationäre Energiekosten überschuldetes Volk auf die Barrikaden geht und dort "Freiheit statt Sozialismus" ruft.

Wir Politiker und Patrioten der Alternative für Deutschland sind dem deutschen Volk verpflichtet und den bayerischen Bürgern im Besonderen.

(Beifall bei der AfD)

Sie als fünfte Kolonne der Amigos haben diesen Anspruch mit der heutigen Regierungserklärung verwirklicht. Gemeinsam mit diesen tun Sie alles dafür, dass unser Bayern eine energiepolitische Rückwärtsentwicklung nimmt, die die Bürger nicht mehr länger mittragen werden und die unsere bayerischen Bürger in keiner Weise verdient haben.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.